

Im Finanz-Ausschuß:

Abgeordneter Dr. Candidus Cortolezis anstelle von Hubert Schwab als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Jugend, Familie und Konsumentenschutz:

Abgeordneter Dr. Candidus Cortolezis anstelle von Hubert Schwab als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Kontroll-Ausschuß:

Abgeordneter Dr. Candidus Cortolezis anstelle von Hubert Schwab als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Abgeordneter Johann Bacher anstelle von Hubert Schwab als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Petitions-Ausschuß:

Abgeordneter Dr. Candidus Cortolezis anstelle von Hubert Schwab als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Sozial-Ausschuß:

Abgeordneter Johann Bacher anstelle von Hubert Schwab als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Umweltschutz:

Abgeordneter Dr. Candidus Cortolezis anstelle von Hubert Schwab als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Präsident Dr. Kalnoky: Die Tagesordnungspunkte 15, 16 und 17 wurden am Beginn der Sitzung abgesetzt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Einl.-Zahl 866/1, Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes für Strafsachen in Wien, betreffend den Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber, gemäß Paragraphen 111 Absätze 1 und 2 und 117 Absatz 2 StGB.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz (14.23 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Verfassungs-Ausschuß hat das vorliegende Begehren beraten. Im Namen dieses Ausschusses stelle ich den Antrag: Es besteht ein Zusammenhang zwischen den dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber im Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien auf Auslieferung zur Last gelegten Handlungen unter Ausübung seines Mandates als Landtagsabgeordneter. Es wird daher die Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber nicht erteilt.

Ich ersuche um Annahme.

Präsident Dr. Kalnoky: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich eine Hand zu heben.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

19. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 483/4, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend eine umfassende Information und Rechtsberatung sowie die Übernahme der Kosten für die Verfahren und Gutachten von Anrainern, die durch Projekte in ihrer Umwelt oder Gesundheit gefährdet sind, durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (14.25 Uhr): Zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend eine umfassende Information und Rechtsberatung sowie die Übernahme der Kosten für die Verfahren und Gutachten von Anrainern, die durch Projekte in ihrer Umwelt und Gesundheit gefährdet sind, wird von der Steiermärkischen Landesregierung und vom zuständigen Ausschuß, dem Umwelt-Ausschuß, folgender Bericht vorgelegt:

Einerseits gibt es innerhalb der Rechtsabteilung 3 die Einrichtung einer Bauberatung, und hier wurden in den letzten zwei Jahren fast 3000 Beratungen für Gemeinden und Landesbürger vom zuständigen Referenten durchgeführt. Andererseits gibt es das Büro für Bürgerberatung, wo ebenfalls umfassende Information und Rechtsberatung den Landesbürgern angeboten werden. Drittens haben wir durch das neue Gesetz zum Schutz der Umwelt seit 1988 einen weisungsfreien Umwelthanwalt, der in behördlichen Verfahren, welche auch eine Vermeidung einer erheblichen und dauernden Beeinträchtigung von Menschen und der Umwelt zum Gegenstand haben, Parteistellung hat. Auch hier werden in der Steiermark eine umfassende Information und Rechtsberatung geboten.

Ich bitte daher, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen, und stelle den Antrag, daß der Hohe Landtag beschließen wolle, daß dieser Bericht zum Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend eine umfassende Information und Rechtsberatung sowie die Übernahme der Kosten für die Verfahren und Gutachten von Anrainern – was aus prinzipiellen Gründen generell nicht möglich ist –, die

durch Projekte die Umwelt und Gesundheit gefährden, durch das Land Steiermark, daß dieser Bericht zur Kenntnis genommen wird. (14.27 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (14.27 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich traue mich wieder ans Rednerpult, denn in einem Land, wo Dr. Benno Rupp Ordner ist, da fühle ich mich ganz einfach sicher. Es freut mich wirklich, daß du einstimmig gewählt worden bist. Ich hoffe, es bleibt nicht die einzige Einstimmigkeit, die wir am heutigen Tag noch zustande bringen werden.

Meine verehrten Damen und Herren! Sie waren nicht immer so pingelig wie der Kollege Dr. Lopatka soeben beim Vorlesen dieses Berichtes der Landesregierung. Ich erinnere mich an eine Szene am 13. Juni 1988, es war ein schöner Morgen, die Draken waren gerade am Vorabend gelandet, sehr zum Unwillen des nunmehrigen Kollegen Dr. Cortolezis und auch zum Unwillen des nunmehr schon geflüchteten Landeshauptmannes.

Da haben Sie gemeint, Sie müssen mit einer dringlichen Anfrage hier in diesem Haus Ihre wirkliche Niederlage in diesem Zusammenhang gegen Ihren eigenen Verteidigungsminister, der ganz einfach – (unverständlicher Zwischenruf!) Lichal, im letzten Amtskalender steht Lichal, ich weiß nicht, ob es wieder falsch ist. Lichal habe ich gelesen, mit L. (Abg. Dr. Maitz: „Der Erfinder der Draken ist der Herr Frischenschlager!“) Der Erfinder der Draken ist irgendein Techniker, der vor Jahrzehnten, wie Sie immer behaupten, diesen entworfen hat. Da war der Frischenschlager möglicherweise noch gar nicht auf der Welt. Kollege Dr. Maitz, da haben Sie das Gefühl gehabt, Sie müssen Ihre Niederlage hier in diesem Haus wenigstens irgendwie verwischen und haben eine dringliche Anfrage mit einer ganz dramatischen Diskussion hier abgeführt. Die meisten, die sensibel wären, haben schon den Kopf eingezogen, weil sie befürchtet haben, jeden Augenblick muß ein Draken auf das Landhaus stürzen und den ganzen Landtag zusammenschlagen. Jetzt haben wir schon Ende 1989, es ist noch immer nichts passiert. Gott sei Lob und Dank! Aber damals haben Sie diesen Schutz der Anrainer ganz anders gesehen als heute. Und Sie haben damals einen Antrag eingebracht, den Sie ohnedies allein beschließen mußten, weil man Ihnen nicht gefolgt ist, und da haben Sie wirklich Wesentliches beschlossen: Das Büro für Bürgerberatung wird zur umfassenden Information und Rechtsberatung der Bevölkerung in den unmittelbar betroffenen Gebieten der Flughäfen Thalerhof und Zeltweg eingesetzt. Dabei, Herr Kollege Dr. Maitz, sollen die Kosten für Musterprozesse zur Entschädigung der in ihren Eigentumsrechten verletzten Anrainer übernommen werden. Da habe ich mir gedacht, das ist jetzt der Durchbruch in diesem Land für den Anrainerschutz. Das ist der Durchbruch, weil endlich auch dieser Landtag sieht, daß es unendlich viele Verfahren und viele Schwierigkeiten gibt, wo den Anrainern große Schwierigkeiten entstehen, wo sie beinahe keine Chance mehr haben, wirklich durchzudringen, weil die ganzen Dinge ja so furchtbar kompliziert

geworden sind. Und jetzt ringt sich die Landesregierung dazu durch, zu sagen, jawohl, jetzt müssen wir diesen Anrainern helfen, indem wir ihnen ihre Musterprozesse begleichen. Sie haben dies nur, weil es um den Draken gegangen ist, für den Draken beantragen können, das habe ich schon verstanden, aber dieses Versäumnis haben wir uns erlaubt in der nächsten Sitzung dann wieder gutzumachen. Wir haben beantragt, daß das, was für die Anrainer am Thalerhof und oben in Zeltweg gelten soll, selbstverständlich auch für die Anrainer anderer Projekte gelten soll. So zum Beispiel, da habe ich mich erinnert, wie wir mit dem Kollegen Fuchs in Halbenrain, übrigens auch mit dem Präsidenten Wegart gemeinsam auf einem Traktoranhänger gestanden sind, vor uns waren 1000 Leute, die protestiert haben gegen diese Ausweitung der Deponie Halbenrain, das sind genau solche Menschen, die genau in derselben Situation sind wie etwa die Anrainer am Thalerhof, wie etwa die Anrainer oben in Zeltweg und die dringend notwendig haben, daß man sie unterstützt, und zwar nicht nur verbal, indem man dort am Anhänger steht und sagt, wir werden alles für euch tun, sondern tatsächlich wirklich ihnen hilft, dort, wo es wirklich eng wird, wo es um Gutachten geht, wo es um Prozesse geht, wo man ihnen wirklich helfen kann. Und zu meiner unerhörten Enttäuschung lese ich plötzlich, das geht alles nicht. Ja, bitte schön, was tut Ihr denn dem Fuchs an? Was soll denn er jetzt unten den Leuten in Halbenrain erzählen? Seine Partei, die ÖVP, ist der Meinung, daß sie weniger wert sind als etwa die Anrainer am Thalerhof. Oder was tut Ihr den Abgeordneten an, die in Fohnsdorf den Menschen, denen die Deponie droht, gegen die sie so lange gekämpft haben, erzählen müssen, die sind weniger wert als die Anrainer am Thalerhof oder die Anrainer in Zeltweg? Die haben genau dieselben Schwierigkeiten, möglicherweise noch größere, nur anders und längerfristiger gelagert, und denen hilft man nicht.

Meine verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist eine deutliche Mißachtung der Anrainer in Tausenden Projekten der Steiermark. Sie ist obendrein eine Ungleichbehandlung in gleichen Dingen, so gesehen, wenn Sie wollen, wider den Geist der österreichischen Bundesverfassung und der Landesverfassung, und ich glaube nicht, daß Sie es zustande bringen werden, all jenen, die Sie jetzt fragen werden, warum sie keine Unterstützung bekommen, sondern nur die am Thalerhof oder wo anders, eine befriedigende Antwort zu geben. Die Auskunft, Herr Kollege Dr. Maitz, weil wir auch vorhin im Ausschuß diskutiert haben, daß das ein außerordentlicher Beschluß war, diese Außerordentlichkeit werden wir wohl allen Anrainern zubilligen können. Ich würde Sie daher dringend bitten, noch einmal diese Entscheidung zu überdenken, die Sie jetzt treffen wollen, in dieser Art zu diskutieren. Diejenigen, denen der Anrainerschutz auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen, nämlich Grüne, Alternative, Freiheitliche, besonders nahe liegt, können dieser Mißachtung der Anrainer in der Steiermark und dieser ungleichen Behandlung jedenfalls nicht zustimmen. (14.33 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm. Der Herr Abgeordnete Pörtl wird in der Zwischenzeit als Berichterstatter fungieren.

Abg. Dr. Lopatka (14.34 Uhr): Ich möchte nur einige Sätze zum Herrn Abgeordneten Mag. Rader verlieren. Wenn er geglaubt hat, daß am 13. Juni mit diesem Beschluß im Landtag der Durchbruch zum Schutz der Anrainer gekommen ist, und jetzt darüber enttäuscht ist, daß das nicht der Fall war, dann gebe ich ihm recht, denn der Durchbruch ist erst am 21. Juni 1988 gekommen mit dem Umweltschutzgesetz, das wir hier beschlossen haben. Durch dieses Gesetz haben wir in der Steiermark einen weisungsfreien Umweltschutz, der sehr wohl Parteistellung hat. (Abg. Kammländer: „Nur mit Landeskompetenz!“) Der Umweltschutz hat Parteistellung in den Verfahren, wo Landesgesetze zugrunde liegen, aber er hat auch in den Verfahren, wo er keine Parteistellung hat, sehr wohl die Möglichkeit, für die Bürger etwas zu tun. Er hat in Zukunft nicht nur die Möglichkeit, rechtlich etwas zu tun, sondern auch im Budget. Was mich dabei stört, ist, daß Sie davon sprechen, daß wir die Anliegen der Anrainer mißachten. (Abg. Mag. Rader: „Im Augenblick hat er nicht einmal einen Dienstwagen, um wohin zu fahren!“) Also, bei uns im Bezirk habe ich noch nie von dem Problem etwas gehört, daß er keine Möglichkeit hat, in die Bezirke zu kommen. Bei uns war er schon mehrmals. Weil sich auch der Herr Abgeordnete Gennaro meldet. Ich wäre froh, gäbe es in anderen Bereichen einen solchen Rechtsschutz für Betroffene, zum Beispiel in der Gebietskrankenkasse. Wohin geht man dort, wenn man sich nicht ordentlich vertreten fühlt?

Mich ärgert auch, wenn wir in einem Bereich versuchen, etwas zu machen und durch die Kompetenzregelung, das stimmt, eingeschränkt sind. Daß wir eben von der Kompetenzregelung her diesen Draken nicht verhindern konnten, leider, da wir von der Kompetenzregelung her auch nicht die Möglichkeit hatten, daß der Umweltschutz nicht bei jedem Verfahren jene Möglichkeiten hat, die wir selbst gerne hätten. Das ist ein Faktum! Ich möchte nur abschließend sagen: Ich halte es für äußerst unfair, hier aufzustehen und Forderungen zu erheben, von denen man selbst weiß, daß sie nicht erfüllbar sind. Für uns war und ist die Draken-Sache eine außerordentliche Belastung. (Abg. Mag. Rader: „Gibt es bessere und schlechtere Anrainer?“) Nein, das gibt es nicht. Uns ist jeder Anrainer in dieser Sache gleich. Wir behandeln auch alle gleich. Ich möchte noch einmal sagen, daß Sie mit den Draken ein äußerst unglückliches Beispiel genannt haben. Sie sprechen sich auch heute für den Draken aus. Ich nehme hier Ihren Bundesparteiobmann ernst. Er hat einmal gesagt: „Hätte ich in Kärnten etwas zu reden, bei mir könnten die gerne landen.“ Noch ist keiner in Kärnten gelandet. Ich würde mir wünschen, daß er das erfüllen würde, was er versprochen hat.

Ich wiederhole mich noch einmal: Es war Haider, der in dieser Debatte damals gesagt hat: „Hätte ich in Kärnten etwas zu reden, bei mir könnten die liebend gerne landen.“ Jetzt hat er etwas zu reden, und leider landen die noch immer bei uns. (Abg. Mag. Rader: „Was ist mit Halbenrain?“) Daß Sie für dieses Draken-Projekt sind, ist Ihr gutes Recht. Daß wir nach wie vor dagegen sind, ist unseres. Daß wir hier besondere Anstrengungen unternehmen, um der Bevölkerung zu helfen, ist unser gutes Recht, und daß wir auch in den anderen Bereichen versuchen werden, den Leuten zu

helfen, auch bei Halbenrain. Ich weiß nicht, ob Sie mehr geholfen haben oder Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, das würde mich schon interessieren. Wir versuchen zu helfen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 14.38 Uhr.)

Präsident Wegart: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Im Sinne der Präsidialkonferenz kommen wir nun zur Behandlung der beiden dringlichen Anfragen. Die erste dringliche Anfrage der Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Prof. Dr. Eichinger, Dr. Hirschmann, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Purr, Pußwald, Pinegger, Schrammel und Landtagspräsident Wegart an Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, betreffend Bildungsreform, hat die gemäß Paragraph 58 Absätze 1 und 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher das Wort zur Begründung der ersten dringlichen Anfrage.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (14.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf die dringliche Anfrage der genannten Abgeordneten zur Bildungsreform wie folgt begründen:

In Österreich tickt eine Bildungsbombe. Gab es 1980 noch 62.000 Lehrlinge, sind es gegenwärtig nur mehr 47.000 und werden es nach einem Programm, das sich „Qualifikation 2000“ nennt und von den Sozialpartnern herausgegeben wurde, im Jahre 1995 nur noch knapp 36.000 sein. Das heißt, das ist nahezu eine Halbierung der Zahl der Lehrlinge in fünf oder sechs Jahren. Gleichzeitig wird nach derselben Studie der Maturantenanteil von gegenwärtig 27 Prozent eines Jahrganges auf 40 Prozent ansteigen. Das heißt, erstmals in der Geschichte Österreichs wird die Zahl der Lehrlinge erheblich hinter der der Maturanten eines Jahrganges zurückbleiben: 36.000 auf der einen Seite – 40.000 Maturanten auf der anderen Seite. Das ist, wenn man die Dinge näher betrachtet, erst die halbe Wahrheit. Da 87 Prozent aller AHS-Maturanten und 48 Prozent der BHS-Maturanten an die Hochschule gehen und nicht in den Beruf und dort nur noch knapp die Hälfte ihr Studium auch beendet, heißt das, daß im Laufe der Zeit von den gegenwärtig 185.000 Hochschülern 90.000 als Maturanten wieder zurückkommen und wieder auf den Stellenmarkt drängen. In der Steiermark ist die Situation noch verschärft. Schon heute stehen 1400 offenen Lehrstellen nur noch 900 Lehrlinge gegenüber. Das war übrigens vor zwei Jahren genau umgekehrt. Umgekehrt sind aber bereits für jeden offenen Maturantenposten 101 Maturanten vorgemerkt. Eine derart fehlgeleitete Bildung und Ausbildung sind für ein kleines Land wie Österreich von tödlicher Gefahr. Einerseits könnten wir den Anschluß an den Standard der europäischen Länder verlieren, andererseits werden Milliardenbeträge durch falsche Bildungsgänge vergeudet.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, welche Schritte halten Sie für geeignet, dieser Situation rasch und wirkungsvoll zu begegnen? (14.42 Uhr.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth zur Beantwortung der dringlichen Anfrage der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (14.42 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Zu dieser dringlichen Anfrage gestatten Sie mir folgende Stellungnahme: Die Damen und Herren Abgeordneten werfen mit dieser Frage ein Paket brennender Fragen auf, das uns in diesem Haus schon mehrmals beschäftigt hat. Wenn wir nur langsam mit Verbesserungen weiterkommen, dann liegt dies in erster Linie an dem geringen Handlungsspielraum, den die österreichische Verfassung den Bundesländern in wichtigen Fragen von Bildung und Ausbildung gibt. Gute Ideen gehen uns in der Steiermark ganz und gar nicht ab. Ihre Umsetzung in Wien durchzubringen ist eine andere Sache. Die zentralistische Maschinerie der Schul- und Hochschulverwaltung in Österreich war vielleicht in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die neue, junge Republik aufgebaut werden mußte, noch zweckentsprechend. Heute ist sie absolut obsolet. Alles, was zur Entflechtung dieses Molochs in Richtung auf mehr Autonomie von Ländern und auch Schulen führt, ist in der entwickelten österreichischen Gesellschaft von heute ein Fortschritt. Dessenungeachtet kann über konkrete Aktionen und Projekte berichtet werden. Ich nehme vorweg, daß die Zusammenarbeit zwischen der Steiermärkischen Landesregierung auf der einen Seite und dem Landesschulrat auf der anderen unter seinem neuen Präsidenten Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher in allen wesentlichen Fragen konstruktiv und reibungslos verläuft.

Ich berichte in aufsteigender Linie des Lebensalters. Bei den Zehn- bis Vierzehnjährigen ist die Situation speziell im großstädtischen Raum Graz völlig unbefriedigend. Hier besuchen 62 Prozent dieser Jahrgänge eine allgemeinbildende höhere Schule, was zu einer unsinnigen Austrocknung der Hauptschulen führt. Da das Unterrichtsministerium im Hinblick auf die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen immer mehr in Verzug gerät, kristallisieren sich neue Initiativen in den Bundesländern heraus. In der Steiermark soll ein Projekt Realschule, die zur mittleren Reife führt, zur Diskussion gestellt werden. Eine Arbeitsgruppe wurde im Kollegium des Landesschulrates dafür eingesetzt. Am 3. November dieses Jahres wird sich der erste steirische Schulkongreß mit diesem Thema beschäftigen. Am 17. und 18. November wird in Graz ein erster Europaschulkongreß durch internationale Vergleiche über diese Problematik informieren. Als Zeithorizont für die Entwicklung von tragfähigen Modellen wurde das Sommersemester 1991 festgelegt.

Die Bildungsinformation der Schüler und Schülerinnen soll an Nahtstellen ihres Bildungsweges verbessert werden. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen im laufenden Schuljahr diese Aktivitäten zum ersten Mal aufgewertet werden. Ziel ist die bessere Information über Berufsaussichten.

In Anbetracht des würgenden Mangels an Facharbeitern soll die Situation der Lehrlinge verbessert werden. Es ist nicht mehr einzusehen, daß gewisse Vergünstigungen, die Studierenden an höheren Schu-

len oder Hochschulen gewährt werden, Lehrlingen nicht zugute kommen, zum Beispiel die Schülerfreifahrt, Stipendien und ähnliches. Eine diesbezügliche Initiative wird sich an den Bund, der dafür die Kompetenz hat, wenden. Um aber für Lehrlinge keine Bildungssackgasse zu schaffen, wird das Wirtschaftsförderungsinstitut das Modell eines Aufbaulehrganges für Nichtmaturanten entwickeln, das zur Berufsmatura führen soll.

Die Möglichkeiten, an einer AHS auf freiwilliger Basis auch eine Lehrlingsausbildung absolvieren zu können, sollen vermehrt werden. Neue Modelle sind in Mürzzuschlag in Vorbereitung und in Knittelfeld in Diskussion.

Schließlich soll der Flaschenhals des Eingangs in die Hochschulen entlastet werden durch zusätzliche Schaffung von Kollegs, also universitären Kurzausbildungen. Hier ist wiederum der Bund am Zug. Alles in allem wird die Steiermark im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit allen Kräften versuchen, die Situation unserer Bildungswege zu verbessern, wo das notwendig ist. Dabei wird darauf zu achten sein, daß Schulen den sehr verschieden gelagerten Begabungen und Interessen der jungen Menschen entgegenkommen und daß falsches Prestigedenken, speziell der Eltern, eingedämmt wird. Die Wahl der richtigen Ausbildung ist die Vorwahl des richtigen Berufes. Und den richtigen Beruf zu erlernen kann entscheidend sein für ein erfülltes Leben. Jede Art von Numerus clausus, also von Studienbeschränkung, wäre dabei übertriebene Ordnung. Aber Bildungschaos wollen wir auch keines haben. Wir werden also unseren Beitrag dazu leisten müssen, daß ein vernünftiger Mittelweg zwischen Chaos und Ordnung gefunden wird. (Beifall bei der ÖVP. – 14.49 Uhr.)

Präsident: Die zweite dringliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Weilharter, Kohlhammer, Freitag, Herrmann, Rainer, Gottlieb, Minder, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Kammlander an Frau Landesrat Waltraud Klasnic, betreffend Wirtschaftsentwicklung in der Steiermark, hat ebenfalls die gemäß Paragraph 58 Absätze 1 und 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Mag. Ludwig Rader das Wort zur Begründung der zweiten dringlichen Anfrage.

Abg. Mag. Rader (14.49 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Dieser Kompromiß in der Abwicklung dieser beiden dringlichen Anfragen ist vielleicht der Versuch, Herr Landeshauptmann, einen Mittelweg zwischen Chaos und Ordnung in diesem Hause zustande zu bringen, und ich halte ihn für vernünftig.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zuerst noch zwei Anmerkungen, auch wenn sie auf Kosten der Zeit gehen. Es ist für uns natürlich ein erhebender Augenblick, daß es das erste Mal seit Bestehen der freiheitlichen Fraktion in diesem Hause möglich ist, eine dringliche Anfrage nicht nur einzubringen, sondern auch in diesem Hause zu begründen, und es ist zum zweiten wahrscheinlich auch ein historisches

Ereignis zumindest in dieser Legislaturperiode, wenn zum ersten Mal sich gemeinsam alle Parteien finden, die entweder bisher schon immer Opposition waren oder die auf Grund des stetigen und anscheinend unaufhaltsamen Absinkens der Steiermark hinter das restliche Österreich zur Opposition ganz einfach werden mußten. Meine Damen und Herren, es wäre aber auch falsch, aus dieser Situation zu weitreichende Schlüsse zu ziehen, etwa Schlüsse, die über das Jahr 1991 hinausgehen. Es wäre aber, meine verehrten Damen und Herren der ÖVP, mit aller Bescheidenheit angemerkt, wahrscheinlich auch falsch, aus dieser Situation keine Lehre zu ziehen.

Meine verehrten Damen und Herren, die Sorge der nunmehr vereinigten Opposition richtet sich auf die Wirtschaftssituation des Landes Steiermark – (Beifall bei der ÖVP. – Heiterkeit.) Wenn sich die Herren wieder beruhigt haben, kehren wir wieder zur Sorge zurück. Die Sorge richtet sich auf die Wirtschaftsentwicklung in unserem Lande, und insbesondere, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, diese Inhalte sind sogar nicht so sehr zum Lachen, insbesondere, wenn man es genau hört, Herr Kollege. Ich weiß, daß Sie den heiteren Teil jetzt gehabt haben, aber wenn man genau hinhört, dann wird einem an sich das Lachen vergehen. An die Entwicklung in unserem Grenzland, Herr Kollege Dr. Dorfer, wirst du als Chef der Handelskammer, als Direktor der Handelskammer, ganz sicher auch Interesse haben.

Und in den vergangenen Jahren, in denen alle Blicke auf die Mur-Mürz-Furche gerichtet waren, auch in den Diskussionen in diesem Hause, in den vergangenen Jahren auf Grund der vielen Sonntagsreden über das Grenzland, manche das Thema ihrer Sonntagsreden eigentlich vergessen hatten, hat sich die österreichische Südregion zu einem Problemgebiet entwickelt, zu einem Problemgebiet, was neuerdings in einer Studie der Österreichischen Raumordnungskonferenz aus der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1989 noch einmal deutlich geworden ist. Es ist eine dramatische Entwicklung, meine verehrten Damen und Herren, die weder mit schönen Worten noch mit Gelächter, noch mit Unaufmerksamkeit zuzudecken ist.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, man kann es anschauen, von welcher Seite man immer möchte, diese Südregion, die Teile von Kärnten, Teile der Steiermark und Teile des Burgenlandes beinhaltet, diese schwachen Gebiete, die zum Problemgebiet geworden sind, liegt zum Großteil in unserem Land. Wir sind leider Gottes in den schwachen Gebieten der österreichischen Wirtschaftsentwicklung stark, viel zu stark vertreten. Meine Damen und Herren, auch Sie haben jene Artikel gelesen, in denen nachgewiesen wird, daß wir von den armen Gebieten Österreichs leider Gottes unter den ersten zehn, wobei der Begriff „erster“ ja ziemlichen Zynismus beinhaltet, bereits fünf Stellen, nämlich der erste Bezirk Österreichs ist Feldbach (Abg. Purr: „Das wird behauptet, ist nicht erwiesen!“) – auch wenn du, Kollege Purr, protestierst, der dritte ist Hartberg, der vierte Radkersburg, der siebente Fürstenfeld und der neunte Deutschlandsberg, übrigens deiner. Nehmen wir doch andere Kriterien, weil ich schon weiß, daß du diese Kriterien nicht akzeptieren wollen wirst. Nehmen wir Zusammenfas-

sungskriterien, die sehr genau aussagen, wie es in unseren Grenzgebieten aussieht. Nehmen wir jene Zusammenfassung zwischen Wohnsituation, Versorgungssituation und Bildungssituation. Weil mir gerade früher Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher um sieben Uhr früh mit einer dringlichen Anfrage Wissensdurst bewiesen hat über die Bildungsentwicklung, und auch hier stellen wir den schlechtesten Bezirk Österreichs, das ist Hartberg, der vierte ist Feldbach, der siebente ist Weiz, der achte ist Murau, über den heute schon diskutiert worden ist, und der neunte, Kollege Purr, wieder dein Bezirk, Deutschlandsberg. Gehen wir noch weiter in den Zusammenfassungen der schwierigen Situationen. Nehmen wir, beurteilen wir gemeinsam die Kriterien Arbeit, Versorgung, Bildung, Wohnen und Einkommen. Wieder stellen wir den schlechtesten Bezirk Österreichs mit Hartberg, der dritte ist Murau, dann folgen Feldbach, dann Deutschlandsberg und an neunter Stelle Radkersburg. So geht es immer weiter, was immer wir tun können, wie immer wir die Situation drehen und wenden und von welcher Seite wir sie immer anschauen wollen: Unter den zehn schwierigsten, schlechtesten Regionen und Bezirken in Österreich ist die Steiermark mit fünf vertreten. Das ist dramatisch, und wozu führt das? In einer Hochrechnung wurde durchkalkuliert, was diese Situation in unserem Grenzland bringen wird. Wir haben eine der höchsten Arbeitslosenraten. Das führt dazu, daß wegen der massiven Abwanderung und dem damit verbundenen Geburtenrückgang Südösterreich eben jene Bereiche, in denen wir leider Gottes so stark vertreten sind, bis zum Jahre 2000 rund 5 Prozent ihrer heutigen Bevölkerung verlieren werden. Die Folge davon ist eine höchst unangenehme Altersstruktur, weil die Jungen weggehen und diejenigen übrigbleiben, die nicht weggehen können. Im Jahre 2011 wird es um ein Drittel weniger Kinder unter fünf Jahren und sogar um 40 Prozent weniger Kinder im schulpflichtigen Alter geben. Auch das sind die Sorgen, die den Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher erdrücken, und ich verstehe ihn in diesem Zusammenhang. In dieser Entwicklung werden die südlichen Bundesländer und die südlichen Regionen unserer Republik weitere 20 Jahre später zum „Altenhaus der Nation“ werden. In der Steiermark werden 37 Prozent der Einwohner älter als 60 Jahre sein.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Raumordnungskonferenz sieht die Folgen dieser Entwicklung so, ich zitiere wörtlich: „Die Auswirkungen sind eine Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowohl beim Konsum als auch bei den Investitionen“ – Kollege Dr. Dorfer –, „die Zunahme der soziodemokratischen Alterslast, Pensionen und Renten sowie die Senkung der kommunalen Leistungsfähigkeit durch den Steuerausfall.“ In diesen wirtschaftlichen Problemgebieten stellen sich die Jüngeren von vornherein auf das Auspendeln ein und werden dann später kaum mehr zurückzuholen sein. Unternehmer, die sich in diesen Gegenden ansiedeln – und ich hoffe, daß wir doch eine Reihe erzählt bekommen, die es zumindest versucht haben –, zahlen, um den Standortnachteil auszugleichen, bis zu 25 Prozent unter dem Durchschnitt. Wie müssen die Leute und Arbeitnehmer in diesen Gegenden sich dann fühlen, wenn sie in diesen Tagen lesen, wie gut es einem gehen kann, wenn man bei den Elektrizitätsversorgungsunterneh-

men ist? Eine zusätzliche Dramatisierung und eine zusätzliche Entwicklung, die in diesem Grenzland weh tun.

Meine Damen und Herren! Auf Grund des schlechten Ausbildungsniveaus, das dazu kommt, mangelnder Verkehrsverbindungen und fehlender Infrastruktur ist es auch schwer, größere Unternehmen in diese Region zu bringen. Wir alle, die diese Anfrage mitunterzeichnet haben, sind in großer Sorge. Gegen diese große Sorge, die wir mit der Bevölkerung da unten teilen, hilft nicht eine Strategie der schönen Worte, hilft nicht eine Strategie der Tabellen und Listen eifriger punktueller Aktivitäten, die in Wahrheit die Abwärtsentwicklung nicht verändern, hilft auch nicht eine Strategie der zusammengezählten Förderungsmillionen. Ich kenne die Antwort der Frau Landesrat Klasnic nicht, aber ich kenne ihre Politik und die Politik, die in den letzten Jahren betrieben wurde. Wir werden natürlich einen Riesenkatalog punktueller Maßnahmen bekommen. Es hat nichts daran geändert, daß diese Regionen Schritt für Schritt, Jahr für Jahr nach unten gegangen sind, und auch die ÖROK-Studie gibt dieser Art der Politik in einem wörtlichen Zitat bereits die Antwort. Eine Antwort, die möglicherweise auch eine Antwort dessen ist, was wir jetzt zu erfahren bekommen werden. Die ÖROK-Studie sagt nämlich wortlich: „Die regionalpolitische Investitionssenkung ist in erster Linie arbeitsmarktorientiert, wobei vor allem auf die Quantität der Arbeitsplätze abgestellt wird. Während in der sektoralen Strukturpolitik Produktionsstrukturverbesserungen auch ohne Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gefördert werden, findet dieser Aspekt im Rahmen der regionalen Strukturpolitik kaum Eingang. Der Einsatz der Förderungsmittel erfolgt hauptsächlich zur Schaffung technischer Infrastruktur und zur Finanzierung von materiellen betrieblichen Produktionsfaktoren. Das heißt von Betriebsmitteln, wie Grundstücke, Gebäude und Maschinen.“ Wer im Finanz-Ausschuß die Stücke verfolgt und in diesem Hause, findet genau diese Beurteilung bestätigt. „Die Förderungsmittel werden im wesentlichen passiv angeboten, das heißt, der Förderungswerber sucht in der Regel den Zugang zu dem Förderungsinstrumentarium selbst.“ Als Ergebnis dieser traditionellen Regionalpolitik, so sagt die österreichische Raumordnungskonferenz, wird – und das klingt jetzt etwas fachchinesisch, ist aber ein grauenhaftes Urteil über die Wirtschaftsentwicklung – die Beschleunigung der funktionellen Desintegration peripherer Gebiete beziehungsweise Perpetuierung des Polarisierungsprozesses zwischen Zentren und Peripherie konstatiert, weil das Instrumentarium nicht auf die Verbesserung der Innovationsfähigkeit ausgerichtet ist. Das ist auch ein Urteil über unsere Strukturpolitik, die in der Steiermark gehandhabt wird. Was wollen wir daher mit dieser dringlichen Anfrage, die dieses Thema aktualisiert, erreichen? Wir wollen eine Erneuerung des Förderungswesens erreichen, eine Einengung und Erneuerung der Methoden der Förderung in Richtung der Stärkung der Eigenkraft der einzelnen Regionen, eine Dezentralisierung der Förderungspolitik und eine völlige Entpolitisierung. Wir wollen erreichen, daß endlich zwischen der Steiermark und der Republik Österreich ein Staatsvertrag abgeschlossen wird, Jahrzehnte beinahe ziehen sich diese Verhandlungen bereits hin, und wir wollen auch, daß in diesem Zusammenhang eine

Verkehrsmittelverbesserung in diesem Bereich stattfindet. Vor allem aber, meine Damen und Herren, wollen wir – und wir werden im Verlaufe dieser Debatte zu dieser dringlichen Anfrage noch einen Beschlusantrag vorlegen – erreichen, daß jeder einzelne Bewohner des steirischen Grenzlandes zur Kenntnis nimmt, daß der gesamte steirische Landtag von seinen Sorgen Kenntnis hat und hinter ihnen steht.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher an die zuständige Frau Landesrat Klasnic folgende dringliche Anfrage:

Erstens, sind Sie in der Lage, aus den Ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen und Prognosen dem Landtag einen realistischen Bericht über die zu erwartenden Entwicklungen der Südsteiermark zu geben?

Zweitens, welche Maßnahmen haben beziehungsweise werden Sie setzen, um die von der Österreichischen Raumordnungskonferenz prognostizierte düstere wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark zum Altenheim Österreichs in den Griff zu bekommen?

Drittens, bis wann ist mit dem Abschluß eines Staatsvertrages mit dem Bund zu rechnen, der die Wirtschafts- und Strukturförderung des Landes langfristig auf ordentliche Beine stellt?

Viertens, identifizieren Sie sich in diesem Zusammenhang mit der Forderung, daß der Neubau der direkten Eisenbahnverbindung Graz–Klagenfurt durch einen Koralmtunnel ein dringendes Bedürfnis für den Wirtschaftsraum Graz und damit auch für die angrenzenden Bezirke ist? Eine Forderung, die vor allem der Kollege Kohlhammer immer besonders dringlich vertreten hat.

Fünftens, sind Sie bereit, sich für die rasche Verwirklichung eines Verkehrs- und Tarifverbundes zwischen Graz und den angrenzenden Bezirken einzusetzen?

Meine verehrten Damen und Herren, wenn die Debatte zu dieser dringlichen Anfrage dazu führt, daß die Menschen im Grenzland das Gefühl haben, daß wirklich alle nunmehr endgültig hinter ihnen stehen und sie nicht nur zum „Mistkübel der Steiermark“ gemacht werden, wie es etwa in Halbenrain passiert ist, dann hat sie ihren Zweck erfüllt. Ich bitte um die Antwort und um eine wohlwollende Diskussion. (Beifall bei der SPÖ. – 15.03 Uhr.)

Präsident: Ich erteile nun der Frau Landesrat Klasnic das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

Landesrat Klasnic (15.03 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Zu Beginn freue ich mich, daß es sicher eine sehr lebhaft Diskussion geben wird, und ich stelle mir vor, wenn ich den Herrn Mag. Rader richtig verstanden habe, daß die Aufgabe einer vereinigten Opposition heißt, nicht nur zu kritisieren, sondern auch bessere Vorschläge zu machen, umsetzbare und glaubwürdige Vorschläge. Aber eines möchte ich in dem Zusammenhang schon feststellen: Die Sozialistische Partei in diesem Haus hat gerade in den vergangenen Jahrzehnten auf Bundesebene sehr viel Alleinverantwortung auch für das Grenzland getragen, nun ist es eine gemeinsame Verantwortung in der großen Koalition. Es hat eine Zeit der kleinen Koalition gegeben. Was ist in dieser Zeit für das Grenzland passiert?

Herr Kollege Vollmann, der Herr Bundeskanzler Kreisky hat im Jahre 1970 gesagt, „ich werde das Grenzland zu einem blühenden Garten des Wohlstands machen“. Heute hier diese Begründung. Trotzdem, und ich glaube, nachdem es der Sozialistischen Partei in diesem Hause seit Jahrzehnten mit uns gemeinsam auch immer wieder möglich war, Verantwortung für dieses Land zu tragen, bin ich sicher, daß die Kollegen in der Debatte auch hier und heute einen wertvollen Beitrag leisten. Ich bin auch sicher, und der Herr Mag. Rader hat es angesprochen, daß er mit einer Liste erfolgter Arbeit und mit Statistiken keine Freude haben wird. Aber man muß darüber reden, was geschehen ist. Und ich sage mit Recht und mit eigener Überzeugung, diese dringliche Anfrage, die von Ihnen heute gestellt wird, sie unterstützt meine Arbeit. Ich bin froh, daß es diese dringliche Anfrage gibt, weil ich nehme für mich in Anspruch, daß es keinen Arbeitstag gegeben hat, an dem ich mich nicht auch für die Sorgen und Anliegen des steirischen Grenzlandes eingesetzt habe, und werde das jetzt mit einigen Ergebnissen beweisen. (Beifall bei der ÖVP).

Bis heute ist das steirische Grenzland ein besonderes Ziel der Wirtschaftsförderung und wird es auch in Zukunft sein. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß bereits unter Altlandeshauptmann Josef Krainer dieser Region besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. In der Folge verweise ich auf die Regierungserklärung unseres Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer aus dem Jahre 1986 und auf die in diesem Zusammenhang gesetzten Aktivitäten, Grenzlandprogramm und so weiter. Wir werden in der Debatte darauf zurückkommen. Mit Zahlen belegt, und Zahlen sind auch gefragt, weil die Fragen sind konkret gestellt, heißt dies, daß allein in der Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark von 1967 bis 1988, die verstaatlichte Industrie ausgenommen, 43,7 Prozent der Wirtschaftsförderungsmittel für die politischen Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach, Fürstenfeld und Hartberg verwendet worden sind. Das sind 1,85 Milliarden Schilling.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die Steiermärkische Landesregierung in ehrlich verstandener Solidarität mit den Beschäftigten der verstaatlichten Industrie in der Obersteiermark erhebliche Mittel für diesen Bereich aufgewendet hat, nämlich 1,2 Milliarden Schilling. Dies, obwohl der Bund für diesen Bereich die alleinige rechtliche und wirtschaftliche Zuständigkeit innehat. (Beifall bei der ÖVP.) Hätte er diese seine Zuständigkeit als Bund auch alleine in Verantwortung genommen, hätten damit rund 1,2 Milliarden Schilling zusätzlich in die Grenzregion fließen können. Dann hätte sich der Anteil auf nahezu 60 Prozent der Gesamtmittel erhöht.

Was die künftige Entwicklung anlangt, so werden Sie Verständnis dafür haben, daß ich im Rahmen dieser Anfragebeantwortung nicht ins Detail gehen kann. Die Diskussion wird einiges bringen. Selbstverständlich kenne auch ich die Studie über die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2011 und auch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach politischen Bezirken, welche vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung für die ÖROK erstellt worden ist. Selbst wenn man diesem mechanistischen Verfahren

der Prognose Glauben schenkt und damit wesentliche regenerierende Faktoren, wie Phantasie, Intelligenz und Fleiß – Eigenschaften, durch die sich ganz besonders die steirische Grenzlandbevölkerung auszeichnet –, außer acht läßt, liegen gerade die Grenzlandbezirke wesentlich günstiger als der Rest der Steiermark. Dies gilt sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für die Jugendlichen. Und denken wir an die heutige Debatte hier zur Situation der steirischen Familien. Auch die Beschäftigungsentwicklung, die ein wesentlicher Indikator der Wirtschaftsentwicklung ist, weist gerade in den Grenzlandbezirken die besseren Ergebnisse aus. Steiermark insgesamt 1971 bis 1986: konstante Beschäftigung, in fünf von sechs Grenzlandbezirken positive Zuwachsraten, die sogar weit über dem österreichischen Durchschnitt liegen. In drei der sechs politischen Bezirke liegt auch die jährliche Veränderung des Nettoinlandsproduktes über dem steirischen und sogar dem österreichischen Durchschnitt. Der Kollege Prof. Jungwirth hat gerade früher einen Satz gesagt, den ich hier jetzt verwenden möchte. Bedenken wir auch, daß unsere Nachbarländer Jugoslawien, Ungarn sind und nicht die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland. Das spielt im Grenzland eine besondere Rolle. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn die wirtschaftliche Dynamik so anhält, und ich bin persönlich optimistisch, wird auch die Aussage des von Ihnen zitierten Artikels im „Profil“ vom 14. August 1989 für die Zukunft kaum noch Gültigkeit besitzen. Ich möchte auch hier auf eine von mir in Auftrag gegebene Studie „Steirische Grenzlandentwicklung“ hinweisen, die die Entwicklungschancen dieser Region untersucht und Lösungsvorschläge bieten wird. Und gestatten Sie mir, daß ich noch etwas dazusage: In einer guten Konjunkturphase, die wir zur Zeit in Österreich und auch in der Steiermark haben, müssen wir über Erfolge reden, denn die öffentliche Diskussion, und auch heute habe ich hier das Gefühl gehabt, verläuft nach dem Motto, „die gute Wirtschaftslage, die gute soziale Entwicklung, das kommt von alleine“. Wenn wir wirklich so schlechte Daten hätten, dann möchte ich die Diskussion hier hören. Sie ist im momentanen Zusammenhang nicht glaubwürdig und fest untermauert, weil eigentlich müssen wir sagen, das eine ist die Statistik und das andere ist das Erleben in diesen Bezirken. Gehen Sie hinaus, reden Sie mit den Menschen.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross war am Sonntag in Leibnitz. Wir haben dort nicht traurige und alte Menschen erlebt, sondern gesunde, fröhliche und dynamische Menschen, und das müssen wir wissen.

Wie ist nun die Entwicklung im steirischen Grenzland besser in den Griff zu bekommen? Ich meine – und ich nehme in Anspruch, daß ich alles daran setze, um es auch zu verwirklichen, es ist angesprochen –, daß wir eine wirtschaftsadäquate Bildungs-, Ausbildungs- und auch Beratungspolitik beziehungsweise -programme brauchen mit einem starken Akzent zum Facharbeiter, aber vor allem mit dem Ziel, Begabungen zu fördern und zu entfalten. Die heutige Bildungsdebatte wird uns noch Möglichkeit geben, darüber zu reden, und beweist auch das Interesse dafür.

Weiters, daß wir alles daransetzen, daß die Förderung der mittelständischen Wirtschaft weiterhin aufrechterhalten bleibt.

Schon in der Vergangenheit ist es uns gelungen, mit der Errichtung des Gewerbe-BORGs Bad Radkersburg – die Genehmigung als öffentlicher Schulversuch wurde trotz unserer Bemühungen von Frau Bundesminister Dr. Hawlicek bisher immer abgelehnt – einen zukunftsweisenden Schritt zu setzen.

Auch die Fortführung des Lehrlingsausbildungszentrums der ehemaligen Firma Eumig in Fürstenfeld war ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Berufschancen für die Jugend in dieser Grenzlandregion.

Es ist mir heuer gelungen, die bundesdeutsche „Steinbeis-Stiftung“ zur Mitarbeit bei der verstärkten Umstellung der Förderungsmaßnahmen auf Beratung, und hier insbesondere im Technologiebereich, zu gewinnen.

Die Zusammenarbeit mit diesem Stuttgarter Institut wird es steirischen Unternehmungen ermöglichen, nicht nur neue technologische Möglichkeiten kennenzulernen, sondern auch praktische Hilfe beim Erwerb und Einsatz dieser Technologien zu bekommen. Dies gilt vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe, und solche haben wir im Grenzland sehr viele.

Damit wird der mittelständischen Wirtschaft des Grenzlandes eine Hilfe zuteil, die sich erfolgreich auf internationale Erfahrungen stützt.

Die Schaffung einer Thermenregion des Grenzlandes ist so weit fortgeschritten, daß der Erfolg nicht nur erwartet werden kann, sondern bereits sichtbar ist. Der psychologisch aufwertende Effekt beschränkt sich hierbei nicht nur auf den Fremdenverkehr an sich, sondern stärkt das Selbstbewußtsein der ganzen Region. Ich bin überzeugt davon, daß eine integrale Vermarktung unseres Landes, in der auch die Einbeziehung kultureller und kulturhistorischer Aspekte – wie sie etwa die Landesausstellungen bieten – Denken wir, in welchem kurzem Abstand zwei Landesausstellungen im Grenzland – Riegersburg und Gamlitz – einen Platz finden, die zum weiteren Aufschwung des Grenzlandes beitragen.

Wir haben auch stets alle Bemühungen unterstützt, die Grenzen nach Ungarn zu öffnen, um so eine Verbesserung der wirtschaftlichen Dynamik des Grenzlandes zu erreichen.

Ich denke an den Antrag, der in unserem Haus liegt, Grenzübergang Mogersdorf. Ich denke an die Verhandlungen, die in der vergangenen Woche geführt wurden mit dem Generaldirektor der Bundesbahn über eine Kreuzungssicherheit für die Ostbahn, ganz konkrete Gespräche. Ich erwarte mir als Vertreter des Landes in diesem Fall ein Konzept vom Bund.

Auch für die Weltausstellung Wien/Budapest laufen zahlreiche Vorbereitungen.

Nicht zu vernachlässigen sind hier auch die Impulse, die von den Leistungen der anderen Ressorts ausgehen. Ich denke hier an die Landwirtschaft sowie den Straßen- und Wohnbau.

Auch was die Nahversorgungsförderung anlangt, gibt es – von mir eingeleitet – schon seit einiger Zeit (Februar) steirische Vorstellungen und jetzt auch Vor-

stellungen des Bundes; derzeit finden hier Koordinationsgespräche statt.

Eine Steiermark als „Altenheim Österreichs“ wird es jedenfalls auch im Jahre 2011 – und auch später – nicht geben!

Viele von uns, die wir hier in diesem Haus sind, gehören dann im Jahre 2011 zur älteren Generation. Wir werden uns vielleicht besonders in diesem Jahr dann an die Debatte hier erinnern und nachdenken, wie es sich entwickelt hat. Daß es besser wird, als es hier gesagt wird, das liegt an uns, weil wir stellen heute die Weichen für 2011. Wir können mithelfen.

Es ist sicherlich – wie auch in der Vergangenheit schon gepflogen – in Zukunft notwendig, den Bund an seine besondere Verantwortung auch für das steirische Grenzland zu erinnern. Ob dies in Form eines Staatsvertrages oder einzelner Vereinbarungen geschehen soll, ist meines Erachtens dann unwesentlich, wenn es mit entsprechendem Engagement geschieht. Man muß es tun. Ob es ein Vertrag oder eine Vereinbarung ist, das ist nicht das wichtigste. Derzeit stehe ich mit dem Bund in Verhandlungen wegen der Einrichtung einer „regionalen Innovationsprämie“ (wodurch die sogenannte 100.000-Schilling-Aktion ersetzt werden soll).

Ferner wird über die Neugestaltung der Fremdenverkehrs- und Bürges-Förderungen verhandelt. Diese neuen Förderungen sollen bereits 1990 greifen.

Was Ihre Frage im Zusammenhang mit dem Koralpentunnel anlangt, so ist dies eine nachhaltige Forderung des Herrn Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer, welche wiederholt an den jeweiligen für den Eisenbahnausbau zuständigen Verkehrsminister gestellt wurde und wo man immer gesagt hat, es ist ein steirisches Anliegen.

Auf dieses Anliegen wie auch auf den notwendigen zweigleisigen Ausbau der Schoberpaßstrecke, den Bau eines Semmeringtunnels und die Errichtung eines Containerterminals im Großraum Graz wurde steirischerseits immer wieder hingewiesen, so beispielsweise auch anlässlich der Erstellung des ÖBB-Konzeptes „Neue Bahn“. Zwar fand dieser steirische Wunsch im genannten Konzept keine Berücksichtigung, jedoch kann ich Sie erfreulicherweise darüber informieren, daß – nicht zuletzt auch auf Grund der ständigen Interessenbekundungen seitens der Steiermark an einer direkten Eisenbahnverbindung Graz–Klagenfurt – am 30. Oktober in Bad Tatzmannsdorf ein länderübergreifendes Koordinierungsgespräch über eine alternative Streckenführung Burgenland–Graz–Klagenfurt unter Teilnahme von Vertretern aller betroffenen Bundesländer (Niederösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten) stattfinden wird.

Von seiten des Landes Steiermark wird der Verkehrskoordinator, Herr Hofrat Dipl.-Ing. Theußl, an dieser Sitzung teilnehmen, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine Projektgruppe zur Erstellung von Planunterlagen zu installieren.

Die Steiermark hat hier bereits Vorarbeit geleistet, und Herr Univ.-Prof. Dr. Rießberger hat sich in einer Studie mit einer möglichen Trassenführung, einer Eisenbahnverbindung zwischen Graz und Klagenfurt durch einen Koralpentunnel auseinandergesetzt.

Was Ihre Frage hinsichtlich meines Einsatzes für eine rasche Verwirklichung eines Verkehrs- und Tarif-

verbundes zwischen Graz und den angrenzenden Bezirken betrifft, bin ich gerne bereit, Sie auch hier über den Verlauf und letzten Stand der diesbezüglichen Bemühungen des Landes Steiermark zu informieren.

Ausgehend von einem Gipfelgespräch zwischen Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und dem Verkehrsminister Dr. Streicher am 13. Februar 1989, an welchem neben Vertretern des Landes auch die politischen Vertreter der Landeshauptstadt Graz teilnahmen, wurde eine Projektgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, möglichst rasch ein Verbundmodell zu erarbeiten.

Vom Verkehrsministerium wurde in einer ersten Sitzung das Tarifmodell Vorarlberg angeboten, welches jedoch in der Folge als für unsere Verhältnisse nicht geeignet und wünschenswert verworfen wurde. In einer neuerlichen Sitzung wurden daher weitere Möglichkeiten diskutiert und wurde schließlich von seiten der ÖBB das „Linzer Modell“ als für den Großraum Graz übertragbare Verbundlösung vorgeschlagen.

An Hand der danach durchgeführten Erhebungsergebnisse wurde für dieses Modell eine weitestgehende Einigung auch mit allen öffentlichen und privaten Linienunternehmen erzielt, wobei ich aus zeitlichen Gründen von einer Schilderung der Details dieses Verbundmodells Abstand nehmen möchte.

Der von Landesseite damit befaßte Verkehrskoordinator kann Ihnen darüber gerne Auskunft geben.

Zum Grundsätzlichen möchte ich aber festhalten, daß Abschläge für Einzel- und Zeitkarten gewährt werden, aus welchen ein Durchtarifierungsverlust von insgesamt 15 Millionen Schilling pro Jahr errechnet wurde.

Die Gründung einer Verbundgesellschaft nach dem Muster des Verkehrsverbundes Ostregion wäre vorerst nicht erforderlich – das ist auch eine Bedingung, welche der Bund aus Kostengründen an eine Finanzierungsbeteiligung stellt – und stellt dieses Tarifmodell einen ersten Schritt in der Bewältigung weiterer Fragen des Verkehrsverbundes dar.

Ziel des nächsten Schrittes muß eine Verbesserung der Betriebsorganisation, der Fahrplankoordination und der Angebotsverbesserung sowie Beschleunigung der Verkehrsabwicklung sein, um eine attraktivere Gesamtverbundlösung zu erreichen.

Eine Verzögerung ist nunmehr dadurch eingetreten, daß sich die Stadt Graz in einem an mich gerichteten Schreiben des Herrn Bürgermeisters Stingl vom 2. September 1989 gegen die vorgesehene 30prozentige Beteiligung mit der Begründung ausgesprochen hat, daß der Bund 50 Prozent der Durchtarifierungsverluste beim Verkehrsverbund Ostregion trägt und bei keinem Verbundmodell eine Gemeinde zur Kasse gebeten werde.

Wie ich jedoch in Erfahrung bringen konnte, trägt Wien zirka 16 Prozent der Verlustabdeckung, was etwa einem Drittel entspricht, und ist eine entsprechende Drittelfinanzierungslösung ebenfalls Grundlage ähnlicher Verbundverhandlungen der Landeshauptstädte Linz, Salzburg und Innsbruck.

Sicher gibt es zu diesen Fragen in der Diskussion noch einige neuauftauchende. Ich werde diese dann am Abschluß gerne beantworten. (Beifall bei der ÖVP. – 15.22 Uhr.)

Präsident: Die Anfrage betreffend Bildungsreform ist von zehn Abgeordneten unterzeichnet, und die Abführung einer Wechselrede wurde ebenfalls von diesen zehn Abgeordneten beantragt. Ich eröffne daher die Wechselrede und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer.

Abg. Dr. Dorfer (15.23 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es ist in der heutigen Diskussion im Landtag schon mehrmals zum Ausdruck gekommen und sicher unbestritten, daß wir zur Zeit eine beachtliche Konjunktur verzeichnen können, daß das Wirtschaftswachstum besser ist als erwartet – schon 1988, ebenso 1989 –, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird auch das Jahr 1990 noch ein sehr gutes wirtschaftliches Jahr sein. Weit darüber hinaus zu prognostizieren wäre nicht reell.

Wir haben eine Vollbeschäftigung, die erfreulich ist, die natürlich nie zu einer totalen Vollbeschäftigung führen kann, weil das in einer gesunden Wirtschaftsordnung denkunmöglich ist. Wir haben steigende Einkommen, und wir haben trotzdem eine weltweit beachtete Stabilität. Warum dies so ist, ist sicher zum Teil auf den internationalen Trend zurückzuführen. Wir sind nun einmal ein kleines und außenhandelsorientiertes Land, das sehr wesentlich von der internationalen Konjunktur abhängig ist. Dieser Umstand, daß Österreich günstiger als der OECD-Durchschnitt dasteht, ist aber vor allem auch auf unsere Steuerreform zurückzuführen, die eine beachtliche Mehrkaufkraft gebracht hat. Es geht hier um Milliardenbeträge, und vor allem hat sich der Pessimismus etwa der Jahre 1981 bis 1986 in einen echten Optimismus umgewandelt. Es wird wieder gekauft, es wird wieder Geld ausgegeben, das Angstsparen ist vorbei. Alles wesentlich auch auf die Steuerreform zurückzuführen. Es sind die Privatisierungen gewesen, die letzten Endes aus verstaatlichten Defizitbetrieben rentable und zum Teil private Betriebe gemacht haben.

Meine Damen und Herren, in dieser Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, die so günstig ist, ist derzeit die größte Wachstumsbremse der Umstand, daß wir einen Facharbeitermangel verzeichnen, der viel größer ist, als es scheint; nicht nur einen Facharbeitermangel, einen Arbeitnehmermangel, einen Arbeitermangel vor allem auch. Ich glaube, daß eine dringende Forderung von uns allen eine liberalere Handhabung der Arbeitsgenehmigungen für Ausländer aller Art sein müßte – auch für Asylanten –, weil die Wirtschaft diese Menschen braucht. Es gibt auch in der Steiermark und auch im Grenzland, von dem gerade gesprochen wurde, viele Betriebe, die Aufträge schon ablehnen müssen, weil sie die Fachkräfte nicht haben, um die Aufträge hereinzunehmen und zeitgerecht ausführen zu können.

Warum ist dem so? Die Hauptursache dieses Facharbeitermangels ist zweifellos eine fehlgeleitete Berufsausbildungspolitik. Es tickt hier, meine Damen und Herren, eine Zeitbombe – das ist die Bildungsbombe –, die alle Menschen in diesem Land trifft, insbesondere die Jugend.

Warum kam es zu dieser Fehlentwicklung? Wir haben auf der einen Seite immer mehr Studenten, immer mehr Hochschüler, die ihr Studium nicht einmal mehr zur Hälfte auch fertig studieren. Man könnte sagen, wertvollstes menschliches Potential liegt hier wirtschaftlich gesehen brach, und auf der anderen Seite viel zu wenige Lehrlinge, viel zu wenige Facharbeiter. Es liegt teilweise sicher auch am Einkommen. Es besteht immer noch die Vorstellung, die „Gstudierten“ verdienen mehr, was zugegebenermaßen zum Großteil auch stimmt. Hier muß eben einiges dazu geschehen, um auch gute Facharbeiter in Zukunft mehr verdienen lassen zu können. Natürlich wird sich dies auf die Preise für die Konsumenten auswirken; das ist eine Selbstverständlichkeit. Bitte, der Kollektivvertrag, der gestern abgeschlossen wurde, geht genau in diese Richtung, das ist zweifellos der Fall.

Es ist vor allem auch beileibe nicht nur ein Einkommensproblem, ich würde sagen, noch viel mehr ein Prestigeproblem. Es ist nun einmal Prestige für die Eltern, für die Kinder, zu meinen, sie sollen studieren, sie werden es dann besser haben. Die Opfer sind sehr oft die Betroffenen, die mit sehr viel Mühe, Fleiß und Intelligenz fertig studiert haben. Ich erlebe es jede Woche in der Handelskammer, daß doctores und magistri der Philosophie kommen und etwa sagen: „Stellen Sie mich an als B-Angestellten; ich weiß, daß ich in A in der Handelskammer nicht angestellt werden kann.“ Das ist eine menschliche Tragik sondergleichen. Prestige spielt hier eine so große Rolle, und es ist zum dritten, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, sicher eine außergewöhnlich schlechte oder überhaupt nicht oder zu wenig vorhandene Berufsinformation. Wir haben deshalb zur Zeit von der Sektion „Gewerbe“ der Handelskammer eine Berufsinformationsmesse in Hartberg initiiert und organisiert, die nicht nur inhaltlich Großartiges zu bieten hat – und jeder, der dies gesehen hat, wird mir das bestätigen – auch der Besuch ist großartig, und wir erwarten im Endabschluß einen Besuch von fast 20.000 Schülern gerade in dem entscheidenden Alter, wo ihnen klargemacht werden soll, daß ein Handwerk heute nicht nur mehr eine manuelle und womöglich geistlose Tätigkeit ist, sondern sehr viel Intelligenz erfordert oder, modern ausgedrückt, je nach Neigung sehr viel Selbstverwirklichung für die Betroffenen ermöglicht.

Meine Damen und Herren, immer schon und jetzt besonders in den vergangenen Jahren hat etwa die Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft in diese Richtung aufklärend vor allem auch in den Schulen gewirkt, haben Erwachsenenbildungsinstitutionen, wie das Wirtschaftsförderungsinstitut, das Berufsförderungsinstitut und andere mehr, zweifellos Großartiges geleistet, aber feststeht, daß das alles zu wenig ist. Und ich möchte in dem Zusammenhang die Initiative von Lehrern, hauptsächlich Berufsschullehrern, nicht unerwähnt lassen, die eine Arbeitsgemeinschaft „Berufsschule, Wirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit“ gegründet haben, angeführt vom Herrn Direktor Alois

Stelzer und vom Landesschulinspektor Jeindl und vielen anderen, die da mittun, mit dem Hauptziel, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, Vorschläge für die Weiterentwicklung des dualen Ausbildungssystems zu erarbeiten und zu präsentieren, die Partnerschaft mit der Wirtschaft, allen Schultypen und anderen Institutionen zu pflegen und zu fördern und – wie es hier heißt – Maßnahmen zur Stärkung des Stellenwertes in der Gesellschaft für die hervorragend ausgebildeten Fachkräfte zu treffen und zu unterstützen. Eine großartige Initiative! Ich betone, sie geht von Lehrern, im überwiegenden Teil von Berufsschullehrern, aus, aber nicht nur von Berufsschullehrern.

Notwendig, Hohes Haus, in der Zukunft wird sein, daß eine wirtschaftskonforme Bildungspolitik gemacht wird. Wobei ich unter Wirtschaft hier durchaus nicht nur die gewerbliche Wirtschaft verstehe, sondern die Wirtschaft, das sind alle Menschen in diesem Land. Alle leben von, mit und in der Wirtschaft. Und ich darf in diesem Zusammenhang, nicht, um irgendeinen Weihrauch zu streuen – das liegt mir überhaupt nicht –, sondern aus voller Überzeugung dem neuen Präsidenten des Landesschulrates, dem Herrn Professor, unserem Kollegen Dr. Schilcher, sehr herzlich danken, weil er neue Modelle von Aufbaulehrgängen und überhaupt neue Bildungspolitikvorstellungen in die bildungspolitische Diskussion gebracht hat. Sicher zum Teil im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut, der Handelskammer, aber zum großen Teil von ihm selbst erdacht, und man kann ihm nur viel Glück wünschen, daß er diese Vorstellungen auf Bundesebene auch durchbringt. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Neue Modelle der Berufsausbildung sind notwendig. Das heißt nicht, daß alles, was bisher war, schlecht war, das heißt aber, daß es notwendig ist, Neues zu initiieren und Begonnenes weiterzuführen. Es hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth schon erwähnt, die Colleges auf den Universitäten – ich habe es neulich bei einer Diskussion auf der Uni gesagt –, Fremdenverkehrscolleg haben wir schon, Exportcolleg haben wir schon, Zusammenarbeit zwischen den Professoren auf den Hochschulen und den Praktikern aus der Wirtschaft, insbesondere auch aus der Handelskammer. Die Absolventen dieser Colleges sind großartig ausgebildete Fachleute, die unserer Wirtschaft sehr viel bringen. Es wird notwendig sein, in Graz ein Berufsinformationszentrum zu gründen. Die Arbeiten sind angelaufen. Ich danke hier vor allem auch der Arbeitsmarktverwaltung, daß sie hier initiativ mittut, der Arbeiterkammer, der Handelskammer, dem Gewerkschaftsbund, der Industriellenvereinigung, allen Schulbehörden, und ich habe es schriftlich in der Hand von der Wirtschaftslandesrätin Klasnic, daß sie sehr dafür ist und dieses Vorhaben unterstützen wird. Ich halte es für dringend notwendig und als ein Gebot der Stunde. Wir brauchen auch, meine Damen und Herren, insgesamt eine wirtschaftsnähere Ausbildung der Lehrer. Denn die Lehrer sind es, die letzten Endes den Lebensweg unserer Kinder entscheidend beeinflussen. Und wir brauchen schließlich – das hat auch Prof. Jungwirth schon angedeutet – Maßnahmen gegen die Diskriminierung der Lehrlinge gegenüber den AHS-Schülern oder überhaupt den Studenten schlechthin. Jungwirth hat Schülerfreifahrten und ähn-

liches genannt. Wir brauchen Möglichkeiten einer Fachmatura. Notwendig sind attraktive Schulformen mit zur Matura führender fachlicher Ausbildung in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. Die Fachmatura für die Lehrlinge ist das Stichwort. Zugang zu höherer Weiterbildung eben auch für die Lehrlinge, kurz – es muß die Chancengleichheit aller Bildungswege nach der Grundschule für alle jungen Mädchen und Burschen sichergestellt werden. Ich halte dieses Problem, meine Damen und Herren, nicht nur für eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Probleme unseres Landes. Es ist dies eine entscheidende wirtschaftspolitische Frage geworden. Grundsätzliche Lösungen müssen sofort in Angriff genommen oder, soweit sie schon vorhanden sind, weitergeführt werden. Ich glaube, wir alle sollten in diesem Sinne noch mehr aktiv werden. (Beifall bei der ÖVP. – 15.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (15.35 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube auch, daß die Bildungsbombe tickt, aber eher nach der Devise: „Gut gespart ist halb gebildet.“ Ich kann mir nicht ersparen, diesen Hinweis auf Grund der letzten Schuldebatte, die wir hier hatten, anzubringen. Es ging damals um die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen. Es ist sicher auch das ursprüngliche Problem unserer jetzigen Situation, daß diese großen Klassen schon im Grundschulbereich einen Unterrichtsstil vorgeben und damit auch zu Demotivation beitragen. Ich möchte das wirklich zu bedenken geben, weil eben diese großen Klassen, so wie sie jetzt in der Vergangenheit noch geführt worden sind und auch in Zukunft nicht geändert werden, eine Selektion bedeuten, die uns dann später wieder zu den Problemen am Arbeitsmarkt und mit den Lehrlingen führt. Statistiken sind zwar richtig, weniger Schüler werden immer wieder behauptet und dann auch weniger Lehrer. Ich gebe aber dazu zu bedenken, daß das Alter der Lehrer jetzt durchschnittlich so an die Vierzig ist, und Ende der neunziger Jahre werden diese Lehrer alle das Pensionsalter erreicht haben. Und wenig junge Kollegen kommen dazu, die Ideen und Methoden einbringen, und es bleibt eigentlich alles beim veralteten Modell. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, weil das hier auch notwendig ist, daß die Mütter als Hilfslehrerinnen der Nation immer mehr und mehr beansprucht werden, und später wundert man sich dann, wenn Kinder von berufstätigen Müttern im Schulbereich versagen. In England, Frankreich, Norwegen und anderen europäischen Ländern sind diese Mütter entlastet durch Ganztageseinrichtungen, und sogar die BRD-Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth hat schon Ganztageseinrichtungen gefordert. Ich möchte wirklich auch in dieser Bildungsreformdebatte auf die ursprüngliche Problemsituation hinweisen. Wenn es jetzt auch um die Finanzierung von neuen Bildungsmodellen geht, müssen wir uns überlegen, diese auch aus der Wirtschaftsförderung – und ich denke jetzt auch daran, daß wir die KVA nicht mehr bekommen in der Steiermark, so wie das jetzt aussieht, und müssen uns dort die Umwidmung dieser Wirtschaftsförderungsmittel überlegen und daraus ein Modell beson-

ders für den obersteirischen Bereich kreieren, indem Sozialarbeiter, Psychologen und Lehrer zusammenarbeiten, um für die Zukunft auch neue Bildungsmodelle zu erarbeiten. Auch für die Heranziehung von Facharbeiterinnen und Facharbeitern, weil es wird immer nur vom Facharbeiterproblem gesprochen. (Abg. Dr. Dorfer: „Gemeint sind immer auch die Damen!“) Zum Berufsschulwesen und zur Ausbildung habe ich mich schon einmal zu Wort gemeldet. Ich meine, daß es hier auch eine Änderung geben muß, daß man als Basis zuerst einen allgemeinen Block anzubieten hat und dann später in die Spezialisierung gehen soll. Förderungsprogramme – selbstverständlich auch für die Opfer der Grundschule, die sich dann eben nicht weiter qualifiziert haben und eben unqualifiziert am Arbeitsmarkt auch unvermittelbar bleiben. Es gibt eine Studie zur Lage der Jugend von 1987, einen sogenannten parlamentarischen Jugendbericht. Und in diesem Bericht wurde auch besonders darauf hingewiesen, daß sich Jugendliche über die Schul- und Arbeitswelt beschwert haben. Und davon sind drei Punkte besonders prägnant, daß sie gemeint haben, die Schule und die Arbeitswelt sind inhaltlich uninteressant, unpersönlich und autoritär. Und wenn ich jetzt im Beschlußantrag der ÖVP hinten nachschaue, finde ich plötzlich die Argumente vom letzten Mal wieder, wo es darum geht, Selbständigkeit der Mitarbeiter, ihre Fähigkeit zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten, rasch auf neue Situationen zu reagieren, und ausgeprägter Teamgeist und Belastbarkeit sind gewünscht. Ich möchte nur wirklich bitten, diese Fähigkeiten nicht schon in der Volksschule, in der ersten Klasse, verkümmern zu lassen und die Kinder dort so zu disziplinieren, daß man später diese Fähigkeiten kaum wieder entwickeln kann. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 15.40 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (15.40 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich zu Wort, weil es hier um wesentliche Fragen geht, die unsere Kinder und damit auch die Familien betreffen. Eingangs möchte ich ein Zitat – oder besser gesagt – das Schulorganisationsgesetz, Paragraph 2, zitieren: Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken.

Sie hat die Jugend mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbständigen Bildungserwerb zu erziehen. Die jungen Menschen sollen zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und zu Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbständigem Urteil und sozialem Verständnis geführt, dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und

der Welt Anteil zu nehmen, um in Freiheit und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken. Das ist der Zielparagraph.

Die Erziehung an unseren Schulen ist eine Ergänzung zu den Aufgaben, die die Eltern haben. Erstverantwortliche sind nach wie vor die Eltern. Sie leisten damit auch eine unersetzliche Aufgabe für Staat und Gesellschaft. Die Schule stützt sie und fördert sie und bringt die Kinder über diese Aufgaben der Eltern hinaus in die Welt der Realität und der Wirtschaft.

Leider sind einige Dinge mit Besorgnis festzustellen: In der Schule gibt es den Kampf um den Schüler. Im städtischen Bereich und in Ballungszentren, wo es die Langform der AHS gibt, ist auch ein verstärkter Trend dorthin festzustellen. Diese Entwicklung wirkt sich leider oft zu Lasten der Bildungshöhe an der AHS aus und bedroht außerdem die Hauptschule in ihrer Existenz. Der Grundschüler wird nach der Volksschule, wo er 25 bis 26 Wochenstunden zu bewältigen hat, nach den Hauptferien in eine Schulsituation entlassen, wo er mindestens 32 Wochenstunden in der Schule zu verbringen hat. Wenn man Hausaufgaben und Lernstunden dazurechnet, kommen nun diese zehn- bis elfjährigen Kinder auf etwa 40 Stunden pro Woche. Wir Erwachsenen fordern mittlerweile eine 35-Stunden-Woche. Das ist auch eine ganz eklatante Überforderung unserer Kinder. Die Verschulung des Kindes nimmt also zu, die Lehrpläne wachsen zudem an, und Lehrinhalte werden als Unterrichtsprinzipien in die Fächer hineingegeben. Dagegen ist auch ein eher vermindertes Engagement der Verantwortlichen beim Ausbau und bei der Erhaltung der musisch kreativen Fächer festzustellen. Die Folgen sind dann Schulmüdigkeit und vermehrte psychosomatische Erkrankungen der Schüler, aber auch der Lehrer. Wirtschaft und Wissenschaft stellen unseren Schulabgängern auch signifikante Defizite aus. Dazu gehören: mangelnde Ausdrucksfähigkeit, ein zunehmendes Nichtbeherrschen der Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben, aber auch Rechnen, ein zunehmender Mangel an Studier-, Lern- und Konzentrationsfähigkeit und eine bemerkbare Abnahme der Behaltensfähigkeit von Wissensinhalten.

Es wäre daher notwendig, die Zukunft des Schülers nicht mit der Summe von Lerninhalten und Informationen vollzustopfen, sondern dem Schüler die Fähigkeit zu vermitteln, Persönlichkeitsbildung, die alle Bereiche des Menschseins umfaßt, und die Kulturtechniken zu festigen und Anhalt und Stütze zu geben, gegenwärtige und zukünftige Anforderungen zu finden.

Eine sehr wichtige Frage erscheint mir die Nahtstellenfrage schon nach der Volksschulzeit. Die Hauptschule vermittelt den Einstieg in die berufliche handwerkliche Ausbildung. Wir müssen hier den jungen Menschen die Möglichkeit der Entscheidungshilfen anbieten und auch den Eltern. Im heurigen September konnte in Knittelfeld, zwar jetzt an der AHS, mit einem Projekt der Berufsorientierung begonnen werden, das die Kinder ab der fünften Schulstufe bis zur siebenten Schulstufe der AHS begleitet.

Was ist das? Im Unterrichtsprogramm der Berufsorientierung wird in der fünften Klasse die allgemeine Grundlage psychologischer Art für Teamarbeit, für Gruppen- und Partnerarbeit gegeben, und dann kom-

men alle Kinder, ob Bursch oder Mädchen, in drei Grundbereiche, in denen sie grundlegende Arbeiten der Metallverarbeitung, der Holzverarbeitung und der Gastronomie kennenlernen. Die Kinder sind in jeweils sechs Einheiten in diesen Praxisbereichen. Nach dieser praktischen Grundlage können die Kinder mit einem Berufsorientierungspsychologen Reflexionen anstellen, ihre Erfahrungen darlegen, interpretieren und daraus Schlüsse ziehen. Kommt ein Kind jetzt in der fünften Klasse darauf, daß es eher dem handwerklichen Bereich zuneigt, dann kann und steigt es auch gerne um, und die Eltern werden das hoffentlich auch positiv mittragen. Der Herr Kollege Dr. Dorfer hat schon vom Prestigedenken gesprochen. Hier ist also eine Möglichkeit der ganz persönlichen Erfahrung der Fähigkeiten für die Kinder gegeben. In der sechsten Klasse wird die Praxis in diesem Bereich weitergetragen, intensiviert, oder auch neue praktische Erfahrungen können gemacht werden, wie zum Beispiel im Bereich der Optik, des Bauwesens, der Verwaltung, der pflegerischen und medizinischen Berufe. Und im abschließenden Halbjahr der siebenten Klasse soll noch eine Einführung für wissenschaftliches Arbeiten, wenn jemand ein Studium angehen möchte, angeboten werden. Aber auch ganz praktische Dinge wie ein Vorstellungsgespräch oder die Anmeldung an der Universität sollen erprobt, geübt und vorbereitet werden. Mit dieser Maßnahme wollen wir den jungen Menschen eine echte Hilfe zur Entscheidung für einen Beruf geben oder auch eine Entscheidungshilfe für eine ganz bestimmte Art des Studiums. Wir wissen, daß viele einfach in irgendeinem Fach inskribieren, und kommen dann während des Studiums drauf, daß sie überhaupt keine Fähigkeiten und Interessen in diesem Bereich haben.

Generell möchte ich sagen: Es muß Hand in Hand gehen mit der allgemeinen Einstellung, daß eine Aufwertung der manuellen Arbeit vor sich geht. Wir müssen unsere Kinder im fremdsprachlichen Bereich besser, intensiver schulen. Die Teamfähigkeit muß ein gängiges Beispiel werden. Der Wille zur Leistung in allen beruflichen Sparten ist eines der Bildungsziele. Mit diesem Modell glauben wir, allen Kindern in unserem Bereich für die Zukunft einen wichtigen und richtigen Schritt ermöglichen zu können. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.50 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (15.50 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Thema Bildungspolitik liegt uns Grünen speziell am Herzen, denn Kultur und Bildung sind die Grundlagen der Umwelt- und Lebenspolitik beziehungsweise der Überlebenspolitik. Ich zitiere vor allem Konrad Lorenz als Verhaltensforscher und Nobelpreisträger: Wichtig ist bei einem jungen Menschen die Prägung zu den natürlichen Kreisläufen. Daß die jungen Menschen bereits in der Pädagogik, in der Bildung erfahren, was Kreislauf ist auf diesem Raumschiff Erde, von dem manche noch immer glauben, daß deren Schätze praktisch ad infinitum immer dasein werden. Das ist nicht so. Ein ausgebeutetes Raumschiff wird für unsere

Nachfolgenergenerationen große Probleme bewirken, und ich glaube, daß wir heute in der Bildungspolitik mehr umdenken müssen denn je. Es haben sich gerade in der Steiermark Menschen Gedanken gemacht über eine sogenannte „Öko-Schule“, über eine Öko-Volksschule, eine Öko-Hauptschule. Das Projekt „Lannach“ war in aller Munde. Nur, daß dieses Forschungs- und Modellprojekt „Öko-Schule“, wo die jungen Menschen in Richtung Lebenskreislauf, Überlebenspolitik geprägt werden sollen, wo man den Menschen praktisch das natürliche Empfinden erhalten soll, denn jedes Kind hat es von Natur aus, es wird ja nur durch die übertechnisierte Zivilisation großteils zerstört, daß also diese Projekte nicht zum Greifen kommen, finde ich schlechtweg eine Bildungsschande im Land Steiermark. Für so etwas nicht einmal diese lächerlichen Gelder zu haben, daß man dieses Modell als Forschungsprojekt durchzieht, wie die Öko-Hauptschule in Lannach, und daß man Leute vom Ludwig-Boltzmann-Institut, die das sozusagen forciert haben, hier im sauren Regen stehenläßt, ist meiner Meinung ein wesentlicher Punkt und eine wesentliche Bildungslücke in der steirischen Bildungspolitik, sprich Umweltpolitik. Danke! (15.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Freitag. Ich erteile es ihm.

Abg. Freitag (15.53 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich halte die Diskussion um die Bildungspolitik immer positiv. Ich frage mich aber nur, warum die dringliche Anfrage, die ich als bombastisch bezeichnen möchte, diese heute und erst jetzt eingebracht wurde. Denn soweit ich informiert bin, besitzt die ÖVP seit 1945 nicht nur die politische Verantwortung im Schulbereich, sondern hat auch hier immer die Mehrheit im Hause gehabt. Das heißt, sie hätte eigentlich diese Themen immer wieder andiskutieren können. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir reden von der Schulpolitik im steirischen Landtag!“) Entschuldigung, wir reden ja vom steirischen Landtag! (Abg. Dr. Dorfer: „Schulgesetze sind Verfassungsgesetze!“) Also, das weiß ich auch, daß Schulgesetze Verfassungsgesetze sind. Aber ich bin nach wie vor erstaunt, daß man auf einmal hier so eine Anfrage als dringlich bezeichnet, weil wir könnten ja bei jeder Landtagssitzung über schulpolitische Fragen diskutieren, Herr Abgeordneter Dr. Dorfer. (Abg. Dr. Dorfer: „Was ist mit eurer Anfrage?“) Bitte, Herr Landeshauptmann, ich stehe parat! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es müßte dich freuen!“) Ich habe einleitend gesagt, ich finde das sehr positiv, aber Sie gestatten, daß ich auch hier eine differenzierte Meinung einnehme.

Ich habe also den Beschlußantrag jetzt durchgelesen und muß ehrlich sagen, es gibt sehr viele Punkte, wo wir durchaus Übereinstimmung finden können, das heißt inhaltlich durchaus Konformität. Aber was uns ein bißchen stört, ist also, daß auf Grund dieser Brisanz der Punkte, die hier angeführt sind, man sicherlich länger diskutieren sollte, und das ist der eigentliche Anlaß, wo wir glauben, daß wir in unserem Landtagsklub sicherlich noch im einzelnen über diese Dinge zu beraten haben werden.

Ich möchte nur betonen – ich habe sehr aufmerksam dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth zugehört. Über die Punkte, die er angeführt hat, möchte ich grundsätzlich ja sagen zur Berufs- und Schullaufbahn und zu Informationszentren, die jetzt gebildet werden. Ich bin auch durchaus bereit, ein Ja zur Lehrzeitverkürzung für Maturanten zu sagen. Der Vorschlag, daß in den Schulen mehr Collegstudien angeboten werden sollen, ist auch durchaus zu bejahen. Zur Problemlösung beim Lehrlings- und Facharbeitermangel hätte ich vielleicht doch die Anregung gegeben, sollte man vielleicht eine Elternumfrage machen, warum denn die Eltern ihre Kinder so relativ selten in eine Lehre schicken wollen beziehungsweise warum schicken sie sie lieber in eine weiterführende Schule? (Abg. Dr. Dorfer: „Es gibt schon solche Umfragen!“) Vielleicht gibt es da mögliche Gründe, daß das vielleicht an der zu geringen Bezahlung liegt, daß es vielleicht an der Lehrlingsbetreuerausbildung liegt oder daß es vielleicht, ganz allgemein gesprochen, zuwenig Beratung gibt. Auch der Vorschlag der Realschule ist also durchaus diskutabel, nur glaube ich persönlich nicht, daß die Schülerströme von der AHS hier weggelenkt werden, sondern eher von der Hauptschule. Und Sie kennen ja das Problem bitte in Graz, das ist ein grausliches Wort, daß die Hauptschule zunehmend eine Restschule wird. Ich glaube also auch, daß, wenn es hier einen dritten Schultypus geben wird, man zuerst die Kinder in die AHS schicken wird, und wenn es dort nicht weitergeht, dann schickt man die Kinder vielleicht in die Realschule, sie mit einer mittleren Reife dann zum Abschluß bringt, und wenn dann auch nichts mehr übrigbleibt, dann schickt man sie vielleicht in die Hauptschule. Ich sehe hier schon eine sehr, sehr große Gefahr. Ich denke jetzt nur an das Land, wo die Hauptschule durchaus noch funktioniert, wie es dann dort ausschauen könnte, wenn es dieses Bildungsangebot geben sollte, dann ist auch hier die Hauptschule in Gefahr. Aber grundsätzlich, man muß über jeden Vorschlag diskutieren, und wir dürfen auch hier unsere Bedenken gleich einbringen. Wobei ich wirklich sagen möchte, daß wir nach wie vor der Überzeugung sind, daß die gemeinsame Schule der zehn- bis fünfzehnjährigen die optimale Lösung wäre.

Ich darf zum Abschluß sagen, wir begrüßen jede bildungspolitische Diskussion, werden daher den vorgelegten Beschlußantrag, der sehr umfangreich ist, sehr genau studieren, in unserem Klub diskutieren und beraten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.59 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (15.59 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht eine Bemerkung zum vom Herrn Abgeordneten Freitag aufgeworfenen Problem, wieso dringlich? Erstens einmal besteht ein unmittelbarer Zusammenhang dieses Themas mit dem vorangegangenen. Die Frage der Wirtschaft in einem Land ist heute in untrennbarem Zusammenhang mit dem Ausbildungsniveau und mit dem richtigen Ausbildungsniveau eines Landes. Das ist weltweit anerkannt und zumin-

dest ein Ziel der Bildungspolitik, nämlich das gesellschaftliche. Je besser ausgebildete Leute, desto eher kann man im Wettbewerb, auch im internationalen, bestehen. Die zweite Wahrheit ist, daß es einfach für jeden einzelnen wichtig ist, eine richtige Bildung zu haben. Ein weiterer Grund für die Dringlichkeit der Anfrage ist die Dringlichkeit der Probleme. Wir haben, die Frau Vizepräsident weiß das, eine Berufsinformationsmesse in Hartberg gehabt, wo uns das in aller Schärfe vorgeführt wurde, in welcher furchtbaren Situation wir stecken. Daß wir wirklich – ich habe das schon einmal gesagt – möglicherweise in Kürze ein Stamm von Häuptlingen ohne Indianer werden. Großartig oben die Bildungskategorien, 16,5 Prozent AHS-Maturanten und Hochschulabsolventen, weit mehr als Deutschland, und dann nichts dazwischen. Keine mittlere Reife, nicht einmal die Hälfte des Anteils von Berufstätigen der mittleren Reife von Deutschland, nämlich 10 Prozent, Deutschland 23 Prozent, und darunter immer weniger Facharbeiten, immer weniger Lehrlinge, also jene, die dann die eigentliche wirtschaftliche Ausführung und Produktion tragen sollen. Und dafür haben wir bitte Hunderte von Maturanten. Und die kommen noch viel ärger, weil von 180.000 Studenten bricht genau die Hälfte ihr Studium ab. Sie sind dann wieder Maturanten und stellen sich hinten an. Hunderte von Maturanten, die wir nicht vermitteln können. Das ist die dringliche Situation, daher war unsere Überlegung: Jedes Mittel ist gut, den Landtag damit zu befassen. Und wie richtig gesagt worden ist, sind ja die einzelnen Punkte des Resolutionsantrages in keiner Weise schamlos oder sittenwidrig oder eine Zumutung, sondern ja eigentlich Dinge, die wir im Schulrat und sonstwo längst ausdiskutiert haben. Der Wunsch und die Bitte wären nur eine breite Zustimmung, weil wir dann in Wien stärker sind. Warum? Wir haben in Österreich eine groteske Situation: Genügend Ideen und Vorschläge in den Ländern, ob das der Mittelschulversuch in Wien ist, ob das die Landhauptschule in Tirol ist, ob das unsere Realschule ist, aber keine Kompetenzen und kein Geld, und der Bund hat die Kompetenzen und das Geld und tut nichts, bitte, seit Jahren nichts! Wenn man mit den Leuten draußen redet, heißt es nur: „Schauen Sie sich doch die Zahlen an, immer noch über 70 Prozent in den Hauptschulen.“ Ja, Durchschnitt, aber regional völlig unterschiedlich – das wissen wir ja aus allen Diskussionen –: 80 Prozent AHS-Übertrittsrate am linken Murufer in Graz!

Wir haben unlängst – Dr. Dorfer war dabei – 300 ausgezeichnete Lehrlinge in Hartberg gehabt, nur noch zwei davon aus Graz. Graz liefert nichts mehr in diese Richtung, ist ausgestiegen. Und eine Bildungspolitik, die sich nur an Durchschnitte orientiert, kann diese regionalen Differenzierungen überhaupt nicht in den Griff bekommen. Wir müssen also in Wien einmal deponieren, daß diese regionalen Besonderheiten endlich erkannt und daß wir unterstützt werden. Hier herrscht völlige Übereinstimmung – ich habe gestern mit dem Herrn Bürgermeister Zilk darüber geredet –, etwa zwischen Wien und der Steiermark, weil ihre Situation genauso schlimm ist. Sie haben Bezirke mit 80 und 85 Prozent AHSlern, wo dann in der Hauptschule überhaupt nur mehr Ausländerkinder sitzen, und das ist ja keine erträgliche Situation. Also das wollte ich nur sagen, Freitag, weil du es angesprochen

hast. Meine Aufforderung noch einmal: Wenn Ihr könnt, tut mit, wenn nicht, verstehe ich das auch, aber es wäre stärker, wenn wir in Wien gemeinsam auftreten könnten.

Eines noch, bevor ich die einzelnen Punkte verlese, was mir auch sehr wichtig erscheint, war die Bemerkung von Pußwald, die ein sehr feines Gefühl hat: Bitte, es geht ja wahnsinnig viel verloren auch für die Eltern und die Familie. Ein Kind, das die falsche Schule besucht, kostet viel Geld an Nachhilfestunden, das Kind tut sich selber nichts Gutes, setzt sich einem Druck aus. Also nicht nur gesellschaftlich ein Wahnsinn, sondern auch individuell für das Kind. Und daher der erste Punkt unseres Beschlusantrages: Die Eltern müssen informiert werden können. Welche Berufe gibt es, und welche Schulwege führen dorthin. Und da hat sich ein kleines Wunder in der Steiermark vollzogen: Wir sind uns sozialpartnerschaftlich einig, die wesentlichen Kammern und wir sind uns einig, daß sich der Landesschulrat beteiligt. Es ist sogar schon ein Lokal in der Wickenburggasse gefunden, wo sich das abspielen wird, und es ist ein Verein gegründet, der sich „Steirische Berufsinformation“ nennt, wo man nur mehr beginnen muß. Es fehlt halt wieder ein bißchen Geld, wir würden etwas Geld brauchen, und schon hätten wir etwas, was es in ganz Europa noch nicht gibt: eine kombinierte Berufs- und Schullaufbahninformation, die den Eltern helfen würde, die Entscheidung für die Kinder sinnvoller und rationaler zu treffen, als das heute der Fall ist.

Zweiter Punkt: Ich glaube, daß es nicht ausreicht, wenn es irgendwo so ein Informationszentrum gibt oder auch mehrere. Es muß in den Schulen eine Berufsinformation geben. Eine Reihe von Schulen, vor allem Hauptschulen, haben begonnen, als unverbindliche Übung die Kinder in die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Berufswelt einzuführen. Das geht aber auch nur, wenn die Lehrer zuvor eine Betriebspraxis gemacht haben, weil sie ja als Blinde von der Farbe nicht reden können. Das heißt, wir haben auch initiiert und den ersten Durchgang bereits beendet, daß sämtliche Polytechniklehrer, die Schnupperlehren machen, eine eigene Betriebspraxis haben. Jetzt kommen die Hauptschullehrer dran, die das machen, und – ich habe das auch schon in vielen AHS angekündigt – es melden sich auch schon AHS-Lehrer. Gestern war eine Delegation aus Knittelfeld unter der Vermittlung der Frau Abgeordneten Pußwald bei mir, die das auch für die AHS in Knittelfeld machen wollen. Ein sehr sinnvoller Versuch, den dort die Arbeitsmarktwirtschaft dankenswerterweise unterstützt. Und gestern Abend habe ich eine Elternvereinsitzung in der Körösisstraße gehabt, 120 Leute, und alle Eltern dort waren dafür, daß ihre Kinder Berufsinformation bekommen, und ein Großteil der Eltern war dafür, eine Doppelberechtigungsschule einzuführen, wo ihre Kinder gleichzeitig eine Lehre abschließen können. Hochinteressant, eine vollkommen neue Bewegung in der AHS. In Graz war das bisher nicht so.

Ich glaube, daß in dieser Richtung Gott sei Dank ein Umdenken eingesetzt hat. Das alles bedarf aber der rechtlichen Voraussetzungen, die wir nicht schaffen können – da brauchen wir Wien –, und es bedarf da und dort finanzieller Zuwendungen, die wir auch nicht haben. Ich sage ganz offen, weil Freitag gesagt hat,

„macht eine Umfrage“, daß der Landesschulrat dafür ein Budget von 7000 Schilling im Jahr hat. Damit kann ich nicht einmal den Anteil einer Umfrage machen, das ist einfach nicht möglich. Es ist tatsächlich eben so, daß das Geld in Wien ruht, und in Wien ruht leider vieles andere mehr auch.

Noch etwas, dritter Punkt: Es ist einfach eine schwere Diskriminierung der Lehrlinge gegenüber den Schülern höherer Schulen und den Studenten vorhanden. Prof. Jungwirth hat es gesagt: Die Lehrlinge haben keine Freifahrt, die Lehrlinge haben keinerlei Unterstützung in irgendeiner Form von Stipendien oder Begabtenförderung, und Facharbeiter, die weiterstudieren wollen – zum Beispiel so ein Aufbaulehrgang für Berufsreifeprüfung –, können das nicht, weil sie keine Finanzierung haben.

Der Sozialpartnerbericht „Qualifikation 2000“ schlägt hier etwas vor, das wir aufgenommen haben, nämlich Arbeitslosenunterstützung für diese zwei Jahre. Das wäre gerecht. 3 Milliarden Schilling gibt das Sozialministerium nur für die Hochschüler aus – für Sozialleistungen ohne Studienbeihilfen –, da werden ja doch ein paar Millionen Schilling für Lehrlinge, die immer noch die Hälfte der vierzehn- bis fünfzehnjährigen ausmachen, auch dasein.

Also meine Bitte, vielleicht auch diese Forderung zu unterstützen, endlich eine gewisse Gleichheit zwischen Lehrlingen und Schülern herzustellen.

Wir haben dann auch gemeint, daß Sofortmaßnahmen notwendig sind. Wenn ich in einer Situation der Halbierung bin, kann ich nicht herumsuchen, und die Flüchtlinge kommen halt nicht zu uns. Also, es gibt ein großes Potential an Mädchen und an Frauen, deren Kinder schon wieder flügge sind. Da bedürfte es nur der Einschulungen und Umschulungen, um sie einzugliedern. Das anzubieten kostet auch ein bißchen Geld, würde aber bewirken, dieses Potential zu heben. Und ich sage noch etwas: Dasselbe gilt für arbeitslose Schulabbrecher und Pensionisten. Das ist eine ganz wichtige Gruppe, wo man mit Auffrischkursen, mit Einstiegskursen diese Leute, die man dringend braucht, auch wieder herbekommen könnte. Auch diese Forderung wäre hier zu unterstützen.

Siebtens haben wir gesagt – was ja ohnedies schon diskutiert wurde und auch vom Kollegen Freitag angesprochen wurde –: Natürlich ist das Hauptschulsterben bei uns schlimm. Ich habe das gestern auch in Wien wieder gehört. In Wien gibt es 98 Hauptschulen, davon könnte man 33 sofort sperren. Ein Drittel ist sofort zu sperren. Unsere Situation ist nicht ganz so schlimm, aber wenn man sie ernst nähme mit jedem Punkt des Gesetzes, wäre sie zum Teil noch schlimmer. Wir haben 23 Hauptschulen in Graz, und zehn sind gefährdet.

In der Situation können wir nicht nur diskutieren, wie gesagt wurde, sondern müssen wir handeln, bitte, und zwar rasch handeln! Nun kann man gegen die Realschule einwenden – wie Freitag es getan hat –: Möglicherweise zieht sie den Hauptschulen noch ein paar Leute weg. Die deutsche Erfahrung ist ein bißchen anders. Ich bin sehr vorsichtig, weil man das nicht übertragen kann. Es gibt in Deutschland keine einzige Stadt mit einer auch nur annähernd hohen AHS-Quote, wie wir sie haben. Berlin hat 35 Prozent, Hamburg hat

37 Prozent, und Bremen hat 33 Prozent AHS-Quote. Wir haben 62 Prozent in Graz. Warum? Weil diese genannten Städte alle Realschulen haben, die etwa 20 bis 30 Prozent Jugendliche aufnehmen. Und das ist ja nicht unverständlich, wenn die Leute sagen: „Moment, es gibt drei Schultypen: die Hauptschule, die Realschule mit mittlerer Reife und die AHS. AHS führt zur Arbeitslosigkeit“ – das setzt sich ja langsam durch –, „Realschule mit mittlerer Reife könnte weiterführen zum Studium. Probieren wir das; es ist ja nicht die schlechteste Form, die schlechteste ist ja die Hauptschule.“ Ich gebe schon zu, es ist eine Prognose, kann schiefgehen, aber probieren wir es rasch. Denn wenn wir nichts tun, das ist noch schlechter, als wenn wir nicht versuchen, eine Möglichkeit in Angriff zu nehmen.

Punkt acht: Wir stellen fest – wie ich schon gesagt habe –, das Hauptschulsterben ist eine höchst regionale Angelegenheit. Es gibt Bezirke mit 2 Prozent AHS-Quote. Ich glaube, die Frau Vizepräsident hat es gestern erwähnt in Deutschlandsberg. Dort ist die Welt vollkommen in Ordnung im Sinne der Hauptschule. In Graz herrscht genau das Gegenteil. Es gibt den Bezirk Mariagrün mit 90 Prozent AHS-Quote. Eine Politik, die alles über einen Leisten schlägt, geht nicht. Regionalisierung der Politik: Da sind wir uns doch in einigen Bundesländern einig, in Wien, Oberösterreich, zum Teil auch in Tirol, daß wir regionalisierte Politik brauchen, und nicht eine, die nicht differenziert.

Punkt neun schließlich, das scheint mir einer der wichtigsten Punkte: Wir haben bekanntlich eine Deutschland-Fahrt gemacht. Wie die Schulen heißen, ist nicht so wichtig. Was drinnen passiert, ist viel wichtiger. Das ist eine ganz entscheidende Erkenntnis. International wird der Erwerb von Schlüsselqualifikation immer wichtiger. Es müssen heute Lehrlinge wie Hochschüler einfach selbsttätig arbeiten können. Sie müssen in Gruppen arbeiten können, sie müssen innovativ sein, es darf ihnen – wie die Frau Abgeordnete Kammler richtig gesagt hat – ihr Neugierverhalten nicht schon in der Volksschule ausgetrieben werden. Das ist ganz entscheidend. Und dazu bedarf es einer neuen Pädagogik und einer größeren Autonomie der Schule. Ich habe hier schon berichtet. Meine ersten Erfahrungen waren einfach niederschmetternd. Es ist ja alles gesetzlich geregelt. Wenn eine Schule nur fünf Minuten ändern will in ihrer Pausenzeit, muß der Landesschulrat eine Verordnung erlassen. Wenn dort nur einer einen Vortrag halten will, muß der Landesschulrat zustimmen, weil das eine schulfremde Person ist. Lauter Bundesgesetze! Das heißt, ich bekomme eine autonome Schule nur zusammen, wenn ich so einen Rattenschwanz von Gesetzesänderungen mache. Ich würde Sie bitten, das zu unterstützen, weil wir können nicht vom neuen Aufbruch in der Bildungspolitik reden, wenn alles bürokratisiert und zentralisiert ist. Das ist Hand in Hand für die Notwendigkeit einer neuen Pädagogik wichtig, daß wir eine autonome Schule mit neuen Methoden bekommen. Das und nichts anderes ist gemeint. Es sollte Ihnen eigentlich nicht schwerfallen zuzustimmen. Ich bitte Sie, das zu tun. Ich würde mich deshalb auch freuen, weil es wirklich fünf vor zwölf ist in vielen Dingen und weil wir dabei sind – du weißt es, Freitag –, uns im Schulrat ein sehr ehrgeiziges Programm zu stellen, nämlich bis

Sommersemesterbeginn einvernehmliche Vorschläge zu haben für die Mittelstufenreform, und da wäre es sehr günstig, wenn wir auch seitens des Landtages im Ministerium unsere Wünsche deponieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer (16.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der dringlichen Anfrage der ÖVP-Abgeordneten wird die Situation der Lehrlingsausbildung als fehlgeleitete Bildung und Ausbildung bezeichnet und „als tödliche Gefahr“ – wörtlich – für unser Land bezeichnet. Ich würde nicht ganz so drastisch formulieren, sonst bin ich aber buchstäblich begeistert, daß die ÖVP hier feststellt, daß die Ausbildung nicht mehr so in Ordnung ist, wie wir das bisher in all den Debatten in den 15 Jahren, die ich hier im Landtag sein darf, gehört haben. Bisher haben wir nur von der bestmöglichen Form einer Lehrlingsausbildung gehört und gesprochen, und auch Reformvorschläge des WIFI, die der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher anlässlich der letzten Sitzung der Frühjahrsperiode vorgetragen und vorgestellt hat, berühren ja, soweit ich das feststellen mußte, den Lehrlingsbereich kaum, nämlich insofern nicht, als sie als in sich geschlossenes Paket weiter dargestellt werden, daß allerdings anschließend bessere Möglichkeiten organisiert werden. Man muß – und so möchte ich das heute noch einmal deponieren – die Form der Lehrlingsausbildung an sich in dieser Form, wie es jetzt läuft, in Frage stellen. Ich war sehr froh, daß der Kollege Dr. Dorfer das heute ebenfalls hier getan hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bisher war es nämlich so, daß die, die für die Ausbildung verantwortlich waren, nämlich der Wirtschaftsteil, die Unternehmensvertreter, die Form der Lehrlingsausbildung einzementiert haben und gleichzeitig beklagt haben, daß es einen Facharbeitermangel geben wird. Die bessere Ausbildung einerseits und die bessere Bezahlung wurden auch hier vom Kollegen Dr. Dorfer angesprochen und auch der höhere Stellenwert des Facharbeiters, der Facharbeiterin, in diesen Kriterien liegt, meiner Meinung nach, das Geheimnis. In der dringlichen Anfrage wird auch nicht aufgezeigt, daß etwa 60 Prozent der ausgebildeten Lehrlinge in sogenannten schrumpfenden Wirtschaftsbereichen ausgebildet werden. Ich darf Ihnen aus einer Statistik kurz zitieren: Während der Gesamtbeschäftigtenanteil der Tischler in Österreich 4,9 Prozent beträgt, ist der Lehrlingsanteil 6,4 Prozent, wenn er bei Friseuren 2,5 Prozent beträgt, ist der Lehrlingsanteil 4,6 Prozent. Bei den Köchen ist es so, daß 3,7 Prozent Köche beschäftigt werden vom Gesamtbeschäftigtenvolumen, der Lehrlingsanteil ist 7,5 Prozent. So könnte ich das jetzt fortführen, möchte aber zu einer anderen Statistik überleiten und sagen, der Anteil der Lehrlinge am Gesamtbeschäftigtenpotential der Köche beispielsweise ist 29,2 Prozent, das heißt, knapp ein Drittel in diesem Beruf beschäftigte Leute sind Lehrlinge. Es kommt noch dazu, daß – wenn sie fertig sind – sie

nicht erwarten können, daß ihre Ausbilder schon in Pension gehen. Es ist so, daß mehr als die Hälfte der ausgebildeten jungen Leute, die einen Facharbeiterberuf schließlich haben, nicht ihren Beruf umsetzen und ausführen können. Das heißt, sie müssen sich dann in einer anderen Form betätigen, aber nicht in der ausgebildeten Disziplin, allenfalls fallen sie dann der Arbeitsmarktverwaltung zur Last, die, zumindest wieder einem kleinen Prozentsatz, trotz der hohen Aufwendungen und Leistungen, die Chance bietet, sich umzuschulen, sich entsprechend zu qualifizieren.

Meine Damen und Herren! Es kommt also zu dieser sonderbaren Situation, daß in diesen Bereichen, wo wir Fachkräftemangel haben, die Ausbildungskapazität nicht mehr vorzufinden ist und daß dort, wo wir die Lehrplätze noch finden, wo die Nachfrage ist, die weitere Beschäftigung sehr in Frage gestellt wird. Jetzt könnte man sagen, besser irgendeine Ausbildung als keine. Okay, dieser Grundsatz gilt nach wie vor. Aber bitte, wenn wir heute vom Facharbeitermangel sprechen beziehungsweise diesen in fünf bis zehn Jahren befürchten, dann sollte uns etwas einfallen, diesen Ausbildungsweg einfach wieder attraktiver zu gestalten.

Meine Damen und Herren! Der Weg, der immer wieder aufgezeigt wird, über die Matura hin zum Facharbeiter, natürlich ist das eine Lösung beziehungsweise bezeichne ich dies als praktikable Teillösung, nämlich für jene Berufsbilder, die neu entstanden sind, wo man einfach diesen qualifizierten Ausbildungsstand eines Maturanten braucht und wo man auf der anderen Seite aber Fachwissen verlangt. Also Bereiche der Angestelltentätigkeit im dispositiven Bereich, im Verwaltungsbereich, im Bürobereich schlechthin. Aber der Facharbeiter, der da gesucht wird, der manuell tätig sein muß, den können Sie bitte auf diesem Weg nicht ausbilden, weil der Maturant in den wenigsten Fällen heute bereit ist, diese Ausbildung überhaupt anzunehmen, und zweitens kaum bereit ist – das darf ich Ihnen aus Erfahrung sagen –, diese manuelle Tätigkeit anschließend auszuüben. Das heißt, wenn wir den Facharbeiter, die Facharbeiterin wollen, dann müssen wir die duale Berufsausbildung reformieren, und ich darf auf dieses Papier hinweisen, das ich ausgeteilt habe. Ich würde Sie bitten, wenn es Sie interessiert, das zu lesen.

Es würde mir ersparen, das noch einmal alles vorzutragen. Ich habe es schon einmal angedeutet: Ich glaube einfach, daß dieser Bereich dann attraktiv wird, wenn man diese Ausbildung insofern teilt, als man den jungen Leuten 50 Prozent theoretischen Unterricht und 50 Prozent praktischen Unterricht anbietet, und ich glaube, daß die Wirtschaft dann bereit ist, darauf einzusteigen, wenn sie für diese Zeit der schulischen Unterweisung einfach die Lehrlingsentschädigung nicht bezahlen muß. Wir brauchen um den Brei nicht herumzureden. Warum weisen die Betriebe, zum Beispiel in Deutschlandsberg, in die zwischenbetriebliche Lehrwerkstätte, die den besten Ruf hat und die unbestritten gut arbeitet, nicht ein? Ganz einfach, weil sie auf die Lehrlingskraft im Betrieb nicht verzichten wollen, aber vor allem weisen sie nicht ein – bitte, es kostet nichts, wenn sie dort einweisen würden –, weil sie die Lehrlingsentschädigung entrichten müssen. Das ist eine Hemmnisschwelle, die sie nicht einstecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde also einladen, nicht an diesem Gebiet, diesem großen Bereich Lehrlingsausbildung, vorbeizudiskutieren und nicht oben drüber nur Lösungsvorschläge zu suchen, sondern die Lehrlingsausbildung an sich genau zu betrachten. Der Herr Kollege Dr. Dorfer hat ja heute selbst die Bereitschaft dazu hier erkennen lassen. Ich hoffe, daß dieser Eindruck nicht nur auf den Herrn Kollegen Dr. Dorfer allein bezogen ist.

Meine Damen und Herren, ich habe auch ein Konzept für einen Ausbildungsplan ausgeteilt. Es ist dies ein Vorschlag der SLO-Berufsschullehrer, die diesen Vorschlag zur Diskussion stellen. Es kann natürlich darüber diskutiert werden, ob die Volksschule fünf Jahre dauern soll oder nicht; es kann natürlich auch diskutiert werden, ob die Matura erst mit 21 Jahren erreicht werden soll oder nicht, besonders diskutabel erscheint mir die Frage des Berufsgrundbildungsjahres zu sein, das da zwischen 15 und 16 Jahren eingeschaltet ist. Und zwar für alle jungen Leute, daß sie mit der Berufswelt einfach in Berührung kommen, und ich glaube, daß das ein Vorschlag ist, der wirklich diskutiert gehört.

Zum anderen haben die SLO-Berufsschullehrer – ich freue mich darüber – diesen Vorschlag der dualen Ausbildung im Verhältnis eins zu eins aufgenommen und transportieren diesen ihrerseits weiter. Ich bin sehr froh, wenn sie das transportieren, nicht, weil ich es vertreten habe, sondern daß endlich dazu etwas in Bewegung kommt. So möchte ich auch meinen Beitrag heute verstanden wissen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.24 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (16.24 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ein kurzes Wort zum Schluß dieses wichtigen Punktes: Ich glaube, wir sind uns doch darüber einig, daß wir eine sehr konzentrierte Diskussion hinter uns haben, in der wir mit einigen Nuancen doch weitgehende Übereinstimmung herausgehört haben. Übereinstimmung insofern, als es klar ist, daß sich diese Welt wandelt. Sie wandelt sich rasch, manchmal vielleicht etwas zu rasch für den Menschen, aber jedenfalls ist sie eine Herausforderung, an der die Schule immer wiederum gemessen wird. Es ist notwendig, daß sich Schule und Bildung diesem Wandel anpassen, und das ist letzten Endes der Kern dieser Diskussion und auch des vorliegenden Beschlußantrages.

Ich kann mich gut erinnern, daß wir schon in den siebziger Jahren über die Schule hier gesprochen haben und immer wieder diskutiert haben, daß schon damals auch die Meinung vertreten worden ist – und ich sage das nicht, um recht gehabt zu haben, aber ich war auch einer jener, die das gesagt haben –, daß man die ganze Schulentwicklung und die ganze Schulreform nicht nur im Hinblick auf die Produktion von mehr Maturanten als einzige Erfolgsmeldung sehen darf. Das ist zuwenig. Das war ein Holzweg, sofern man diesen Weg eben wirklich verfolgt hat. Es ist sicher, daß die AHS eine Prestigeschule für viele Leute

ist. Erfreulich für die Schule, aber nicht gut für die Schüler. Hier Maturanten, große Zahlen von Studienabbrechern – beispielsweise an den Hochschulen –, dort eklatanter Mangel an Fachkräften. Das ist eine Entwicklung, die wir uns einfach nicht leisten können, menschlich vor allem nicht leisten können – auch finanziell. In erster Linie würde ich sagen, daß wir uns das menschlich nicht leisten können, junge Menschen auf falsche Bahnen zu lenken. Deswegen also wieder einmal diese Diskussion über die Problematik, deswegen die Vorschläge, die hier erarbeitet worden sind. Erfreulicherweise viel frische Luft in unserem steirischen Landesschulrat – ich glaube, man darf das wirklich sagen, auch über die Fraktionen hinweg –, und die meisten Entscheidungen in dieser Hinsicht müssen leider in Wien fallen. Daher müssen wir gegenüber Wien eben auch auftreten, und wenn es uns mit dieser Notwendigkeit ernst ist, für die Steiermark wieder etwas Neues, etwas Besseres zu erreichen, dann sind wir gut beraten, wenn wir in der Bundeshauptstadt gemeinsam auftreten. In diesem Sinne hoffe ich, daß die vorliegenden Beschlußanträge Ihre Zustimmung finden können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.27 Uhr.)

Präsident Meyer: Im Einvernehmen mit den Klubobmännern wurde beantragt, die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen, damit sich die Klubs vor der Abstimmung beraten können. (Unterbrechung der Sitzung von 16.27 Uhr bis 16.51 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (16.51 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Flexibilität unseres Klubs zeigt, daß wir, bevor die Zeit abgelaufen ist, eigentlich schon wieder sitzungsfähig waren. In dem Sinne haben unsere Beratungen zu folgendem Beschluß geführt, den ich hier vorbringen darf:

Unsere Fraktion wird dem Beschlußantrag mit folgenden Anmerkungen zustimmen:

Erstens: In diesem Beschlußantrag sind viele Punkte enthalten, die auch unseren Intentionen entsprechen.

Zweitens: Andere Formulierungen erscheinen uns eher problematisch, wie etwa der genannte Kostenbeitrag der Schüler.

Drittens: Die Reform der Lehrlingsausbildung fehlt in dieser Vorlage.

Viertens: Dieser Themenbereich erscheint uns so wichtig, daß die Vorgangsweise einer so kurzfristigen Einbringung nicht sinnvoll erscheint, weil einfach die Zeit nicht ausreicht, um das auch entsprechend auszu diskutieren.

Mit diesen Anmerkungen sind wir aber trotzdem bereit, diesem Beschlußantrag zuzustimmen. Danke schön!

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Es liegt mir ein Beschlußantrag vor.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsord-

nung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich komme zur Abstimmung über den Beschlußantrag der Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Prof. Dr. Eichinger, Dr. Hirschmann, Dr. Lopatka, Dr. Maitz, Purr, Pußwald, Pinegger, Schrammel und Landtagspräsident Wegart, betreffend Bildungsreform.

Die Damen und Herren, die diesem Beschlußantrag ihre Zustimmung geben, mögen eine Hand erheben.

Der Antrag ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Wechselrede der zweiten dringlichen Anfrage.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (16.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wirtschaftsdebatten in dieser Form sind notwendig, ich gebe aber zu bedenken, daß sie nicht einseitig geführt werden. Mit Zahlen über das Bruttosozialprodukt sollten wir ja vorsichtig umgehen. Diese Zahlen setzen sich auch aus den Kosten für die Linderung von Schäden zusammen, und je mehr Reparaturen summiert werden, desto mehr Wertschöpfung wird ausgewiesen. Obwohl Werte einerseits vernichtet werden, das heißt, Rohstoffe in Abfall verwandelt werden, wird dieser Wirtschaftsprozess dann als Wirtschaftswachstum verkauft.

Darüber sollten wir uns keine Illusionen machen. Noch immer ist die Wirtschaftspolitik von der Umweltpolitik weit entfernt. Wir haben das heuer beim KVA-Verfahren schmerzlich erlebt. Hier wurde versucht, umweltverschmutzendes Verhalten zu bagatellisieren und die Schuldfrage vielleicht noch den Grünen zuzuschieben, wie mir gesagt worden ist. Wenn das Verfahren selber nicht funktioniert, sind letzten Endes dann die Grünen schuld, wenn es in der Umwelt Probleme gibt und die Abluft zu vergiftet ist.

In Wirklichkeit hat das Verfahren an sich schon einige Fehlleistungen aufgewiesen. Und einzelwirtschaftliche Gewinnmaximierung hat bis jetzt zur Externalisierung eben dieser Umweltkosten geführt. Wir Grün-Alternativen wollen eine ökologisch orientierte Wirtschaft. Nur die Umstrukturierung in diese Richtung darf gefördert werden. Ich weise darauf hin, daß wir im Herbst 1988 schon verlangt haben, daß in den Zielkatalog der steirischen Wirtschaftsförderungsgesetze die Sicherung und Stärkung des Umweltschutzes aufgenommen werden und daß die Erzeugung ökologisch sinnvoller Produkte vorrangig gefördert werden muß. Selbstverständlich war damals auch ein Teil der Forderung, daß die Transparenz der Vergabe gegeben ist, weil wir davon ausgehen, daß ein Gebot der Vertraulichkeit im Zusammenhang mit öffentlichen Mitteln nicht gegeben ist. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß zur Wirtschaftspolitik auch die

Agrarpolitik gehört. Die Frau Landesrätin hat schon darauf hingewiesen. Während die Agrareinkommen laut Grünem Bericht österreichweit gestiegen sind, sind sie im Süden der Steiermark um 5 Prozent gesunken. Das bedeutet Abwanderung und Nebenerwerb. Und hier wäre ganz besonders wichtig für uns, auch einzusetzen oder anzusetzen. Vom Thermenland sollte auch die Landwirtschaft profitieren, besonders die Ost- und Südsteiermark könnte als „Bioland“ aufgebaut werden. Und damit werden wieder bestehende Arbeitsplätze gehalten und zusätzliche in der Vermarktung und Verwertung und Verteilung geschaffen in der Größenordnung von einigen hundert Arbeitsplätzen. Die Ziele der Wirtschaftspolitik und der Agrarpolitik müssen eben dieselben sein. Gesundheits- und Thementourismus mit Spezialangeboten der Region sollte gefördert werden. Landwirtschaftliche Spezialitäten für die Gastronomie, der Urlaub am Bauernhof und Bioläden und Märkte vergrößern selbstverständlich die Wertschöpfung dieser südlichen und östlichen Regionen und mehr Familien könnten auch bei ökologischer Wirtschaftsweise davon leben. Ich mache darauf aufmerksam, daß gerade diese Wirtschaftsweise zwar mit geringeren Ernten, aber doch mit höheren Preisen auskommt. Der Thermenaufschwung in der Steiermark sollte unbedingt genützt werden, um dazu parallel den Biolandbau zu forcieren, und die Bedürfnisse, die bereits in diesem Zusammenhang mit Gesundheits- und Ernährungsbewußtsein geweckt worden sind, sollten auch befriedigt werden. Ich weise darauf hin, daß in Österreich jährlich Biowaren im Wert von 3 Milliarden Schilling gekauft werden, wovon nur ein Drittel aus heimischem Anbau stammt. Ein Drittel wird importiert, und das restliche Drittel, da weiß man nicht so genau, ist jedenfalls nicht aus kontrolliertem Anbau. Derzeit wird auch noch in der Steiermark an diesem Markt vorbeiproduziert. Wir verlangen eine Umstellungsberatung mit befristeten Umstellungsprämien im Zusammenhang jetzt mit der Landwirtschaft, aber das ist ja auch Wirtschaftspolitik. Eine Umstellungsprämie, die wirklich einen echten Anreiz darstellt, und das wären echte Investitionen in die Zukunft.

Darüber hinaus weise ich noch darauf hin, daß sich ja ÖVP, SPÖ und FPÖ für einen EG-Beitritt aussprechen. Das würde auch eine grundlegende Änderung der Wirtschaftsförderung bedingen. Im Artikel 92 des EG-Vertrages heißt es, „staatliche Beihilfen, die den Wettbewerb verfälschen, sind mit dem gemeinsamen Markt nicht vereinbar“. Die Hoffnungen auf EG-Mittel müßten wohl endlich begraben werden, weil sie über die Realität hinwegtäuschen. In der EG bindet man die Investitionen und staatlichen Interventionen an das Bruttoregionalprodukt und an die Arbeitslosenrate. Im Falle eines Beitritts zur EG könnte Österreich nur in einem geringen Umfang von diesem Regionalfonds profitieren, ist in einer Studie nachgewiesen. Österreich hat nach dieser Studie keinen einzigen Bezirk mit einer Arbeitslosenrate über dem EG-Durchschnitt. Ich weise darauf hin, die Durchschnittsrate in der EG ist 11,7 Prozent. Außerdem fällt auch in weiten Teilen Österreichs Arbeitslosigkeit nicht gleichzeitig mit industriellem Rückgang regional zusammen. Wichtig wäre auch im Zusammenhang mit der 100.000- und 200.000-Schilling-Aktion – wurde heute auch schon gesagt – die grundsätzliche Änderung, weil wir glau-

ben, daß bis jetzt diese Förderung auf die Großbetriebe zugeschnitten ist, was das Kapitalerfordernis und was die Anzahl der zu schaffenden Arbeitsplätze anbelangt. Im Zusammenhang mit den Verkehrsverbindungen möchte ich nur auch darauf hinweisen, daß allein der Koralpentunnel nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Wenn, dann muß diese Bahn auch einbezogen sein in eine Burgenland-Neubaustrecke nach Wien, wo es wirklich als Fortsetzung dieses Koralpentunnels zu einer Fahrzeitverkürzung immerhin Graz–Wien von einer Stunde käme, was wirklich ein attraktives Angebot wäre. Die Verkürzung der Strecke Graz–Klagenfurt, ist ja bekannt, durch den Koralpentunnel wären es 91 Kilometer. Aber erst zusammen mit dieser Neukonzeption, einer neuen Bahnlinie statt des nicht so notwendigen Semmeringtunnels, würde wirklich zu einer Aufschließung auch dieser Region führen. Danke schön! (17.02 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (17.03 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die sozialistische Landtagsfraktion wird aus zwei Gründen diese dringliche Anfrage gemeinsam mit den Freiheitlichen, den Grünen und Alternativen hier im Hohen Haus unterstützen.

Erstens: Es dient sicher der parlamentarischen Bereicherung, wenn auch kleine Fraktionen die Chance erhalten, nicht nur dringliche Anfragen zu stellen, sondern sie auch hier im Hohen Hause zur Behandlung zu bringen. Diese Haltung ist nicht nur ein demokratisches Pilotprojekt, sondern ein Vorgriff auf künftige Entwicklungen. Schließlich wird nach der nächsten Landtagswahl keine Partei mehr hier im Hohen Haus die absolute Mehrheit besitzen.

Zweitens: Wir sind wirklich tief besorgt, daß die wirtschaftlichen Entwicklungen im steirischen Grenzland und in einigen anderen Regionen hinter der Gesamtentwicklung Österreichs zurückbleiben. Dies trifft eben insbesondere auf die südlichen Grenzlandbezirke zu. Die Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region hat nichts mit Krankjammern zu tun, meine Damen und Herren, sondern mit der berechtigten Forderung auf konsequente Unterstützung solcher benachteiligter Regionen. Und auch hier kann, meine Damen und Herren, nicht ein Motto gelten, daß ich also im jüngsten Papier zum Modell Steiermark sehe, eine Erfolgsgeschichte, wie das heute schon darzustellen versucht worden ist.

Und wenn die Frau Landesrat Klasnic hier sagte: „Wer sagt, daß dieses Grenzland nicht auf der Überholspur sei“ – sinngemäß hat sie das so gemeint –, „na ja, der kennt nicht die Verhältnisse.“ Aber, Frau Landesrat, wer wirklich die Durchschnittseinkommen dieser Bezirke untersucht und sie kennt, wer die leerstehenden Häuser in mancher Grenzlandgemeinde sieht, wer jeden Tag Tausende Pendler auf den Bahnhöfen erlebt und wer feststellt, daß Tausende junge Menschen in anderen Bundesländern ihre Arbeit suchen, der kann nicht sagen, daß wir auf der Überholspur sind. Es wäre schön, das feststellen zu können.

Und, Frau Landesrätin, Sie haben ein Ereignis von Sonntag hier als Beweis angeführt. Ich darf deren zwei anführen:

Das erste Ereignis, das Sie nannten, war dieses große, herrliche Erntedankfest in Leibnitz. Sie haben recht, daß dort eine fröhliche Stimmung war. Nur, Frau Landesrätin, Fröhlichkeit mit Wohlstand zu verwechseln ist sicher nicht richtig. (Beifall bei der SPÖ.) Man kann auch in Bescheidenheit fröhlich sein, und gerade als Wirtschaftslandesrätin scheint mir eine Begründung damit, daß die Leute am Sonntag eh so fröhlich waren, wirklich nicht ausreichend zu sein.

Zweites Ereignis: Am Sonntag vormittag war die Eröffnung eines schönen Gemeindeparks in Unterpremstätten. Der Herr Abgeordnete Dr. Rupp war anwesend, er wird mir das sicher auch bestätigen können. Dort hat der Herr Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Fallada voll Stolz und Überzeugung erklärt, der Bezirk Graz-Umgebung wird um die Jahrtausendwende der einzige steirische Bezirk sein, wo ein Zuzug vorhanden ist, wo es eine Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung gibt, die besser ist als heute. Und er hat sich – und das ist sicher kein Beamter, auf den wir uns sonst berufen müssen – jener Aussagen bedient, die in vielen Untersuchungen, auch der Österreichischen Raumordnungskonferenz, leider enthalten sind.

Und nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn die Frau Landesrat sagt, „die SPÖ hat auf Bundesebene ja viele Jahre lang die Hauptverantwortung getragen“, dann muß ich wohl anführen: Die ÖVP trägt sie seit 1945 in der Steiermark, und wir haben nicht den blühenden Garten, den sie jetzt in einen Ausspruch von Kreisky legt. Und wir hätten, meine Damen und Herren, wenn alle diese Grenzlandsonderprogramme, die bei jeder Landtagswahl von der Mehrheit dieses Hohen Hauses angekündigt worden sind, durchgeführt worden wären, hier das Paradies im Grenzland. (Beifall bei der SPÖ.) Und das haben wir leider halt auch noch nicht erreicht.

Und, Frau Landesrat, Sie haben gemeint, von 1967 bis 1988 sind 1,85 Milliarden Schilling in die Grenzlandbezirke geflossen. Das stimmt sicher, ich bin überzeugt davon, daß Sie die richtigen Unterlagen haben. Das ist ein Zeitraum, der sehr lang ist, und eine sehr stolze Zahl. Nur, daraus abzuleiten, daß damit die Bevölkerung sozusagen in dieser Grenzlandregion einer Entwicklung anheimfällt, die weit besser ist – und das hat so geklungen –, als das in anderen steirischen Bezirken der Fall ist – vor dieser Mentalität möchte ich warnen. Wir befinden uns im Wartesaal zur EG, und gerade diese Gebiete wären dann die EG-fernten Räume und Regionen, und gerade hier sollten wir doppelt vorsichtig sein und nicht sagen: „Na, denen dort geht's jetzt eh schon besser als vielen anderen vergleichbaren Regionen und Bezirken.“

Und ich habe hier – und ich verwende nicht unsere eigenen Aussagen – das steirische Grenzlandsonderprogramm der steirischen ÖVP 1985 bis 1990. Dort wird ausgesagt, daß in der Vergangenheit in diesem Grenzland 25.500 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden. In diesem gleichen Programm wird aber die Arbeitsplatzentwicklung zwischen 1971 und 1979 untersucht, in einem Zeitraum, wo man stolze 7 Milliarden Schilling investiert hat – laut dieser Aussage in

diesem Programm. Da steht aber unterm Strich: „Steirisches Grenzland: minus 24.385 Arbeitsplätze.“ Das ist eine Feststellung der steirischen ÖVP.

Dieses gleiche Programm sagt dann weiters: „Prognosen für 1986 bis 1991: steirische Grenzlandarbeitsplatzbilanz: minus 36.900 Arbeitsplätze.“ Das ist von jener Partei, Frau Landesrat, der Sie angehören und die damals mit Sorge festgestellt hat, daß hier eine Entwicklung ist, gegen die etwas unternommen werden muß. Heute hören wir, daß es angeblich ganz anders ist.

Dieses gleiche Programm spricht auch von der Pendler- und Auspendlerstruktur. „Auch hier wird es eine Negativbilanz geben, weil anscheinend die Menschen nicht mehr genug Arbeit auch als Pendler finden.“ Hier wird eine Zahl für diesen Zeitraum von 24.210 Arbeitsplätzen genannt.

Das, meine sehr geschätzten Damen und Herren dieses Hohen Hauses, wollte ich damit sagen, daß wir auf der einen Seite nicht den Fehler machen dürfen, uns selbst krankzujammern – da stimme ich allen bei, die sagen, das sollte man nicht –, aber wir sollen uns auch nicht selbst bejubeln, wenn kein Grund dafür ist. Denn wir wollen ja etwas – und jetzt spreche ich als Südsteirer –, nämlich, daß unsere Region vom Durchschnittseinkommen her, aber auch von der Chance her, Arbeitsplätze zu finden, zumindest anderen gleichgestellt wird.

Und ich habe hier noch eine Studie für das Entwicklungskonzept des Bezirkes Leibnitz. Auch etwas, das gemeinsam erarbeitet worden ist und von der Mehrheit dieses Bezirkes, also auch von der Mehrheitspartei dieses Hohen Hauses, schließlich mitgetragen, und ich würde sogar sagen, hauptverantwortlich getragen wurde. Hier steht wörtlich:

„Von der Österreichischen Raumordnungskonferenz wurde eine Vergleichsmessung über alle österreichischen Bezirke beauftragt. Darin wurden Indikatoren aus der Daseinsfunktion Wohnen, Arbeiten, Bildung, technische Infrastruktur, soziale Einrichtungen und so weiter mit Daten verglichen. Im letzten Drittel der Rangfolge“ – ich sage es wörtlich – „dieser Vergleichsmessung ist die Steiermark mit neun Bezirken in der nachstehenden Reihenfolge vertreten: Weiz, Fürstenfeld, Leibnitz, Voitsberg, Murau, Hartberg, Feldbach, Radkersburg und Deutschlandsberg.“ Das sind alle west- und oststeirischen Bezirke mit Ausnahme von Murau. Nämlich nur Murau fällt auch noch unter diese Klassifizierung. Und das, Frau Landesrätin, ist nicht eine Statistik, die wir erfunden haben, sondern die, wie ich sagte, von allen mitgetragen worden ist.

Zum Abschluß eine andere kleine Statistik: Es gibt auch eine Berechnung der Bevölkerungsstruktur der Bundesländer. Hier wird gesagt – und das ist bis heute leider nicht widersprochen –, daß die Steiermark bis zum Jahr 2030 ein Fünftel ihres derzeitigen Bevölkerungsstandes verlieren wird. Da müssen wir doch alles, was wir tun können, in wirtschaftlicher, in sozialer Hinsicht dagegen tun.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Hohes Haus! Es nützt nichts, wenn der Herr Landeshauptmann in seiner letzten Sonntagsrede – mit allem Respekt gesagt – davon redet, daß wir eine internationale Sendung haben, vom Kap da Roca bis zum Ural.

Ich glaube, wir sollten vielmehr darüber reden, was sich zwischen Radkersburg und Murau in der Steiermark tut. Das wäre für uns und für unsere Entwicklung viel wichtiger. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn die Frau Landesrat jetzt sagt, daß es eine neue Studie geben wird, so stimmen wir dem gerne bei, und ich kenne mittlerweile den eigenen Beschlußantrag der ÖVP. Auch dort wird eine derartige Studie angekündigt. Ja, mit Freude, meine Damen und Herren, werden wir eine derartige Studie erwarten, weil wir hoffen, daß die Studie eben auch jene Dinge untersucht, die wir brauchen, die Feststellung, daß es hier einen Nachholbedarf in dieser Region gibt und daß wir alle gemeinsam, ob Mehrheit oder Nichtmehrheit, das tun müssen, wovon heute anscheinend einige nicht reden wollen: nämlich wirklich diese Regionen nachziehen und nicht darüber reden, daß es uns gutgeht, wenn die Leute bei einem Erntedankfest fröhlich sind.

Und ich sage zuletzt – und das ist eine Erinnerung an die Mehrheitspartei dieses Hohen Hauses –, wir haben vor einiger Zeit, meine Damen und Herren, den Antrag eingebracht, man möge die Einkommensverhältnisse in allen steirischen Regionen untersuchen. Wenn das etwa die gleiche Intension ist, Frau Landesrat, dann sind wir gerne auch bei dieser Studie dabei. Ich wünsche mir und hoffe, daß nicht wir recht haben, die sagen, daß diese Regionen im Nachteil sind. Es wäre schön für diese Regionen, wenn Sie recht hätten. Ich fürchte nur leider, Sie haben nicht recht. (Beifall bei der SPÖ. – 17.15 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (17.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Industrieinvestitionen waren 1985 im Vergleich zu 1984 in der Steiermark um 19,8 Prozent rückläufig. Wir Steirer waren damals in diesem Bereich mit Abstand letzter in der Investitionsstatistik. Die Pauschalschuld wurde damals der Bundesregierung zugeschoben, obwohl im gleichen Zeitraum andere Bundesländer Steigerungen in der Höhe von 38 Prozent hatten. Ende des Vorjahres wurde noch deutlicher ein sogenanntes Südost-West-Gefälle festgestellt. Eine steirische Zeitung zitierte die Alpen und hat gemeint, daß die Alpen nicht nur die Wetterscheide sind, sondern eine deutliche Grenze in der Entwicklung im Bereich des Wirtschaftswachstums. Man konnte von einem zweigeteilten Österreich lesen. Diese Feststellung untermauert uns die Statistik und die Entwicklung in den Regionen. So hatte die Steiermark im zweiten Halbjahr 1988 ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent, im gleichen Zeitraum – um einen fairen Vergleich zu haben – haben andere Bundesländer gesteigert. Wien zum Beispiel plus 2,6 Prozent, das Burgenland plus 2,7 Prozent, Kärnten plus 3,6 Prozent. Dehnt man diesen Vergleich in die westlichen Regionen aus, und wenn ich die noch nicht genannten Bundesländer zitiere, um ein Gesamtbild zu erhalten, so stellt sich heraus, daß in diesen westlichen Bundesländern das Wirtschaftswachstum wesentlich größer war. So hatte Vorarlberg zum Beispiel ein Plus von

4,5 Prozent, Niederösterreich eine Steigerung von 5 Prozent, in Tirol erhöhte man das Wirtschaftswachstum um 5,6 Prozent, Oberösterreich erhöhte um 6 Prozent und Salzburg um 6,3 Prozent. Wir Steirer waren in dieser Statistik und in der Entwicklung des Wirtschaftswachstums wieder einsames Schlußlicht. Und die sogenannte Generalschuld der Bundesregierung zuzuweisen, meine Damen und Herren von der ÖVP, mag Ihnen ja 1986 gelungen sein. Da Sie aber seit Ende 1986 den Wirtschaftsminister stellen und seit Bestand der Zweiten Republik hier in der Steiermark das Wirtschaftsressort durch Ihre Referenten besetzen, müssen Sie die Ursachen dieser negativen Entwicklung in Ihren Reihen suchen. Zum Beispiel die groß angekündigte Wirtschaftsmilliarde nähert sich immer mehr einer schillernden Seifenblase. Ich erinnere nur an das KVA-Verfahren oder an den von der Frau Landesrat so hoch gehobenen Obersteiermark-Beauftragten, der zwar als Person bekannt ist, aber seine Tätigkeit ist bis heute nicht bekannt. Die Fluktation im Fremdenverkehrsbereich und bei den Verantwortlichen im Fremdenverkehrsbereich ist uns allen bekannt, aber die Fremdenverkehrskonzepte sind uns bis heute noch nicht bekannt. Diese Liste ließe sich stundenlang fortsetzen und zeigt die Ursachen, warum das südsteirische Grenzland, aber auch die Steiermark an letzter Stelle im Zusammenhang mit den Wirtschaftsdaten rangieren. (Abg. Kollmann: „Das stimmt nicht. Du bist heute so nervös!“) Die heute schon so oft, Herr Kollege Kollmann, zitierte ÖROK-Studie weist es noch einmal dramatisch aus. Ich will mir jetzt wirklich die Daten und die Bezirksauflistung sparen, ich darf aber eines auch zusammenfassen, was diese Studie abschließend an Erkenntnis bringt. Die regionalpolitische Investitionslenkung ist in erster Linie arbeitsmarktorientiert, wobei auf die Quantität der Arbeitsplätze abgestellt wird. Während in der sektoralen Strukturpolitik Produktionsstrukturverbesserungen auch ohne Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gefördert werden, findet dieser Aspekt im Rahmen der regionalen Strukturpolitik kaum Eingang. Ich glaube, das sagt über die Entwicklung sehr viel aus. Und wenn die Frau Landesrat heute in ihrer Stellungnahme gemeint hat, daß sich die Situation bei weitem gebessert hat, was wir alle hoffen, dann lade ich Sie ein, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, nützen Sie die Chance dieser positiven Konjunktur für Korrekturen der Wirtschaft und treten Sie unserem gemeinsamen Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Franz Trampusch, Engelbert Weilharter, Walter Kohlhammer, Direktor Alexander Freitag, Siegfried Herrmann, Karl Rainer, Peter Gottlieb, Erna Minder, Dipl.-Ing. Dr. Korber und Gundi Kammaller bei, der beinhaltet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, der dramatischen Entwicklung der Grenzlandregion volle Aufmerksamkeit zu widmen. Insbesondere ist eine deutliche regionale Schwerpunktsetzung bei der Wirtschaftsförderung vorzunehmen. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsbedingungen, zum Beispiel – Herr Kollege Dr. Maitz – Koralpöntunnel, würde sowohl regional als auch landesweit verbesserte strukturelle Bedingungen bringen. Zudem soll auch im Wirtschaftsbereich eine Strategie der eigenständigen Regionalentwicklung verfolgt werden, die ein hohes Maß an Eigenständigkeit der Regionen beinhaltet. Weitere Strategieelemente sollen sein

eine endogene Erneuerung, Innovationsorientiertheit, Technologietransfer, Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen.

Wenn Sie es ernst meinen, meine Damen und Herren von der rechten Reichshälfte dieses Hauses, dann stimmen Sie diesem Beschlußantrag zu. (Beifall bei der FPÖ. – 17.22 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser.

Abg. Ing. Stoisser (17.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wirtschaftsdiskussionen in diesem Haus gibt es zu allen möglichen und unmöglichen Anlässen und sind sicherlich notwendig und gut, um zu zeigen, woher das Geld kommt, welches wir hier in baldiger Zeit auch wiederum beim Budget verteilen werden. Ich finde diese Anlässe auch sehr gut. Ich finde es auch interessant, wenn man viele Statistiken hier verliest. Die Statistiken haben eines an sich, man kann immer sich diese Zahlen herausuchen, die einem gerade ins Konzept passen, und man kann damit operieren, ohne daß man lügt. Meine Damen und Herren! Etwas ist mir in letzter Zeit aufgefallen bei den vielen Besuchen, bei Messen, bei Ausstellungen, im Grenzland. Da steht immer irgend jemand auf und klagt, wie schlecht es ihm geht, er hat das „Profil“, den „Trend“, und ich weiß nicht was alles gelesen. Ich gebe zu, diese Zahlen stimmen sicherlich. Ich bin selbst ein Grenzländer, ich weiß, daß wir vieles gerne besser hätten. Ich möchte aber schon auch dazusagen, was unsere Landesrätin Waltraud Klasnic gesagt hat, es waren fröhliche Menschen. Ich würde das nicht so leicht wegschieben, Fröhlichkeit ist nicht Wohlhaben. Es gibt auch Tristesse und Wohlhabenheit beisammen. Also man kann das eine mit dem anderen meiner Meinung nach nicht vermischen. Wir sollten unsere Grenzländer auch nicht für dumm verkaufen und sagen, ihr seid mit weniger Geld glücklicher als die anderen und seid zufrieden und gebt eine Ruhe. Das wollen wir sicherlich genauso wenig haben. Wir wollen, daß bei uns im Grenzland so wie im übrigen der Wohlstand herrscht, wie wir ihn uns vorstellen. Die Statistiken, die die Steuerkopffquoten der einzelnen Gemeinden immer wieder aufzeigen, die stimmen bitte nicht. Und wenn hier von Pendlern gesprochen wird, was das für ein großes Problem ist. Das Pendeln ist ein großes Problem. Nur, meine Damen und Herren, dafür müssen wir auch Infrastrukturen schaffen. Denken wir an andere Länder. Eine Nichte von mir aus Amerika ist jetzt hier auf Urlaub gewesen, das heißt, sie ist noch hier. Sie fährt täglich 50 Meilen, und das ist dort ganz normal. (Abg. Günther Ofner: „Dort gibt es bessere Straßen, Herr Kollege Ing. Stoisser!“)

Schauen Sie, man kann darüber geteilter Meinung sein, aber ich glaube, daß ein bißchen Pendeln überhaupt nicht schadet. Es ist ja völlig ausgeschlossen, daß die Bevölkerung immer deckungsgleich mit dem Bedarf an Arbeitsplätzen in einem kleinen Bereich ist. Das ist völlig ausgeschlossen und vor allen Dingen bei der dynamischen Entwicklung der Wirtschaft, wie wir sie hier haben. Denken wir doch an die ganze Welt, schauen wir, wenn wir nach London kommen, was aus diesen ganzen Werftgebieten geworden ist. Sie sind

ausgestorben, weg, weil der Schiffsbau einfach woanders hingekommen ist. Dafür gibt es anderweitig neue Zonen, wo Hochtechnologie im Entstehen begriffen ist, wo die Leute zuziehen. Das ist ein ständiger Entwicklungsprozeß, eine Wellenbewegung mit einem ständigen Auf und Ab, einmal in dieser und einmal in jener Region. Die Obersteiermark war vor zwei Generationen die Industrieregion und ist es eben jetzt nicht mehr, weil es neue Technologien gibt, und darauf müssen wir als Politiker meiner Meinung nach reagieren.

Und eines müssen wir machen – ich habe das in Deutschlandsberg gesagt, und ich möchte das auch hier bringen, weil es auch jetzt zum Börsenklima paßt –: Costoljani, ein weltbekannter Börsenguru, war schon zweimal in Graz, und da hat er einmal erklärt: „Wissen Sie, Wirtschaft ist Arbeit und Kapital und Psychologie. Wenn die Leute glauben, daß die Aktien steigen, werden sie kaufen, und die Aktien werden steigen.“ Wir haben jetzt gerade auf der ganzen Welt die Bewegung auf dem Aktienmarkt. Aber das zeigt, wenn wir unseren Menschen im Grenzland sagen: „Leut'ln, jetzt packen wir an, so schlecht sind wir nicht. Wir sind gescheit, wir sind geschult, wir sind bereit wohinzufahren, packen wir an!“ dann werden wir weiterkommen. Wenn wir uns aber in die Regionen hinstellen, wie es leider Gottes immer wieder passiert: „Wir sind die Schlechtesten, wir sind im Armenhaus“ – Altenhaus, damit es kein Plagiat ist. Die junge Partei sagt „Altenhaus“; ich weiß nicht, macht Ihr dann keine Stimmen mehr dort im „Altenhaus“ als junge Partei oder wie? Ich weiß es nicht. Meine Damen und Herren, das müssen wir meiner Meinung nach machen. Und ein paar Zahlen möchte ich Ihnen schon bringen, weil es heißt, es wandert alles ab: Im Grenzland in Hartberg ist ein Plus von 2,5 Prozent, in Feldbach eines von einem Prozent, in Deutschlandsberg von 0,8 Prozent. Fürstenfeld und Radkersburg sind negativ, das stimmt. Radkersburg ist sicher eine Ausnahmeerscheinung, weil es am äußersten Zipfel liegt. Und warum bitte – es wurde heute schon gesagt, aber ich möchte es doch wiederholen – besteht dieses wirtschaftliche Gefälle? Wenn wir im wirtschaftlichen Verkehr mit Jugoslawien sind, haben wir eine Bevölkerung, die mit 1500 Schilling Monatslohn im Durchschnitt durchkommen muß. Wenn die zu uns einkaufen gehen, kaufen sie das Lebensnotwendigste, und in Vorarlberg, wenn dort die Anrainer kommen und auf Urlaub gehen, nehmen sie das teuerste Fünf-Stern-Hotel. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Wir müssen jetzt und in der Zukunft die Chance nützen, wenn diese Länder geöffnet werden – Ungarn ist ja schon dabei, und ich hoffe auch sehr, daß die Entwicklung in Jugoslawien sich zum Positiven hinwendet –, daß wir hier aus diesem Handel auch für unser Grenzland etwas herausholen können. Mit der Rederei hier alleine werden wir, meine Damen und Herren, sicherlich nicht weiterkommen.

Etwas möchte ich noch sagen – das ist jetzt nicht zynisch gemeint, wirklich nicht, aber das hat auch die Kollegin Kammlander gesagt –: Wir haben unten auch eine schwächere Besiedlungsdichte und eine bessere Umwelt, wenn wir vom Wasser in einigen Gebieten absehen. Das wäre eine sehr große Chance auch für den Tourismus, die ja auch da und dort, vor allen Dingen in der Thermengegend, schon genutzt wird.

Und nun auch zur Arbeitsmarktsituation: Im September 1989 haben wir in Deutschlandsberg 3,3 Prozent, in Feldbach 3,2 Prozent, in Hartberg 3,7 Prozent Arbeitslosenrate und sind mit diesen Bezirken unter dem steirischen Durchschnitt, das heißt, wir sind hier in diesen Gebieten besser. Ich meine, das ist schon etwas, auf das man hinweisen sollte. Und man sollte auch darauf hinweisen, daß wir jetzt 2600 und mehr offene Stellen in der Steiermark haben. Das ist um drei Viertel mehr als voriges Jahr um diese Zeit.

Und noch eine positive Entwicklung, die man schon auch sagen muß: Im Jahre 1983 hatten wir bei den unselbständig Beschäftigten den Tiefststand mit 385.000. Es ist wahrscheinlich ein Zufall, daß das gerade in der Regierungszeit der „Kleinen Koalition“ war. Heute haben wir 396.000; das sind immerhin um 10.480 mehr. Ich glaube, man sollte auch das sagen, aber nicht um einer billigen Polemik willen, sondern um den Leuten auch zu zeigen, daß wir durchaus auch positive Entwicklungen haben.

Und wenn wir jetzt die Entwicklung der Selbständigen, der Gewerbeunternehmen, in der Grenzlandregion anschauen, so ist dort die Entwicklung besonders erfreulich. Allein im letzten Jahr hat sich die Zahl der Gewerbetreibenden im Bezirk Leibnitz um 4 Prozent, in Fürstenfeld um 7,2 Prozent und in Feldbach um 4,2 Prozent erhöht, in Deutschlandsberg immerhin auch noch um 2,4 Prozent und in Radkersburg um 1,3 Prozent. Meine Damen und Herren, das sind junge Steirer, die bereit sind, in selbständiger Arbeit dort ein Leben zu beginnen, und die, glaube ich, sind hoffnungsvoll, und denen sollten wir auch helfen.

Bildungspolitik: Der Kollege Kohlhammer hat heute wirklich einen ausgezeichneten Beitrag geliefert. So könnte ich mir auch vorstellen, daß, wie es Josef Huber beim Vorstellen des „Modells Steiermark“ gesagt hat, Konfliktbewältigung kulturvoll und niveauvoll erfolgen sollte, daß man wirklich ordentlich diskutiert. Und wenn Sie die negativen Zahlen haben, bringe ich hier in diesem Zusammenhang die positiven Zahlen, ohne dabei polemisch zu werden, und dann könnten wir zu etwas kommen. Nur, so einfach soll man sich das bei der Lehrlingsausbildung nicht machen. Es wäre wirklich gut, wenn hier die Sozialpartner sich zu einem ganz offenen Gespräch zusammenfinden könnten. Denn immer wieder diese Vorwürfe, daß die Lehrlinge billige Arbeitskräfte sind und die Statistiken stimmen, daß es Berufe gibt, wo man ein Drittel Lehrlinge von der gesamten Mitarbeiterzahl hat – diese Zahlen stimmen; man darf aber nicht vergessen, daß es viele Berufe gibt, für die es keine Lehrausbildung gibt, die aber adäquat sind. Weil Sie zum Beispiel die Tischler angesprochen haben: Die Möbelverkäufer sind zum überwiegenden Teil gelernte Tischler, bei den Innenarchitekten sind sehr viele Tischler dabei, und aus den Kfz-Mechanikern werden hervorragende Kraftfahrer. Man kann aus der Statistik heraus nicht sagen, daß aus diesem Grund da und dort zu viele Leute ausgebildet worden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluß möchte ich auch noch ein Wort zu den ausländischen Arbeitskräften sagen: Ich meine, daß das gerade jetzt zur Zeit der großen Völkerwanderung von Ost nach West ein ganz wichtiges Problem ist. Wir sollten wirklich trachten, daß wir von diesen Menschen

so viele wie möglich nach Österreich bekommen. Das sind hervorragende Leute. Man kann das auch positiv betrachten: Jede neue Arbeitskraft, die gut arbeitet, ist ja gleichzeitig auch ein Konsument und vergrößert den Markt damit auch nach der volkswirtschaftlichen Rechnung für alle übrigen Mitarbeiter. Und ich würde sehr bitten, daß man das Problem der Ausländerbeschäftigung ein bißchen anders betrachtet. Wir haben hier auch eine internationale Verpflichtung, und die Steiermark ist mit 1,4 Prozent Ausländerbeschäftigung am unteren Ende der Tabelle, und das ist für unsere – wie wir immer glauben – Weltoffenheit kein gutes Zeugnis.

Und jetzt wirklich zum Schluß noch ein Thema. Es wurde heute schon von allen sehr positiv angeschnitten, und ich freue mich darüber. Es betrifft den Verkehr. Ich glaube, daß die geforderte Eisenbahnlinie von Wien über das Burgenland, die Oststeiermark, durch die Koralpe nach Kärnten und weiter nach Italien eine Lebensnotwendigkeit für die weitere Entwicklung dieser peripheren Gebiete ist. Es ist heute noch nicht so herausgekommen, aber durch die Bank bei den schlechten Bezirken im Grenzland schneidet eigentlich Leibnitz verhältnismäßig gut ab, und zwar deshalb, weil es verkehrsmäßig von diesen Bezirken am besten erschlossen ist, durch den Zufall, daß es an der Pyhrnstrecke liegt. Wenn wir nun die anderen Bezirke ebenso an eine internationale oder europaweite Bahnlinie andocken, würde sich das auf diese Bezirke sicherlich positiv auswirken.

Und zum Schluß eine Bitte an alle Damen und Herren im Haus: Wenn wir hinauskommen zu unserer fleißig arbeitenden Bevölkerung, zeigen wir positive Einstellung.

Ein Leader ist einer, der Kraft ausstrahlt, und diese Kraft wird übertragen auf seine Mitarbeiter, und solche Bosse haben dann eine gute Leistung. Wenn wir das als Politiker mit unserer Bevölkerung machen, tun wir für unsere steirische Bevölkerung das Beste. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 17.34 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Freitag.

Abg. Freitag (17.35 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich habe schon im Laufe der Budgetdebatte im Dezember 1988 darauf hingewiesen, daß die fünf ärmsten Gemeinden Österreichs leider im Grenzlandbezirk Feldbach liegen (Abg. Dr. Hirschmann: „Fahr einmal hin und besuche sie!“), was sicher nicht nur auf die Randlage dieses Bezirkes zurückzuführen ist, sondern natürlich auch auf die wirtschaftliche Situation. In dieser Region mit rund 65.000 Einwohnern leben die Menschen hauptsächlich noch von der Landwirtschaft, obwohl die sogenannten Nebenerwerbslandwirte immer mehr zunehmen, das heißt, die Existenzberechtigung allein und ausschließlich von der Landwirtschaft zu leben wird immer geringer. Laut Statistik sind die Einkommen teilweise um das Zwölfwache niedriger als zum Beispiel im Westen Österreichs, und dadurch zählt auch der Bezirk Feldbach zum ärmsten Bezirk von Österreich. Kein Wunder also, daß die Pendlerquote sehr hoch ist, mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen pendeln aus. Das heißt, es gibt etwa 8000

Auspendler, denen 1500 Einpendler täglich gegenüberstehen. Diese Region gehört auch zu den Industriestandortsgebieten, und hier machen sich die jahrzehntelangen Versäumnisse nun bemerkbar. Ich behaupte, auf Grund der fehlenden und immer wieder vernachlässigten Verkehrsinfrastruktur gab es im Grenzland mit Ausnahme der Bezirkshauptstadt Feldbach kaum Betriebsansiedlungen. Wir erleben es jetzt in der Marktgemeinde Sankt Stefan im Rosental, wo ich auch Gemeinderat bin, wie unter stärksten finanziellen Belastungen durch die Gemeinde – die Gemeinde gibt pro Arbeitsplatz 50.000 Schilling aus – und mit allergrößter Mühe ein fleischverarbeitender Betrieb mit 100 Arbeitnehmern gefunden werden konnte, der 1990 seinen Betrieb aufnehmen wird. Zahlreiche Interessenten vorher haben ihre Bereitschaft auf Grund der schlechten Verkehrsverbindungen, in diesem Fall war es die B 73 von Kirchbach nach Graz, zurückgenommen. Bei einer Diskussion sagte mir ein Pendler, der keine Hoffnung hat, jemals in seiner Heimatgemeinde eine Arbeit zu finden, sinngemäß folgendes: „Die ÖVP-Mehrheit ist doch gar nicht bereit und interessiert, unsere Region verkehrstechnisch besser zu erschließen, denn diese Pendler wählen doch in der Mehrzahl eher SPÖ, und daher besteht auch kein Bedarf, dieses Problem einigermaßen zu lösen.“ Er war noch nicht fertig, er hat gesagt: „Gott sei Dank habe ich zu Hause etwas zum Essen und in der Firma verdiene ich ein paar Tausender dazu. Große Sprünge kann ich mir nicht leisten, doch für das Sterben ist es zuviel und zum Leben fast zu wenig.“ Mit diesem kurzen Debattenbeitrag wollte ich nur aufzeigen, wie die Wirklichkeit aussieht, und möchte abschließend alle verantwortlichen Stellen im Land auffordern, rasch effiziente Lösungsmöglichkeiten anzubieten, damit diese Region nicht immer das Schlußlicht Österreichs bleibt.

Wir fordern daher:

Erstens: Die Elektrifizierung der ÖBB-Strecke von Graz nach Ungarn, um einerseits die Pendlerzeiten zu verkürzen, um aber auch den internationalen Anschluß zur EXPO 1995 zu finden.

Zweitens: Wir verlangen die Errichtung eines Nahverkehrsverbundes,

drittens: den raschen Ausbau der B 73 von Kirchbach nach Graz,

viertens: die Anbindung der B 68, der sogenannten Raabtaltrasse, an die Südautobahn A 2 und

fünftens: die Erhöhung der Grenzlandförderung von 100.000 Schilling auf 200.000 Schilling pro neu geschaffenen Arbeitsplatz.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 17.40 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (17.40 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Eigentlich müßte man froh sein, daß die Presse so wenig Notiz nimmt davon, was hier gesprochen wird, und daß darüber in der Öffentlichkeit wenig berichtet wird, denn im großen und ganzen ist das Gezeter alles

andere als eine Reklame für unsere Steiermark. Ich bedaure es wirklich sehr, daß ehrenwerte Abgeordnete dieses Hauses es zum Anlaß nehmen, ein Wochenjournal zu zitieren, und dem allen Glauben schenken. Nur das, was da drinnensteht, stimmt, und das ist richtig. Und darauf berufen Sie sich. Ich habe ernste Zweifel. Wenn Sie den Artikel wirklich lesen, müßte Ihnen auffallen, daß man eigentlich das Land Kärnten zwar zitiert, aber in der Statistik weder unter den ärmsten Bezirken noch unter den ärmsten Gemeinden Kärnten überhaupt nur mit einem Wort erwähnt wird. Zufällig scheint dort auch in Niederösterreich die Gemeinde Zwettl auf. Und wenn die Lebensqualität für die Erstellung dieser Reihenfolge, dieser Prioritätenliste, eine Bedeutung hat, dann müßte man an der tschechoslowakischen Grenze in Anbetracht des Waldsterbens, von dem wir alle viel gelesen haben, einiges Negatives melden. Aber wir stürzen uns darauf, und scheinbar scheint es wirklich so zu sein, daß die Damen und Herren des Hauses Ihrer Fraktion das „willkommen“ heißen, das zum Anlaß nehmen, um einmal ordentlich zu schimpfen und alle jene Menschen zu übergehen, die draußen jahrzehntelang gearbeitet haben, Steuern gezahlt haben, investiert haben, Musterbetriebe aufgestellt haben. Und an dem Beispiel Feldbach, weil es an der Stelle eins steht: In den letzten 15 Jahren, wenn Sie nachfragen, wurden in Feldbach 66 Betriebe neu hingebraucht und natürlich auch gefördert, ich kenne die Zahlen nicht im Detail, wurden 1500 Leute dort zusätzlich beschäftigt. Wenn Sie einmal nach Feldbach fahren, werden Sie sehen, daß das eine blühende Bezirksstadt ist. (Abg. Freitag: „Hat keiner etwas Gegenteiliges behauptet. Ich habe gesagt, ausgenommen die Bezirksstadt Feldbach!“) Nächster Blick nach Leibnitz, jene Stadt, die sich darüber erfreuen kann, daß es wirklich einen überregionalen Grenzverkehr gibt, daß dort eine Einkaufsstadt entstanden ist, wie man sich das vor 20 Jahren überhaupt nicht erwartet hätte. Und nicht nur Leibnitz, sondern daneben hat auch Arnfels eine entsprechende Bedeutung kultureller Natur, wirtschaftlicher Natur. Wenn ich in meinen Heimatbezirk gehe, Deutschlandsberg, der irgendwo an der Stelle neun steht, und man spricht von Wirtschaftsförderung, bitte, die Firma Siemens ist nicht zufällig nach Deutschlandsberg gekommen, aus Sympathie und Zuneigung zur Weststeiermark, es hat sicher Gründe dafür gegeben. Es muß unser ganzes Anliegen sein, auch bei so einer Gelegenheit all jene Betriebe zu erwähnen und all jene Regionen, die sich über Jahre hindurch im wirtschaftlichen Auf und Ab gut geschlagen haben. Damit meine ich nämlich auch Eibiswald, wo es die Binder-Magnete gibt, die eine erfreuliche Entwicklung genommen haben. Ich könnte jetzt über Wernersdorf und Preding mit Schwanberg und Hollenegg, Frauental und Stainz die Liste der erfolgreichen in einem einzigen Bezirk, 60.000 Einwohner, fortsetzen. Die Steuerkopfquote dieses von Ihnen kritisierten Bezirkes liegt bei 5388 Schilling, der Landesdurchschnitt bei 6600. Das stimmt, wir sind darunter, aber nicht so darunter, daß Sie sich hinstellen können und sagen, alles ist ganz furchtbar, nichts wurde getan, alles wurde übersehen. Die gesamtösterreichische Arbeitslosenrate beträgt 4,8 beziehungsweise 4,2 Prozent. Wenn Sie sich die Arbeitslosenraten anschauen von Juni 1988 bis September 1989 im Bezirk Deutschlandsberg, so liegen sie

zwischen 3,2, erreichen zwar im November 1988 6,2, 8,7 im Dezember.

Im Jänner 1989 10,8 – richtig –, Februar 10,3, und sinken aber dann wieder ab und sind bereits im Juni 1989 wieder auf 3,3, im Juli auf 3,4, im August auf 3,7 und im September auf 3,6. Natürlich, mit Ihrer Aussage werden Sie wahrscheinlich niemanden dazu motivieren können, daß er sich für diese Südsteiermark interessiert, obwohl für die eine oder andere Industrie vielleicht vieles passend wäre. Und wenn es dann noch passiert, daß anläßlich einer Geschäftsübernahme in Eibiswald ein Reporter vom ORF-Studio Steiermark kommt und in der Früh im „Morgenjournal“, 6.45 Uhr, seine Berichterstattung so beginnt, „Eibiswald, ein Markt, dort, wo sich die Füchse gute Nacht sagen und die Arbeitslosenrate dieses Bezirkes bei 8,7 Prozent liegt“, dann grüße ich ihn sehr herzlich. Es wäre besser gewesen, er wäre zu Hause geblieben. Erstens ist es kein Aushängeschild, zweitens nicht attraktiv, um Leute für etwas zu begeistern, und drittens ist es bitte die pure Unwahrheit. Er hat leider einen falschen Informanten gehabt. Ich kann ihn verweisen, er soll nach Deutschlandsberg gehen und soll sich dort beim Arbeitsamt erkundigen. Dort wird man ihm diese Zahlen gerne geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Was auch die Wirtschaftskraft betrifft, meine Damen und Herren, so sieht das bitte wohl so aus, daß bei dieser Studie, die ja angeblich im Bundeskanzleramt liegt, 160 Provinzen der EG-Länder erwähnt werden, und da liegen Kärnten und die Steiermark ziemlich auf dem gleichen Rang. Etwa bei 122, 124 in dieser Statistik. Der Schreiber dieses Artikels von dem Wochenendjournal hat überhaupt keinen Anlaß gefunden, Vergleiche anzustellen. Ein braver Schreiberling, er hat es mit uns aber sicherlich nicht gutgemeint.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dem Beispiel unseres Grenzlandbezirkes Deutschlandsberg auch noch hervorheben, daß wir rund 30 Industriebetriebe haben, die sich als Industriebetriebe auch wirklich sehen lassen können. Natürlich an der Spitze die Siemens mit über 1500 Beschäftigten, drei Betriebe zwischen 200 und 300 Leuten, acht Betriebe im Bezirk Deutschlandsberg zwischen 100 und 200 Beschäftigten, sieben zwischen 50 und 100 Beschäftigten, 21 bis 50 Beschäftigte haben rund zehn Betriebe. Da sind aber alle Händler und alle gewerblichen Betriebe bitte ausgenommen. Damit erwähne ich nur die Industriebetriebe.

Lassen Sie mich noch einige Zahlen zur Untermauerung meiner Ausführungen nennen: Die Industrie hat sich im Bezirk Deutschlandsberg während der Jahre 1980 bis 1988 folgend entwickelt, daß die Gesamtproduktion 1980 2,1 Milliarden ausmachte, acht Jahre später 4,4 Milliarden. Die Beschäftigtenzahl der Industrie ist von 3030 auf 3600 gestiegen. Ja, bitte, meine Damen und Herren, sind das keine Leistungen? Ist das kein Fortschritt? Nichts geht über Nacht, nichts geht leicht. Nicht die Rezepte sind es in erster Linie, sondern in erster Linie ist es eigentlich der Unternehmerrmut. Und ich sage das auch in großer Überzeugung: Vielleicht brauchen wir wirklich mehr Leute, die bereit sind, etwas zu unternehmen, und weniger Leute, die nur kritisieren, und weniger Leute, die alles immer besser wissen und selbst untätig bleiben.

Es gibt somit wirklich erfreuliche Entwicklungen bei der Mitarbeiterzahl, aber nicht nur zum Beispiel bei der vorhin erwähnten und oftmals zitierten Firma Siemens, sondern auch bei der Porzellanfabrik Frauenthal und auch bei der Firma Nußmüller, und man könnte jetzt dieses Lobeslied noch weiter fortsetzen. Trotzdem gestehe ich ein, daß es natürlich Probleme im Strukturwandel gibt: im Lebensmittelhandel, bei den Bäckern, bei den Fleischern und so weiter, Bereiche, die nicht zur Industrie zählen. An dem wollen wir nicht vorbeisehen. Es wird sich auch alles nicht aufhalten lassen. Die Zeit schreitet fort. Es wird eben gewisse Formen in Zukunft wahrscheinlich nicht mehr geben. Und natürlich muß es unser Anliegen sein, verschiedene Schwächen, die der Bezirk aufzeigt, eben zu beseitigen. Aber das wird von heute auf morgen auch nicht möglich sein. Wenn ich denke, daß vieles mit dem Ausbau der B 76 gelungen ist, aber wir können damit nicht zufrieden sein. Da gibt es eben noch Ausbaustufen, die überfällig, die übernotwendig sind. Wir müssen eine bessere Anbindung zur Pyhrnautobahn bekommen. Das ist keine Frage. Nur, wenn die Frau Kollegin Kammlander sich herstellt und hier von der Eisenbahn und allem möglichen redet, möchte ich ihr sehr empfehlen, sie möge sich der Sache annehmen und die Verhinderer zurückrufen. Wenn es um neue Straßen und um neue Linien geht, sind es ihre Leute und ihre Freunde, die dort immer zuerst schreien, „ja, das geht ja nicht! Das können wir hier nicht bauen! Das ist unmöglich!“ und legen sich eben dann quer. So bitte, meine Damen und Herren, wirklich nicht! Ein Vertrauen in unsere Techniker, in unsere Planer soll gegeben sein. Sehr schön, daß man allgemein jetzt von der Koralpenbahn spricht. Ich glaube, es ist hier nichts hinzuzufügen, weil ja das Bahnsystem in Österreich mehr als 100 Jahre alt ist. Es wurde in der Zeit der Monarchie gebaut, in der Ära Kaiser Franz Josephs entsprechend noch erweitert, und seither hat sich nichts mehr getan, außer der kurzen Strecke der Jauntalbahn. Abgesehen davon sind die Entwicklungen im Osten unseres Landes ja nicht zu übersehen. Es gehört ja bitte Ungarn mit einigen Provinzen schon längst zur ARGE Alpen-Adria. Wir freuen uns auf all das, wenn es sich in Ungarn so weiterentwickelt wie bisher, und es ist vorstellbar, daß es bald niemanden mehr geben wird, der sagt: „Sollen wir nicht vielleicht doch die Strecke Wien–Sankt Pölten–Linz besser ausbauen?“ sondern der wirklich dann erkennt, wie notwendig neben dem Semmering-Basistunnel natürlich auch der Ausbau dieser heute schon oftmals erwähnten Ostspange ist, der Weiterbau der Koralpenbahn.

Meine Damen und Herren, Förderungen können auch indirekter Natur sein. Denken wir bitte alle daran – und vielleicht auch der Herr Kollege Freitag –, was allein in die Schulen investiert wurde und was hier im Wege der Umwegrentabilität den Menschen dort zugeflossen ist, den Leuten, die dort gearbeitet haben. Denken wir daran, was eigentlich mit der Errichtung eines modernen Krankenhauses in unserer Bezirksstadt Deutschlandsberg passiert ist, wie viele Straßen gebaut wurden, wieviel verbessert wurde, wie viele Wohnungen errichtet wurden.

Nur, meine Damen und Herren, mit einer Negativbilanz in die Zeitung zu gehen – und es wundert mich,

Kollege Mag. Rader, daß du dich für solche Dinge hergibst. Ich hätte mir erwartet, daß du geschickter an die Dinge herangehst. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 17.52 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (17.52 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst zur Einbringung, zum Modus procedendi: Herr Präsident, wir haben durchaus Verständnis, daß die Geschäftsordnung einzuhalten ist, und wir bekennen uns zu dieser. Ich möchte aber doch festhalten dürfen, daß das nicht die erste dringliche Anfrage ist, die hier eingebracht wurde und die in dieser Form gehandhabt wurde, daß wir feststellen mußten, daß dann halt zwei abgehandelt wurden, und wir erkennen dabei eine gewisse politische Absicht. Ich möchte weiter gar nicht werten.

Und ich möchte noch eine Feststellung, eine sehr konservative, treffen. Es ist in sehr ferner Zeit einmal der Ausspruch getätigt worden: „Ja, dürfen s' das denn überhaupt?“ weil ja hier zwei Fraktionen den Versuch unternommen haben, gegen die Mehrheitsfraktion eine dringliche Anfrage einzubringen. Wie ich meine, in einer Demokratie ein durchaus üblicher Vorgang, der von jeder Gruppierung hier in (Abg. Dr. Maitz: „Die Frau Landesrat hat sich darüber gefreut!“) – Ja, habe ich zur Kenntnis genommen. – diesem Hohen Haus gerne und freudig zur Kenntnis genommen werden sollte, und es braucht überhaupt kein Unterton dabeizusein, weil wir glauben, daß das auch zu den demokratischen Spielregeln gehört. (Abg. Dr. Dorfer: „Peinlich ist es euch schon!“)

Nun aber eingehend auf das Thema selber: Es ist zwar so, daß diese Erkenntnisse der österreichischen Raumordnung gar nichts Neues sind. Sie werden ja in regelmäßigen Abständen wiederholt, und sie zeigen in regelmäßigen Abständen das gleich, betrübliche Bild für die Steiermark. Es verstärkt sich nur von Zeit zu Zeit, insbesondere, wenn man einen Aspekt herausgreift. Nämlich jenen der Einkommenspolitik, wo wir wissen, meine Damen und Herren, daß wir tatsächlich die Laterne erhalten haben, daß wir das Schlußlicht innerhalb der Bundesländer in unserer Republik geworden sind. Das muß ja seine Wurzeln und seine Ursachen auch in der Wirtschaftspolitik des Landes und in der regionalen Situation und natürlich in jenen Regionen und Gebieten haben, wie das heute herausgestellt wurde. Aber das so mit einem Seitenhieb wegzubringen, daß man sich auf ein Wochenmagazin bezieht und diese Studie nicht anerkennen will, das zeigt doch irgendwo, daß man ein schlechtes Gewissen hat, daß man anerkennen und zugeben muß, daß hier zu Recht Kritik angebracht wird und zu Recht versucht wird, das tatsächlich in eine bessere Richtung zu führen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist bereits durch die Vorredner sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß nicht nur in diesen Regionen, sondern daß die Auswirkung davon so ist, daß im gesamten Land eine über sehr lange Zeiträume negative wirtschaftliche Entwicklung beim Bruttonationalprodukt der Steiermark festzustellen ist im Vergleich

zum Bundesdurchschnitt. Sie können zurückgehen, bis 1981 werden Sie immer feststellen, wir liegen immer ganz erheblich schlechter. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist die 17jährige Konservierungszeit!“) Lieber Karl Eichtinger, ich kenne alle diese Einwände von dir. Faktum ist es, daß es so ist, und das resultiert aus diesen Regionen ganz besonders. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Faktum ist, daß wir wissen, wer am Versagen schuld ist!“) Das muß man deutlich herausstellen. Sehr schlimm ist es in dem Zusammenhang, weil das natürlich Arbeitslose produziert. Und der Herr Präsident hat es ja meisterlich verstanden, darauf hinzuweisen, daß zum Beispiel in der Region Leibnitz und in anderen Regionen, Hartberg würde ich auch meinen, wo wir immer wieder im Sommer feststellen können bis in die Monate Oktober, November, haben wir keine so bedrängenden Arbeitsmarktprobleme, haben wir keine so überdurchschnittlichen Arbeitslosenwerte. Wir alle wissen ja, warum. Wir haben 60.000 Menschen, die auspendeln, und das schlägt sich natürlich in der Statistik nieder. Aber beginnend ab diesem Monat, Hohes Haus, meine Damen und Herren, wird sich diese Entwicklung wieder einstellen und werden wir feststellen müssen, daß sich tatsächlich keine nennenswerte Verbesserung auch bei einer hervorragenden konjunkturellen Situation eingestellt hat. (Abg. Kollmann: „Da hat man fast den Eindruck, das ist dein Wunsch!“) Überhaupt nicht, Kollege Kollmann. Überhaupt nicht! Nun, anerkennen wir, begrüßen wir und freuen wir uns darüber, daß 85 Milliarden eingesetzt wurden. Ich glaube, die Ziffer steht außer Streit, aber bitte wofür? In viele Bereiche für verlängerte Werkbänke, in Textilbereiche, in die Schuhindustrie, in Bereiche, wo wir wissen, wo Grenzbetriebe sind, in Bereiche, die längst wieder geschlossen haben. In Bereiche, wo wir Millionen verloren haben, in Bereiche, wo die Beschäftigung nur temporär vorhanden war über drei, vier Jahre, dann waren wir wieder dort, wo wir begonnen haben. Ich könnte Ihnen Beispiele anzählen, wo wir drei-, vier- fünfmal bei einem Betrieb die Förderung vornehmen haben müssen und keine besonderen Erfolge zu verzeichnen waren. (Abg. Kollmann: „Das mußt du der VEW erzählen!“) Natürlich gibt es auch die gegenteiligen Beispiele, aber die sind leider in der Minderheit. Die negativen schlagen hier durch, und das kann nicht die Lösung für diese Regionen sein. Daher meinen wir, daß das Einbringen der Dringlichen, das Aufmerksammachen darauf und die Aufforderung, daß da etwas Positives passiert, richtig gewesen ist.

Zum weiteren: Hier wird mit dem Bund verhandelt. Innovationsprämie durch den Bund. Durchaus einverstanden, wir sind sehr, sehr dafür. (Landesrat Klasnic: „Mit dem Bund!“)

Mit dem Bund! Habe ich gesagt! Nur, Frau Landesrat, wir würden auch bitten, ein Forschungs- und Entwicklungskonzept zu erstellen für diese Regionen. Ich weiß, es kommt eine Vorlage. Und wir würden uns auch im besonderen vorstellen und wir würden es sehr gerne sehen, daß hier die Einrichtung, die wir haben, das Joanneum, auch stärker innovativ tätig wird, stärker eingesetzt wird für diese Aktivitäten, mehr leistet, als bisher geleistet wurde, und da tatsächlich einiges an Positivem beigetragen werden könnte. Wir hoffen, daß das passieren wird.

Weil hier auch die Abwanderung angesprochen ist und die sich auch in dieser Studie niederschlägt. Es ist ja nicht verwunderlich, wenn wir festzustellen haben, daß wir nur ganz bestimmte Industriezweige in diesen Bereichen haben, wenn wir nur ganz bestimmte Strukturen überhaupt fördern können oder wenn nur bestimmte Strukturen vorhanden sind, dann ist eine gewisse höher qualifizierte Ausbildung gar nicht möglich. Was sollen junge Menschen dort tun? Sie werden abwandern, sie wandern ab in Zentralräume, hierher in die Landeshauptstadt, nach Wien und in andere Gebiete, wo sie bessere Ausbildungsmöglichkeiten finden, wo sie bessere Chancen haben für ihr Leben, und daher wird keine nennenswerte Verbesserung eintreten, wenn wir nicht schrittweise Lösungen suchen, die tatsächlich von Dauer sind und die auch diesen Mangel beheben. Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dazu gehört: Ein Schwerpunkt müßte eine wirklich qualifizierte Ausbildungsmöglichkeit im High-Tech-Bereich sein. Hier glauben wir, daß viel zu wenig passiert ist und das Land die Verpflichtung hat, einiges zu tun. (Abg. Kollmann: „Du nimmst die Tatsache nicht zur Kenntnis!“)

Wir geben zu, wie es auch der Herr Präsident Ing. Stoisser dargestellt hat, daß im Bereich der Nahversorgung, im Dienstleistungsbereich sehr viel passiert ist. Aber wir wissen umgekehrt, daß diese Form der Förderung in allen Regionen, übrigens auch in der Landeshauptstadt Graz, eine sehr zweischneidige sein kann, nämlich die Konzentration in diesen Großmärkten, die übrigens in weiten Bereichen der Welt bereits wieder einen Niedergang finden, als überholt erscheinen, führt auch dazu, daß in Dörfern und in Märkten viele derartige Kleinunternehmer zugrunde gegangen sind oder heute nur mehr am Rande der Existenz vegetieren und dort keine Beschäftigungsmöglichkeiten auf Dauer mehr gesehen werden können und zudem volkswirtschaftliche Belastungen und Schäden eintreten. Wir glauben, daß hier einiges passieren sollte. Was ich überhaupt nicht verstehen kann, daß kein einziger Redner von Ihnen, von der österreichischen Volkspartei, meine Damen und Herren, nur mit einem Wort darauf verwiesen hat – ich weiß schon, was der Grund vielleicht sein könnte –, daß wir hier einen Strukturwandel gerade in diesen Bereichen erleben, der fast so schmerzlich ist wie im Bereich der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, nämlich in der Milchwirtschaft. Im genossenschaftlichen Bereich, wo wir die Feststellung zu treffen haben, daß dort durch eine Neustrukturierung der Wirtschaft Hunderte von Arbeitsplätzen, von qualifizierten Arbeitsplätzen, auf Dauer verlorengehen, unwiederbringlich verloren sind, nichts dafür entstehen wird und die Menschen dort auch unter Umständen die Arbeitsplätze unter Bedingungen verlieren, womit sie in keiner Weise einverstanden sein können. Ich möchte es wirklich nicht polemisch und nicht zynisch sagen, ich möchte es nur anmerken (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Siehe Mürtzschlag!“), das sind zu 95 Prozent Ihre Parteigänger. Schauen Sie doch, daß für diese Menschen etwas Positives passiert und daß hier Strukturen geschaffen werden, Umsetzungsmöglichkeiten auch für diese Menschen vorhanden sind, die man akzeptieren kann. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „So wie wir für euch!“) Ich glaube nämlich, Frau Landesrat, daß Landesausstellungen, auch wenn sie x-mal stattfinden, vielleicht

temporär einen Nutzen haben könnten, aber auf Dauer sicher nicht und in keiner Region bleibende positive Effekte gehabt haben oder so starke Nachteile, wie wir sie haben, kompensieren können. Ich bin dafür, daß wir Lehrlingsausbildungen und ähnliche Ausbildungsmethoden noch und noch fördern und verbreitern, wenn wir Chancen und Möglichkeiten haben, diese Menschen auch dann in vergleichbaren Bereichen und in zumutbaren Entfernungen vermitteln zu können. Aber ich sehe das in vielen Bereichen nicht. Die Gewerbeparks sind sicher eine gute Lösung, aber sie reichen nicht aus. Sie reichen nicht aus, um in diesen Räumen genügend an Beschäftigung, genügend an wirtschaftlichen Impulsen zu schaffen (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir warten in Mürrzuschlag auf die Landesausstellung – alle. Die Sozialisten genauso!“), damit wir davon ausgehen dürfen und können, daß wir tatsächlich zu optimalen Lösungen kommen.

Noch einige Anmerkungen: Frau Landesrat, ich hätte mir vorgestellt, daß Sie bei Ihrer Darstellung, oder vielleicht tun Sie es in den Schlußworten, doch auch darauf verweisen, weil es für diese Räume von zentraler Bedeutung ist, wenn ich das Thema „Integration EG“ anschneide. Was wird denn dort passieren? Man sollte ja, wenn Sie Untersuchungen anstellen lassen und wenn diese auch von uns unterstützt werden, man sollte wissen, wie wird denn das Szenario sein, wenn man einen Zeitraum 1992 bis 1995 nimmt. Und wie wird sich denn das in diesen Räumen auswirken? Was wird denn dort passieren, und was müssen wir an Vorkehrungen treffen, daß nicht noch schlimmere Entwicklungen eintreten? Wie sollten wir vorsorgen, daß wir dann tatsächlich sagen können, wir haben die Chancen, wir haben die Möglichkeiten der Menschen dort gewahrt? Ich glaube, daß das notwendig ist.

Das nächste: Wir haben da oder dort gute Unternehmungen, darauf ist verwiesen worden, das ist dargestellt worden. Aber wir werden nicht umhinkönnen, hier Kooperationsbestrebungen zu unternehmen. Auch hier glauben wir, daß zuwenig Ansätze oder gar keine vorhanden sind, oder Sie werden es in der Anfragebeantwortung dann berichten, und wir werden sehen, ob wir damit tatsächlich einverstanden sein können. Und von allen ist übereinstimmend eines festgehalten worden, wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur insbesondere unter den Aspekten der neuen Entwicklung, die sich in diesen Räumen abzeichnet, weil wir glauben, daß wir sehr wohl auf Grund der geänderten Verhältnisse in unseren Nachbarstaaten Chancen, Möglichkeiten haben, wenn wir Strukturen aufbauen, die tatsächlich hier Mittler sein können, Industrieansiedlungen ermöglichen, Geschäfte ermöglichen, Joint ventures bringen und uns die Chance bringen, zusätzlich Beschäftigung in diese Regionen hineinzulegen. Ich glaube, daß das machbar ist und daß man da vieles tun könnte.

Ich kann nicht umhin, mich einer Frage anzuschließen, weil sonst vergißt man so leicht und beim Budget geht es unter. Frau Landesrat, ich war letztesmal sehr beeindruckt, und ich habe fast den Eindruck gehabt, daß Sie zum Herrn Krobáth sehr kritisch eingestellt sind. Ich war der Meinung, Sie werden in relativ kurzer Zeit berichten, was denn dieser Mann jetzt letztendlich doch für uns und für das viele Geld geleistet hat. Bis

heute konnte ich noch immer nichts in Erfahrung bringen. Ich hoffe, daß wir da sehr bald neue und bessere Erkenntnisse gewinnen werden, als wir sie bisher gehabt haben.

Zum Schluß eine Anmerkung nochmals zum Präsidenten der Handelskammer Ing. Stoisser. Ausländerbeschäftigung liberalisieren – durchaus ein Erfordernis der Zeit. Wir wissen, unter welchem Druck wir und andere westeuropäische Staaten stehen, wir wissen auch, Herr Präsident, welche Schwierigkeiten wir mit Grenzgängern hatten, gerade in diesen Räumen, auch in Ihrer Stadt, und wir müssen uns hier sehr vorsichtig bewegen, weil gerade in diesen Regionen dadurch vielen die Arbeit, die noch vorhanden ist, genommen werden könnte. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist nicht wahr!“) Ich weiß schon, Sie sagen, Sie nehmen nur die, die sonst eh nicht am Markt sind – aber so ist es nicht. Ich möchte zumindest als Arbeitnehmervertreter eingewendet haben in dem Sinn, daß man auch diese Überlegungen mitanstellt, weil wir sie den Menschen schuldig sind, weil wir die Verantwortung für jene haben, die dann allenfalls die Arbeit verlieren könnten. Diese Anmerkung möchte ich zum Schluß noch machen. Ich hoffe daher, daß diese Dringliche dazu beitragen wird, daß wir tatsächlich zum ersten Mal Akzente setzen, die eine Besserung erwarten lassen. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.06 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich zu den einleitenden Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Rainer folgendes feststellen:

Die Tagesordnung und die Abwicklung der Geschäftsordnung werden in der Präsidialkonferenz festgelegt. Wenn es dort Zweifel gibt, dann versucht der Präsident, einen Konsens zu finden. Er hat auch in dieser Frage einen Vorschlag gemacht, der dann von den beteiligten Mitgliedern der Präsidialkonferenz zur Kenntnis genommen wurde. So wird verfahren – jetzt und in Zukunft.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kollmann.

Abg. Kollmann (18.07 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Es wurde heute schon mehrfach betont, daß es interessant und immer gut ist, wenn Wirtschaftsprobleme unseres Landes diskutiert werden. In welcher Form man das allerdings macht, da scheinen sich die Geister zu scheiden.

Kollege Rainer, ich bedaure sehr, aber es gelingt dir einfach nicht, vom Bild der roten Laterne wegzukommen. Du siehst keinen Aufschwung, du siehst nur Negatives, du machst nur mies, alles ist schlecht, und du verlangst neue Konzepte, malst düstere Bilder – das ganze Land ist schlecht (Abg. Günther Ofner: „Man kann nichts Positives sehen, wenn es negativ ist!“) –, und, lieber Kollege Rainer, du verlangst eine bessere Ausbildung im Hochtechnologiebereich. Es gibt immer etwas Besseres, das dem Guten folgen kann oder das Gute verbessern kann, aber bitte schön, wer hat denn die Elektronik-Colleges eingeführt? Das Land Steiermark. Wer hat, bitte, im Zusammenwirken mit

dem WIFI, der Handelskammer den Technologiepark in Graz, in Niklasdorf mit dem WIFI-Schulungszentrum geschaffen? Und wer, bitte, um dich einmal bei deiner eigenen Ehre zu packen, hat denn die Werkschule Donawitz gekauft, um als Berufsförderungsinstitut dort Hochtechnologie zu betreiben? Verflüxt noch einmal, das darf man doch nicht vergessen! Bitte schön, meine Damen und Herren, so schaut es aus! Da werden die Konzepte verlangt, und wir gestalten, und das seit Jahrzehnten! (Abg. Trampusch: „Ist nicht Gegenstand des Antrages. Wir reden von der Südsteiermark!“) Die Ergebnisse sehen so aus, daß von den bisherigen Absolventen der Elektronik-Colleges in Leoben sämtliche untergekommen sind (Abg. Trampusch: „Wir reden die ganze Zeit von der Südsteiermark!“), hochbezahlt sind, aber nur leider nicht alle in der Steiermark geblieben sind, weil die Miesmacher die Steiermark letztlich auch als Arbeitsplatzland mies machen. (Abg. Trampusch: „Kollege Rader, sage ihm, daß wir von der Südsteiermark reden!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, der Herr Kollege Mag. Rader hat von einem erhebenden Augenblick und von einem historischen Ereignis gesprochen, und er hat von großer Sorge gesprochen. Aber die größte Sorge Raders war offenbar die Frage, würde es ihm gelingen, endlich mit Unterstützung einer in Umorganisation befindlichen SPÖ eine sogenannte vereinigte Opposition zustande zu bringen. In der Tat – ich gratuliere –, es scheint dir gelungen zu sein.

Aber wie ist man an diese Fragen herangegangen? Im großen und ganzen würde ich sagen, daß man von einer gesamtsteirischen Wirtschaftsdebatte abgegangen ist, die ja geplant war – wie du mir erzählt hast –, und man hat sich dann auf einen Grenzlandbereich zurückgezogen, weil dir die Sozialisten, wie du mir erzählt hast, eine dieser Anfragen, die du gewollt hast, nicht unterschrieben haben. Aber, bitte schön, das ist dein Problem. Du siehst daraus, Kollege Mag. Rader, daß es gar nicht so leicht ist (Abg. Mag. Rader: „Noch dazu, wo es dein wundester Punkt ist!“), eine Opposition zusammenzubringen, noch dazu, wenn diese Opposition letztlich für vieles von dem, was geschehen ist, über unsere Anregung und unter Führung unseres Landeshauptmannes und der Wirtschaftsreferenten des Landes Steiermark – von Peltzmann bis Klasnic – mitverantwortlich ist und diese Verantwortung auch, wenn sich 's um gute Dinge in ihrem Sinne handelt, immer mitträgt. Herr Kollege Mag. Rader, du hast eben so formulieren müssen, wie es in einer vereinigten Opposition nur möglich ist, und das war im großen und ganzen patzweich. Trotzdem finde ich da einige Punkte enthalten, die die gesamte Steiermark betreffen. Und zwar die Frage, welche Maßnahmen die Frau Landesrat setzen wird, um die von der Österreichischen Raumordnungskonferenz prognostizierte düstere wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark zum „Altenheim“ Österreichs in den Griff zu bekommen. Meine Damen und Herren, die Raumordnungskonferenz ist für vieles zuständig, aber nicht für Wirtschaftsprognosen. Das muß man nun einmal zur Kenntnis nehmen, denn dafür bitte ist das Wirtschaftsforschungsinstitut zuständig, und die Raumordnungskonferenz würde ich da nicht unbedingt als Gradmesser für künftige wirtschaftliche Prosperität oder Niedergang der Steiermark nehmen.

Und die zweite Frage, die ich vor allem auch gesamtsteirisch sehe, ist, bis wann mit dem Abschluß eines Staatsvertrages mit dem Bund zu rechnen ist – und jetzt kommt das Entscheidende –, „der die Wirtschafts- und Strukturförderung des Landes langfristig auf ordentliche Beine stellt“. Ja, Herr Kollege Mag. Rader, hast du die Wirtschaftsgesetze verschlafen? Oder, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die diese Anfrage mit unterschrieben haben? Das Mittelstandsförderungsgesetz haben wir seit 13 Jahren mit dem Industrieförderungsgesetz, und wir haben – glaube ich – eine Wirtschaftsförderung, die sich wirklich sehen lassen kann, denn sie ist Österreichspitze, von allen Stellen anerkannt, nur offenbar nicht von den Herrschaften, die da ihr politisches Spiel mit soch einer Anfrage betreiben wollen.

Nun, trotzdem ein paar Sätze zur Obersteiermark, weil ich mich eben dort am besten auskenne und weil ich glaube, daß die Debatte – und der Kollege Rainer hat das auch in diese Richtung gebracht – doch die gesamte Steiermark umfassen sollte. Wir haben 10.000 Arbeitsplätze in der Industrie in zehn Jahren verloren, und wir haben im vergangenen Jahr noch immer 600 Arbeitsplätze im Bergbau Eisenerz und in Donawitz verloren, aber wir haben in der private Industrie und in der privaten mittelständischen und kleinen Wirtschaft im selben Zeitraum im vorigen Jahr 300 Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben also nur noch ein Manko von 300 im Jahr gehabt. Das ist immer noch zu viel, aber es beginnt sich aufzuhellen. (Abg. Rainer: „Darf ich dich mit Niederösterreich konfrontieren?“)

Und, meine Herrschaften, die Entwicklung in unserem Bereich der Obersteiermark ist so beachtlich, daß in den letzten zehn Jahren – und ich bitte, sich diese Zahl zu merken – die Zahl der Handelskammer angehörigen Unternehmungen – und um diese geht es im wesentlichen – in den sieben obersteirischen Bezirken insgesamt um 815 zugenommen hat. Also ein Zuwachs um 815 Unternehmungen in der Obersteiermark innerhalb von zehn Jahren. Allein im Jahr 1988, vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1988, hat es 200 neue Betriebe in der Obersteiermark gegeben. Und bitte, diese 200 neuen Betriebe beschäftigen auch Mitarbeiter. Das muß man bitte auch zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht unsere eigenen Leistungen schlechtmachen. Das gehört sich nicht, weil wir diese Leistungen herzeigen können und weil wir stolz sein müssen auf diese Leistungen! Und der Pessimismus früherer Jahre hat wirklich zu Recht einem realistischen Optimismus zu weichen. Das Jammern löst keine Strukturprobleme. Es ist Entschlossenheit gefragt, Tatkraft, Leistungswille und Mut zum unternehmerischen Risiko. Ich verstehe sehr gut, daß der Kollege Mag. Rader sich ein Podest bauen möchte, von dem aus er die Wirtschaftsförderung des Landes kritisieren und der Steiermark den Beinamen „Altenheim“ geben kann. Das ist mir verständlich. Daß ihm dabei aber die sozialistische Fraktion ein willfähriger Helfer ist und Klubobmann Trampusch noch als schlechter Assistent. Ihre Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren von der sozialistischen vereinigten Opposition, haben seit Jahrzehnten im guten und im bösen die Wirtschaftspolitik unseres Landes mitgetragen oder zumindest goutiert. Und Sie waren vom Bund aus als Alleinregierung und als kleine Koalition durch

20 Jahre für die Wirtschaftspolitik, die von Bundesseite auf unser Land ausgestrahlt hat, verantwortlich. Bitte, sondern Sie sich von der ganzen Geschichte nicht so einfach ab. (Abg. Trampusch: „Das glaubst du selber nicht!“) Ich persönlich wehre mich als Steirer und wehre mich auch als Unternehmer, der sich nicht nur für sich und seine Familie, sondern auch für seine Mitarbeiter und deren Familien verantwortlich fühlt, gegen eine ständige Verunglimpfung der Leistungsfähigkeit und des Leistungswillen der steirischen Wirtschaft. Es geht nicht alles immer mit Förderung. Vieles, sehr vieles kommt aus dem Leistungswillen der Wirtschaft allein.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen nunmehr ganz kurz, um die Aussagen des Kollegen Rainer und eigentlich fast aller vereinigten Oppositionsredner von heute abend Lügen zu strafen, etwas erzählen. Es hat ein Konjunkturgespräch des Wirtschaftsforschungsinstitutes am 28. Juni 1989 in Graz gegeben. Ich könnte Ihnen stundenlang aus den Ergebnissen dieser Gespräche vorlesen, aus den Mitteilungen vom Wirtschaftsforschungschef Kramer und seinen Mitarbeitern Dozent Palme und Dr. Jeglitsch. „Kleine Zeitung“ vom 29. Juni 1989: „Steiermark hat wieder Anschluß gefunden. Nach mehr als zehn Jahren hat die Steiermark in der jetzigen guten Konjunktur wieder Anschluß an die Wirtschaftsdynamik, nicht nur des übrigen Österreichs, sondern auch ganz Europas gefunden.“ Die „Steirische“: „Geschafft, steirische Wirtschaft fährt auf dem Konjunkturzug mit.“ Die „Steirerkrone“: „Positives aus der Wirtschaft. Erfolgsbilanz für die steirische Wirtschaft. Unser Bundesland konnte jetzt endlich an das gesamtösterreichische Wirtschaftswachstum anschließen und sogar andere Bundesländer wie Wien oder Burgenland überholen.“ Der „Kurier“: „Wirtschaftsforscher machen Steirern Hoffnung. Konjunkturbarometer zeigt kräftiges Hoch.“ Die „Neue Zeit“: „Wirtschaftsforschungsinstitut, Steiermark holt auf.“ Der „Standard“: „Steiermark nicht mehr Schlußlicht. Stärkster Wachstumsschub seit 1980.“ (Abg. Trampusch: „Was berichtet die ‚Tagespost‘ dazu!“)

Meine Damen und Herren! Optimismus ist eine wichtige Triebfeder der Wirtschaft. Ich brauche diesen Berichten nichts mehr hinzuzufügen. Nur wer diesen gesunden Optimismus nicht teilt, sondern weiterhin Mißtrauen sät, Miesmacherei betreibt, der wird nichts gewinnen. (Abg. Rainer: „Wir werden dich sehr oft erinnern!“) Nicht die Zukunft und auch nicht die nächsten Wahlen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.20 Uhr.)

Präsident: Es sind noch acht Wortmeldungen vorgemerkt. Der nächste am Wort ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer.

Abg. Kohlhammer (18.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn wir wollen, daß die Menschen aus dem Grenzraum nicht abwandern, dann müssen wir Einfluß darauf nehmen, daß die Kinder dort aufwachsen und lernen können, daß sie daheim Arbeit finden und dafür zumindest durchschnittlich gut entlohnt werden. Und schließlich müssen wir Sorge dafür tragen, daß sie daheim sozial versorgt werden. Meine Damen und Herren! Ich habe hier schon nehrfach als Abgeordneter

des Bezirkes Deutschlandsberg feststellen müssen, daß trotz aller Förderungsmaßnahmen seitens des Bundes und des Landes, zu denen wir uns bekennen und wo wir mitgewirkt haben, auf die wir stolz sind, trotz dieser Maßnahmen der Abstand zwischen dieser Problemregion zu den anderen Regionen in Österreich, die uns als Vorbild dienen sollen und müssen, nicht verringert werden konnte. Meine Damen und Herren, wenn der Herr Landeshauptmann persönlich anlässlich der Messeeröffnung in Deutschlandsberg ermahnte, keinesfalls in Schwarz zu malen, sondern vielmehr die Leistungen anzuerkennen und in Optimismus zu machen, und Sie alle seitens der ÖVP das hier heute genauso empfohlen haben und reklamiert haben, so stimme ich dem gerne zu, wenn dieser Optimismus eine solide Grundlage hat und damit berechtigt ist. Alle statistischen Werte sowie die tatsächlichen Sorgen und Probleme vieler Menschen im Grenzraum sprechen leider eine ganz andere Sprache. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, wo Sie, wo auch der Kollege Purr – den ich leider nicht sehe, wohl, da ist er – dieses Maß an Selbstzufriedenheit hernehmen. Mir ist das unbegreiflich. Ich würde meinen, wenn dieses Maß an Selbstzufriedenheit erreicht ist, dann sollte man darüber nachdenken, ob nicht neue Impulse, neue Kräfte hier kommen sollten, die wieder neu versuchen, Engagement zu entwickeln, die tatsächlichen Umstände zu verbessern. Zu mir jedenfalls kommen die Leute in die Sprechstunde und wollen einen Arbeitsplatz, weil ihnen die Pendlerentfernung, nicht die Entfernung, aber die Umstände, nach Graz zu pendeln aus der Region Eibiswald, unzumutbar sind. Und zu mir kommen sie und erzählen, daß sie 40 Schilling in der Stunde verdienen und sind nicht damit zufrieden. Und wenn sie kommen, dann strahlen und lachen sie nicht bei der Tür herein, sondern dann ist ihnen das Weinen näher als das Lachen. Meine Damen und Herren! Für die fühle ich mich verantwortlich, und wenn ich mich herstelle und dafür eintrete, daß sich etwas ändert, dann will ich hier nicht schwarzmalen, sondern mein Engagement einbringen, daß sich die Umstände verbessern. Meine Damen und Herren, oder auch, wenn ich die mittelständische und kleine Wirtschaft im Bezirk Deutschlandsberg ansprechen darf. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie zufrieden ist mit dieser Kaufkraft, mit dieser begrenzten, wie es im Bezirk nun einmal ist. Und wenn wir hier von der Messe schon gesprochen haben, Kollege Präsident Ing. Stoisser, ich weiß nicht, ob die Aussteller, einschließlich Kollegen Purr, zufrieden waren (Abg. Purr: „Kaufkraft ist immer begrenzt!“) mit dem Ergebnis dort bei der Messe. Soviel ich mitbekommen habe von den Ausstellern, war der Besuch leider nicht so gut wie im Vorjahr. Vor allem waren die Geschäftsabschlüsse nicht so gut wie im Vorjahr. (Abg. Purr: „Es ist nicht jedes Wirtschaftsjahr gleich gut!“) Wir leben momentan, Kollege Purr, in der Hochkonjunktur. Man müßte doch annehmen, daß, gerade wenn jetzt die Leute sich etwas leisten können – Du hast hier erzählt, wie die Beschäftigtenstände sich entwickelt haben. Aber du hast nicht erzählt, welche Kaufkraft sie hat die Person, der Arbeitnehmer. Und letztlich ist das einfach das maßgebliche Kriterium für eine wirtschaftliche Entfaltung. Weil du hier angesprochen hast, daß unsere Argumentation sich auf eine Zeitschrift bezieht. Ich darf dir anbieten, wenn es dich interessiert, ich habe

diese ÖROK-Studie, und man kann daraus erfahren, wie die zu diesen Aussagen und Werten gekommen sind. Egal, ob wir an der sechsten, siebenten oder neunten Stelle sind, wir sind jedenfalls Schlußlicht. Wir sind in einer Situation, die eigentlich besser werden sollte. (Abg. Kohlmann: „Du lebst in der Vergangenheit!“) Meine Damen und Herren! Ich möchte hier außerordentliche Anstrengungen für den Grenzraum reklamieren. Ich sehe das Engagement dafür nicht. Ich habe den Eindruck, daß das Land zu sehr verwaltet und zuwenig neu gestaltet wird. Meine Damen und Herren! Zuerst Smogalarm, dann Maßnahmen! Zuerst Abwanderungen, dann Förderungen. Zuerst warten auf Regelungen aus Wien, dann protestieren. Wir sollten einmal versuchen, das umzudrehen. Wir sollten Engagement entwickeln, Studien veranlassen. Ich bin dankbar, wenn ich heute höre und lese, daß die Frau Landesrat eine Studie für das Grenzland in Auftrag gegeben hat. Ich darf allerdings darauf verweisen, daß es eine gibt, die meines Erachtens nie tatsächlich umgesetzt wurde. Sie ist ungefähr zehn Jahre alt, und bei der nächsten Sitzung bringe ich sie gerne mit. Sie wurde auch vom Land in Auftrag gegeben, aber es scheitert leider sehr oft an der Umsetzung. Und hier gibt es leider noch so ein Beispiel: Ich habe dort eine Planungsunterlage für das Verkehrskonzept Region Graz liegen. Seit 1981 ist leider dazu so gut wie nichts passiert! Die Grundsatzbeschlüsse dazu, die in dieser Studie vom Land verlangt wurden, sind nicht gefaßt worden, und auch sonstige Vorschläge sind nicht umgesetzt worden. Ich will damit sagen: Es genügt nicht, sosehr die Studien und Unterlagen richtig sind, sich allein damit zufriedenzugeben, sondern wir müssen tatsächlich zur Umsetzung kommen.

Noch einmal zurück zur Frage Verkehrskonzept: Seit Jahren fordern wir ein gesamtsteirisches Verkehrskonzept. Seit Jahren bieten wir unsere Mitarbeit in einem Beirat an. Seit Jahren wird darauf nicht Rücksicht genommen und nicht darauf eingegangen. Wenn jetzt seit der Vorwoche zu einer Mitarbeit in einem Fachbeirat eingeladen wird, dann ist uns das politisch gesehen einfach zuwenig – ich sage Ihnen das ganz offen –, wenn das alles ist, wenn jetzt begonnen wird, ein Verkehrskonzept zu erarbeiten, das im Jahr 1990 vorgestellt werden soll.

Meine Damen und Herren, das sind alles Maßnahmen, die zwar in der Einleitung sinnvoll und richtig sein können, uns aber der Druck für die Umsetzung fehlt. Die Draken-Frage ist sicher ein schlechtes Beispiel für das Ergebnis, aber vom Engagement her würde ich mir doch wünschen, daß ähnliches einmal für die Verkehrserfordernisse in der Steiermark seitens der ÖVP oder von uns allgemein aufgebracht werden würde. Ich spreche damit dieses gesamtsteirische Verkehrskonzept an, aber natürlich auch diese häufig genannte Eisenbahnverbindung Graz-Klagenfurt. Nur, bitte, eine Anmeldung, ein Schreiben, ein Brief nach Wien, ist zuwenig. Hier sind ganz andere Erfordernisse notwendig, abgesehen davon, daß das Engagement dorthin zu wünschen übrigläßt. Und wenn Sie heute erzählt haben, daß es doch diverse Unterlagen und Gespräche vom Herrn Verkehrskoordinator gibt, so würde ich wirklich bitten, daß wir auch entsprechend informiert werden, weil dann machen wir uns vielleicht völlig unberechtigt Sorgen, daß Dinge nicht

rechtzeitig betrieben werden. Wenn ich im Verkehrsministerium beim Sektionschef hinterfrage, dann ist das Engagement seitens der Steiermark äußerst bescheiden. Das ist jedenfalls die Auskunft, die ich bekomme, Frau Landesrat. Und ich würde sehr gerne mitwirken, wir würden uns sehr gerne mitengagieren, die steirischen Interessen dort zu vertreten, wie das heute in den Schulfragen hier verlangt wurde. Nur, wir bekommen keine Einladung dazu, ganz im Gegenteil, hier scheinen wir in diesen verkehrspolitischen Fragen absichtlich ausgegrenzt zu sein, obwohl diese Verkehrsinfrastruktur ja eigentlich eine wirklich gemeinsame Frage sein müßte und wo das Zusammenarbeiten tatsächlich am Platz wäre. Ich verstehe nicht, warum das nicht passiert, ich darf das aber doch noch einmal ganz deutlich in den Raum stellen.

Frau Landesrat, Sie haben Einfluß darauf, ich lade Sie ein, unsere Einladung beziehungsweise unsere Bitte zu berücksichtigen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 18.29 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rupp.

Abg. Dr. Rupp (18.29 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Niemand ist hier im Raum böse, wenn eine Debatte abgehalten wird. Ich hoffe aber persönlich, daß eine ähnliche Debatte nicht im Kärntner Landtag und im Burgenländischen Landtag nur auf Grund eines Zeitungsartikels stattfindet, der mitten im Sommer gekommen ist. Wir haben heute gemeinsam die Angelobung eines neuen Abgeordneten erlebt. Sinngemäß hat dieser neue Abgeordnete sein Gelöbnis abgelegt: Treue zum Heimatland, Beachtung der Gesetze, aber auch im weiteren Sinn die beste Leistung für dieses Land. Wir stehen, wenn der Landtag heute seine Sitzung beendet, genau 75 Tage vor den neunziger Jahren, und ich wünsche jedem einzelnen von uns hier im Raum, daß er die Zeit hat – vielleicht einen Tag Zeit hat –, sich hinzusetzen und zu überlegen, in welcher Art und Weise er diese letzten zehn Jahre dieses Jahrhunderts erleben möchte und was er sich für die Bewältigung dieser nächsten zehn Jahre vor der Jahrtausendwende vornimmt.

Ich glaube, wir sind alle aufgerufen, hier gemeinsam die beste Leistung für das Land Steiermark zu erbringen. Wir sollten aber auch in erster Linie das positive Denken in den Vordergrund rücken, und das sollte das Ziel unserer Arbeit sein.

Wenn man diesen negativen Artikel eines Journalisten, der es sicher nicht gut mit uns meint, zitiert, dann haben wir das Recht, daraus die Daten zu zitieren – Präsident Ing. Stoisser hat das auch schon gesagt –, man kann natürlich auch das herauslesen, was man will, man kann sich aber auch darauf konzentrieren, daß eigentlich die südliche Hälfte Österreichs zitiert worden ist, nicht nur die Steiermark. Wenn unsere Arbeit in den Bezirken draußen als gewählte Volksvertreter so vonstatten geht, daß wir nur negativ reden, negativ formulieren, dann können wir nicht erwarten, daß die Steirerinnen und Steirer uns bei unserer Arbeit recht geben. (Abg. Günther Ofner: „Man soll auch nicht schönfärben!“) Schönfärben brauchen wir auch

nicht. Aber eines könnten wir machen: Es gibt nachgewiesene Methoden für eine Teamarbeit, und da gibt es einen Leitsatz. Der Leitsatz heißt zum Beispiel: Was du denkst, strahlst du aus, und was du ausstrahlst, kommt zurück. Und wenn man im Bezirk tagaus, tagein tätig ist und nur das Negative aufzeigt und Negativberichte von Zeitungen zitiert, kann man nicht erwarten, daß uns die Bevölkerung applaudiert.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, jeder von uns, der hier im Saal sitzt, war schon einmal im Ausland und ist irgendwann gefragt worden, wie seine Heimat aussieht. Es war sicher niemand daran interessiert, das Negative seiner Heimat aufzuzählen, sondern in erster Linie das Positive, und dann glaube ich auch, daß jeder daran interessiert war, die gemeinsamen Bemühungen in den Vordergrund zu rücken. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß man auch einen Journalisten, der Negativberichte speziell von der Steiermark schreibt, einlädt und ihm in einem Gespräch über diese Regionen, die er aufgezeigt hat, einige Informationen gibt und auch das Positive offeriert. Was könnte man zum Beispiel sagen?

Fremdenverkehr: Ich möchte nur diese angesprochenen Regionen erwähnen, nicht die ganze Steiermark.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Süd- und Oststeiermark, meine Damen und Herren, war in den letzten Jahren durchaus erfreulich. Wenn wir nur drei Zahlen hernehmen: Überdurchschnittliche Steigerungsraten hatten wir, gerade was den Fremdenverkehr betrifft, im Bezirk Leibnitz. Wenn man die Fremdenverkehrsjahre 1983/84 und jetzt 1987/88 vergleicht, haben wir dort eine Steigerung von Übernachtungen um 46,6 Prozent. Wenn man den gleichen Zeitraum im Bezirk Radkersburg betrachtet, so sind es dort plus 23,38 Prozent. Nehmen wir den Fürstenfelder Bezirk her: Dort sind es 92,73 Prozent. Durchaus eine positive Bilanz.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs 1988/89 – und das zeigen die Meinungsumfragen – ergibt eine Steigerungsrate gegenüber 1987/88 von etwa 5 Prozent. Die ost- und südsteirischen Bezirke werden davon voll mitpartizipieren.

Wir wissen, daß wir den Tagestourismus gefördert haben. Wir könnten darauf hinweisen, daß wir die Kurzentren im steirischen Thermenland ausgebaut haben. Wir haben Radkersburg ausgebaut, Waltersdorf, Loipersdorf. Wir haben uns gemeinsam für das Beherbergungsangebot rund um diese Zentren ausgesprochen und es verbessert.

Wir dürfen nicht vergessen, daß in der Zukunft andere Sportaktivitäten gefragt sind. Wir haben Golfanlagen in der Steiermark. Speziell wieder Ost- und Südsteiermark ist führend in diesem Bereich: Bad Gleichenberg, Loipersdorf, Deutschlandsberg. Eine große Anlage in Lebring-Sankt Margarethen steht kurz vor der Eröffnung.

Wir müssen zum Beispiel darauf hinweisen, daß wir im Tagestourismus positiv abschneiden. Wir haben für die Erlebnisstraße geworben. Wir können nachweisen, daß die südsteirische Weinstraße gut vermarktet wird. Die Schilcherstraße, die Apfelstraße, die Schlösserstraße sind positive Beispiele, die wir aufzählen könnten. Ich bin eigentlich sehr froh, wenn die Leute trotz unserer Jammerei noch immer sehr fröhlich sind bei

einem Weinfest und würde das durchaus nicht als negativ werten.

Wir fördern die gewerblichen Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe schon seit Jahren. Ich weise darauf hin, daß zwischen dem Land Steiermark und dem Bund mit Wirksamkeitsbeginn Anfang 1986 auf fünf Jahre ein Vertrag abgeschlossen wurde, der bewirkt, daß mit Ausnahme des Gerichtsbezirkes Wildon für die gesamte Ost- und Südsteiermark erhöhte Kreditkostenzuschüsse für Investitionen in Fremdenverkehrsbetrieben gewährt werden können. Auch das sind zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen. Wir müssen aber auch daran denken, daß wir in Zukunft auch daran teilnehmen, daß allgemein die Tourismusbranche eine wachsende ist. Wir könnten zum Beispiel Hauptgründe aufzählen, warum auch wir davon profitieren können. Wir können zum Beispiel die südeuropäischen Länder hernehmen und darauf hinweisen, daß es dort eine Verschlechterung der Umweltbedingungen gibt, daß sie an Attraktivität verloren haben. Wir können den Alpenraum in der Steiermark anbieten. Wir sind konkurrenzfähig. Wir können die geopolitische Lage Österreichs sehr hervorheben. Wir wissen, daß wir mit Sicherheit durch die Entwicklung im Osten Österreichs Erfolge haben, und so weiter. Wir weisen aber auch darauf hin, daß wir uns sehr bemüht haben. Niemand hat es heute – außer der Frau Landesrat – erwähnt, daß wir auch Landesausstellungen bewußt in diesen Regionen forciert haben. Nur eine Erinnerung: 1986 Herberstein, 1987 Riegersburg, 1988 im Krisengebiet Voitsberg, 1990 ist vorgesehen Weinkultur im Leibnitzer Bezirk. Was bedeutet das für uns auch wirtschaftlich? Es sind gerade in diesen Regionen beachtliche Impulse erfolgt, die sich in Zahlen ausdrücken. Es gibt Investitionen am Ausstellungsort. Es gibt Gestaltungs- und Organisationskosten. Nur um ein Beispiel zu nennen, für die künftige Ausstellung Gamlitz 9,6 Millionen für Investitionen am Ausstellungsort. Wenn wir das hernehmen und vielleicht die Gestaltungs- und Organisationskosten in Gamlitz mit 16 Millionen, die vorwiegend regionalen Firmen zugute kommen, dann nützt es uns etwas. Aber nicht nur uns in der Öffentlichkeit, sondern 200 teilzeitbeschäftigten Arbeitskräften. Es gebe eine große Liste, die eine optimale Zusammenarbeit zwischen Kultur, Fremdenverkehr und Wirtschaft aufzeigt. Meine Damen und Herren, ich stehe nicht an, auch zu erwähnen, daß wir gemeinsam, alle Fraktionen des Hauses und nicht eine Fraktion allein, Leistungen erbracht haben. Wir haben Entscheidungen getroffen, wir haben uns gemeinsam für Projekte entschieden, und ich kann zum Beispiel, was das Jugendbeschäftigungsprogramm der Steiermark betrifft, einige positive Bereiche herausnehmen. Zum Beispiel das Gewerbe-BORG Bad Radkersburg. Im Rahmen dieses Projektes werden Jugendliche zusätzlich zur Matura auf einen Lehrabschluß in einem Metall- oder Elektronikberuf vorbereitet. Derzeit gibt es dort 205 Schüler. Die ersten Absolventen werden bereits im Juni 1990 das Gewerbe-BORG verlassen. Ich weise zum Beispiel auf das Ausbildungszentrum Fürstenfeld hin, das ehemalige EUMIG-Areal. Dort gibt es die Lehrlingsausbildung für Pflichtschulabgänger, Facharbeiteraus- bildung. Es gibt das Elektronikcolleg in Leoben, es gibt das Colleg für Automatisierungstechnik in Graz. Was ist das Resümee dieser Bemühungen um das Jugend-

beschäftigungsprogramm? Im Rahmen dieser Aktivitäten werden derzeit 295 junge Steirerinnen und Steirer auf dem Hochtechnologiesektor mit besten Berufschancen auf einen Berufseinstieg vorbereitet. Unternehmerschule: Wir sind stolz darauf, daß dieses Projekt eine Antwort gibt auf die stets steigende Zahl, auch Tendenz von 25- bis 30jährigen, die selbständig werden wollen. Die WIFI-Unternehmerschule hat jährlich bereits über 500 Absolventen. Wir haben Jugendprogramme in Form einer Ausbildung zum Außenhandelskaufmann, Ausbildung zum Wirtschaftsinformatiker und so weiter. Das sind alles Dinge, die wir gemeinsam gemacht haben und als Leistungen verkaufen können. Ich glaube, daß man mit Stolz sagen kann, daß 120 Maturanten und Jungakademiker auf einen Berufseinstieg in die Wirtschaft gezielt vorbereitet werden. Wir freuen uns sicher, daß die von der steirischen Wirtschaft bei der Arbeitsmarktverwaltung gemeldeten offenen Stellen innerhalb des letzten Jahres um 72,8 Prozent gestiegen sind. Im September 1988 waren es 3579, absoluter Stand im September 1989: 6184! Das sind Zahlen, die uns stolz machen. Ich stehe auch nicht an, hier zu sagen, das ist ein Erfolg der weitblickenden Arbeit der Steiermärkischen Landesregierung, der gesamten Landesregierung. Es ist uns auch die gute Konjunktur der Steiermark zugute gekommen. Sie greift auch. Auch das ist eine positive Bilanz in der Wirtschaftspolitik. Ich fordere alle Damen und Herren des Hauses auf und in Anbetracht der Besetzung auf der Zuschauergalerie durch andere Parteiobmänner der Steiermark kann ich auch sagen, Teamarbeit soll uns nicht verboten sein. Teamarbeit soll uns auch zeigen, daß wir besser werden können, aber wir sollen es auf uns zukommen lassen und nicht nur den Auguren lauschen, die uns die Zahl 1991 oder sonstige Jahreszahlen hinsagen. Ich meine, daß wir uns zehn Jahre vor der Jahrtausendwende gemeinsam bemühen könnten, nicht nur das positive Klima zu schaffen, sondern auch danach zu leben und in diesem Haus eine positive Leistung für alle Steirerinnen und Steirer zu erbringen. (Beifall bei der ÖVP. – 18.41 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (18.42 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich einmal mit einem Dank beginne. Einem Dank an die SPÖ und an die FPÖ dafür, daß diese beiden Oppositionsparteien, von denen eine immerhin mit vier von neun Mitgliedern in der Landesregierung sitzt, das Thema Grenzland und Wirtschaftsförderung auf die Tagesordnung gebracht haben. Aber die politische Absicht des Kärntners Ludwig Rader, der unser Grenzland im Gegensatz zu mir, ich komme aus dem Grenzland, vermutlich erst in den späten Jahren seiner Jugend kennengelernt hat (Abg. Dr. Hirschmann: „Er kennt es heute noch nicht!“), was nicht heißt, daß er mit Grenze noch nie etwas zu tun gehabt hätte. Ganz im Gegenteil, er ist ein typischer Grenzgänger, und zwar ein innerparteilicher Grenzgänger, geht von vornherein diese dringliche Anfrage ganz sicher voll in die Hose. Denn niemand, meine Damen und Herren, der sich ernst mit den Problemen

beschäftigt, wird je daran zweifeln, daß die steirische Volkspartei seit mehr als 30 Jahren Schirmherr für unser lebendes Grenzland und seine initiative Bevölkerung ist. Ich möchte es noch einmal in aller Form in Erinnerung rufen. Niemand anderer, Kollege Mag. Rader, als Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer, der langjährige Landeshauptmann und Vater unseres jetzigen Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer, hat die Grenzlandförderung eingeführt und österreichweit ein vielbeachtetes Signal gesetzt, indem im steirischen Landesbudget 1958 erstmals Grenzlandförderungsmittel verankert wurden, als erstes Land in ganz Österreich. Meine Damen und Herren! Daß sich die steirische SPÖ, die diese aktive Grenzlandpolitik seinerzeit zumindest durch Kenntnisnahme mitgetragen hat, dafür hergibt, diese so wichtige Frage aus Propagandazwecken parteipolitisch zu mißbrauchen, um sich von einer Zweimannfraktion vor den Karren spannen zu lassen (Abg. Dr. Hirschmann: „Von der SPÖ ist nichts mehr vorhanden!“), allerdings nehme ich an, daß die SPÖ mittlerweile auch eine Zweimannfraktion geworden ist, denn es sind insgesamt noch drei Kollegen anwesend und beweist doch, wie orientierungslos diese Partei dahintreibt. Mit dieser dringlichen Anfrage, aus der sie in letzter Minute den vorgesehenen Angriff auf das KVA-Verfahren in Donawitz hastig entfernt haben, denn offensichtlich wußte die SPÖ gar nicht, daß die FPÖ mit ihrer Anfrage gegen die obersteirischen Industriearbeiter marschiert, zeigen diese Sozialistische Partei der Steiermark und auch die Freiheitlichen das wahre Gesicht. Nach dem Vorbild der rot-blauen Sinowatz-Steger-Koalition wollen Sie nun im Land die rot-blaue Schachner-Blazizek-Rader-Schmid-Koalition errichten. Na, Rader, ich kann mich erinnern, wie du den Steger lebhaft verteidigt hast. Du bist immer beim Parteiobmann, das sichert das Überleben – das gebe ich schon zu. Das sichert dir das Überleben! Jetzt bist du für den Schmid. Er sitzt auch in der ersten Reihe und kann es nicht erwarten, daß er dann dasitzt. Ebenso ist Schachner-Blazizek anwesend. Du bist immer für die, die gerade die Mehrheit haben.

Aber ich bin überzeugt, das sichert gewissen Personen das Überleben. Jedenfalls haben die FPÖ und SPÖ – du hast das ja heute auch ganz deutlich in den Medien schon gesagt. Ich möchte gar nicht wissen, was sich manche Freunde aus der Gewerkschaft gedacht haben, als sie heute deine Anordnungen gelesen haben, was das für die steirische Politik bedeutet, daß ihr gemeinsam diese dringliche Anfrage hier eingebracht habt. Wir nehmen das sehr, sehr gerne zur Kenntnis, weil Ihr damit selbst sagt, wohin Ihr wollt, und wir daher der steirischen Bevölkerung auch sagen können, wohin dieser Sinowatz-Steger- oder Schachner-Blazizek-Schmid-Weg führen würde. Es ist Ihnen offensichtlich – und es hat den Anschein – jedes Mittel recht, die Mehrheitsverhältnisse zu ändern. Ja, Sie genießen sich nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ und FPÖ, durch diese Anfrage nichts anderes zu tun, als das Land und seine Bevölkerung schlechtzumachen und einzelne Regionen einfach an den Pranger zu stellen. Aber verlassen Sie sich darauf: Das werden wir niemals zulassen!

Wir werden unbeirrt an unserer aktiven Regionalpolitik nach innen und nach außen festhalten und auch

den Bund, aus welchen Parteien sich Regierungen auch immer zusammensetzen, an seine Verantwortung gegenüber allen Ländern der Republik erinnern. In den Jahren der sozialistischen Alleinherrschaft in Österreich war es nämlich nur durch besondere Anstrengungen der steirischen Landesregierung möglich, die in Wien erfundenen Benachteiligungen für unser Grenzland auszugleichen. Denn, meine Damen und Herren von der SPÖ, wenn Sie heute hier diese dringliche Anfrage, was Ihnen – wie ich durch Zwischengespräche weiß – schon mehr als leid tut, mitgebracht haben, darf ich Sie fragen: Erinnern Sie sich noch an die Regierungserklärung von Bruno Kreisky vom April 1970? Er hat damals gesagt – und ich zitiere wörtlich –: „Die Demarkationslinie, die durch Europa geht, läuft zu einem Teil entlang der österreichischen Grenze, und es ist daher ein Gebot demokratischer Selbstbehauptung, dafür zu sorgen, daß sich entlang dieser Demarkationslinie auf österreichischer Seite ein breiter Gürtel des Wohlstandes und der Prosperität hinzieht.“ Ende des Zitates. Das hat er gesagt. Aber, meine Damen und Herren, was hat er getan? (Abg. Dr. Hirschmann: „Nichts, gar nichts!“) Nichts hat er getan! Kreisky und die SPÖ haben es zum Beispiel zugelassen, daß der damalige Bundesminister Dr. Haiden das gemeinsame Grenzlandsonderprogramm Bund – Land in besonders beschämender Weise blockierte. Während nämlich das Land die Förderung vereinbarungsgemäß ab 1982 verdoppelte, hat sich die Bundesregierung jahrelang geweigert und war erst 1985 nach massiven öffentlichen Protesten zur Aufstockung bereit. Das ist die wahre Gesinnung der Sozialisten. Keinen Groschen für das Grenzland, aber zur gleichen Zeit Milliarden und wieder Milliarden für Mammutprojekte, wie zum Beispiel das meist leerstehende Konferenzzentrum im Zentralraum Wien.

Und ich glaube daher, es stünde allen Parteien zumindest hier im eigenen Land gut an, anzuerkennen, daß die Steiermark große und österreichweit anerkannte Leistungen auch in finanzieller Hinsicht für unser Grenzland erbracht hat. In den letzten fünf Jahren wurden für das steirische Grenzland 7,4 Milliarden Schilling aus Landesmitteln bereitgestellt: für den Wohnbau, für den Landeshochbau, für den Landesstraßenbau ... (Abg. Mag. Rader: „Was hat es genutzt?“) Rader, ich hör' nur immer: „Was hat 's genutzt?“ Was es genutzt hat, daß ihr schon wieder einen neuen Parteiohmann habt, das mußt du selber wissen. Das ist scheinbar eure Formel, die ihr in den letzten Jahren erfunden habt: „Was hat 's genutzt? Was hat 's genutzt?“ Das müßt ihr unter euch selber ausmachen. Ich spreche ja hier vom Grenzland, und ich würde dich einladen, zur Kenntnis zu nehmen, daß mehr als 7 Milliarden für all diese Dinge und die Förderung der Wirtschaft und die damit zusammenhängende Arbeitsplatzsicherung bis hin zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und zu agrarischen Sondermaßnahmen eingesetzt wurden. Diese Dinge kann man doch nicht einfach hinwegreden, nur weil man glaubt, jetzt sozusagen auch von diesen beiden Parteien aus ein Thema zu erfinden, das für uns schon immer ein sehr ernstes und großes Anliegen gewesen ist. Und gerade vor einem Jahr, im Oktober 1988, war es wieder unser Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, der gemeinsam mit dem Landwirtschaftsminister zusätzlich neue Förderungsmaßnahmen in Form von Direkt-

zahlungen an Betriebe in extremen Grenzregionen präsentiert hat. 9000 Betriebe sind mittlerweile bereits in die Förderung einbezogen. Und Sie wissen doch auch ganz genau, meine Damen und Herren, daß diese Grenzlandpolitik dazu geführt hat, die Abwanderungstendenzen der vierziger, fünfziger und der frühen sechziger Jahre zu stoppen und daß wir jetzt gemäß den letzten Volkszählungen in den Grenzbezirken sogar einen Bevölkerungsanteil haben, der alles in allem in den letzten 20 Jahren durch Zuwachsraten gekennzeichnet ist.

Ich möchte noch eines sagen: Die im März 1987 von Professor Dr. Tichy veröffentlichte Studie „Entwicklungstendenzen und Strukturprobleme der steirischen Wirtschaft“ bescheinigt den Bezirken Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach und Fürstenfeld eine relativ günstige Entwicklung. Wichtigster Bestandteil dieser Entwicklung ist die hohe Gründungsrate neuer Industrieunternehmungen. Es wurden nämlich in neuen Betrieben wesentlich mehr Arbeitsplätze geschaffen, als durch Stilllegungen von Industriebetrieben verloren gingen. So konnten in den letzten Jahren immerhin annähernd 2000 neue Arbeitsplätze in 52 Projekten mit einem Volumen von 1,7 Milliarden Schilling gefördert werden.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, daher abschließend feststellen: Ich will nicht behaupten – und niemand tut das von uns –, daß wir im Grenzland oder in einer anderen Region gerade in bezug auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen keine Probleme hätten. Da werden wir uns auch in Zukunft ganz sicher besonders anstrengen müssen. Aber wir lassen weder die historischen noch die in der Gegenwart und für die Zukunft gesetzten Leistungen für unser schönes Grenzland und seine tüchtige Bevölkerung, die ganz genau weiß, daß sie in Landeshauptmann Dr. Josef Krainer einen Schirm- und Schutzherrn hat, miesmachen, und zwar von niemandem. Schon gar nicht von den freiheitlichen Populisten, aber auch nicht, meine Damen und Herren, von einer SPÖ, die sich offensichtlich nicht entscheiden kann, ob sie Oppositions- oder Regierungspartei sein will. Diese heutige Anfrage legt Ihr Innenleben, meine Damen und Herren von der SPÖ, doch ganz deutlich offen. Sie spielen Opposition, wollen aber in möglichst vielen Funktionen gleichzeitig sitzen und Einkommen sammeln. Ich bezweifle es, lieber Vollmann – ich weiß, du kommst vom Buffet zurück (Allgemeine Heiterkeit.); deine Gesichtsfarbe verrät mir, daß du nicht anwesend warst –, ob eine Partei, die in ihren Führungsgremien Gehaltsmultis vom Schlage der Schachners und Rechbergers sitzen hat, Anspruch erheben darf, in Anliegen wie dem heutigen, ernst genommen zu werden.

Ich darf Ihnen versichern, die Betroffenen tun dies schon lange nicht mehr. (Beifall bei der ÖVP. – 18.54 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (18.55 Uhr): Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

(Abg. Vollmann: „Seid froh, daß wir nicht über Riegler reden!“) Wir führen keine Abfertigungs-

debatte. (Abg. Dr. Hirschmann: „Du warst nicht anwesend!“) Laßt ihn in Ruhe! Laßt doch den Schützenhöfer in Ruhe, wir führen keine – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Vereinigte Opposition bitte beginnen!“ – Präsident Meyer: „Ich bitte, den Herrn Abgeordneten Mag. Rader reden zu lassen!“ – Abg. Trampusch: „Beleidigen kann man nur anwesende Majestäten!“) Meine verehrten Damen und Herren! Lassen Sie sich bitte von mir aus nicht stören. Ich schaue gern zu, wie Sie sich endlich zerfleischen. Es ist höchste Zeit geworden.

Zurück zu dieser dringlichen Anfrage, Herr Kollege Dr. Maitz. Sie werden schon im Protokoll nachlesen, weil Sie jetzt weggehen. Ich habe ja befürchtet, daß Sie diese dringliche Anfrage als Majestätsbeleidigung ansehen werden.

Daß es Sie aber, Herr Kollege Dr. Hirschmann, so trifft – pardon –, aber diese Majestät, die du meinst, ist meistens abwesend, wenn das Haus diskutiert, ist immer nur zu Beginn da. Aber daß es euch so trifft – (Mehrere unverständliche Zwischenrufe. – Präsident Meyer: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Rader!“)

Also, Frau Präsident, die Herren haben jetzt so viele interessante Dinge für das Protokoll produziert, daß man sie wirklich nicht hat stören sollen. Daß euch diese dringliche Anfrage so trifft, damit habe ich eigentlich nicht gerechnet, denn immerhin, Herr Kollege Dr. Eichinger, bis auf dich ist wirklich die Creme de la Creme der ÖVP-Redner hier an diesem Pult angetreten, bis auf dich. Zugegebenermaßen haben allerdings manche weit unter ihrem normalen Niveau agiert wie etwa der Kollege Schützenhöfer vor wenigen Minuten.

Du bist üblicherweise besser, aber bitte, du mußt dich erst wieder einspielen in diesem Herbst. Und was mich gewundert hat, ist, daß eigentlich die ganzen Wirtschaftsbosse angetreten sind, um uns zu erklären, daß hier endlich positives Denken einzutreten hat. (Abg. Dr. Hirschmann: „Reden Sie weiter!“) Wenn Sie reden, dann höre ich auf zwischendurch! Ich höre euch so gerne zu! (Abg. Dr. Hirschmann: „Reden Sie weiter, tun wir weiter!“) Was mich gewundert hat, ist eigentlich, daß alle Wirtschaftsbosse angetreten sind, um uns zu erzählen, daß hier positives Denken endlich in die Debatten eintreten soll. Meine Damen und Herren! Ich verstehe eigentlich nicht, wie Sie es schaffen wollen, den Leuten draußen einzureden, daß Kritik an Ihrer Politik gleichzusetzen ist mit Kritik an den Betrieben und an den Menschen im Grenzland. Das ist nicht so. Und wer diese Meinung vertritt und glaubt, nur weil man ihn kritisiert, kritisiert man den Menschen draußen, ist von einer Überheblichkeit besessen, die wirklich nicht mehr zu überbieten ist. Meine Damen und Herren, das sind ganz andere Dinge. Das sind wirklich ganz andere Dinge. Und wenn man kritisiert, daß die Ergebnisse eurer Politik, die ja nicht wegzudiskutieren sind – (Abg. Dr. Hirschmann: „Rede weiter!“) Kollege Dr. Hirschmann, auch mit Zwischenrufen nicht, wenn man die Ergebnisse eurer Politik kritisiert, die ja bei Gott um Himmels willen uns in der Steiermark in eine schlechte Situation gebracht hat, das hat sogar die Frau Landesrat fairerweise zugegeben, dann soll man sich nicht darauf berufen. (Abg. Kanduth: „Der Wähler entscheidet doch anders!“) Entschuldige, du kommst aus Liezen! Aber lieber Kollege! Du siehst das natürlich anders. (Abg. Kanduth: „Der Wähler entscheidet

anders. So kann man Politik nicht machen. Ihr habt eine wahnsinnige Freude daran, das eigene Bundesland hinunterzuputzen. Dagegen habe ich etwas!“) Das ist nicht unwahrscheinlich, sondern das ist Faktum. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das stimmt nicht!“) Nein, das ist Faktum! Wenn wir in der zweiten Hälfte 1988 von den zehn negativsten Regionen in Österreich mit fünf vertreten sind, mit fünf, und jedesmal mit der schlechtesten, dann kann es bitte schön positiv gemeinte Wirtschaftsgesetze gegeben haben. Da können Milliarden hineingeflossen sein. Selbstverständlich! Nur das Ergebnis hat nicht funktioniert. (Abg. Kanduth: „Das Land hat bei vielen Dingen mitfinanziert!“) Lieber Kollege Kanduth! Es hat nicht funktioniert. Das ist das nüchterne Ergebnis. (Abg. Kanduth: „Wo hat das Land nicht mitfinanziert? Bei der Autobahn haben wir vorfinanziert!“) Es hat nicht funktioniert! (Abg. Kanduth: „Aber was heißt, es hat nicht funktioniert? Wenn man auf der Autobahn hinauffahren kann, dann ist da unser Geld drinnen!“) Das ändert aber nichts daran, daß wir unten mit den schlechtesten Regionen vertreten sind. Es ändert ja nichts. (Abg. Kanduth: „Hört auf, das alles die ganze Zeit hinunterzuspielen!“) Gut, ist in Ordnung!

Und das, Herr Präsident, was ich jetzt sage, jetzt komme ich genau auf dich, hätte ich eigentlich bei der Einleitung und bei der Begründung der dringlichen Anfrage schon sagen können, habe aber gemeint, daß ich es nicht sagen muß, vor allem in diesem Kreis von wirklich an sich hervorragenden Wirtschaftsexperten. Präsident Ing. Stoisser ist ja dann darauf eingegangen. Diese Studie, um die es geht und die du ja auch zitiert hast, die muß man gar nicht bis ins Detail lesen, man kann sich zum Beispiel schenken wirklich diese Aufstellungen zu schauen und zu ignorieren und zu tun, es gäbe sie nicht, aber wenn man von dieser Studie nur die ersten zehn Zeilen liest, dann hast du diese Begründung, warum ich der Meinung bin, daß gerade jetzt, gerade zum jetzigen Zeitpunkt der Hochkonjunktur, man diese Dinge nicht beschönigen soll, nicht wegdiskutieren soll, nicht jubeln soll, sondern aufzeigen soll. Wir haben nämlich eine Hochkonjunktur, wie du besser weißt als ich, Herr Präsident, bereits in den siebziger Jahren gehabt. Und bereits im Vorwort zu dieser Studie sagt die Österreichische Raumordnungskonferenz folgendes: „In den siebziger Jahren änderten sich die gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in einer Periode anhaltenden Wirtschaftswachstums, so wie wir es jetzt wieder haben, damals.“ In einer Periode anhaltenden Wirtschaftswachstums, steigender öffentlicher Ressourcen und wachsender Gesamtnachfrage, so wie heute, Herr Kollege Ing. Stoisser, konnte man davon ausgehen, daß sich die Entwicklungsdynamik der Zentren auch auf die peripheren ländlichen Gebiete ausbreiten würde, in den siebziger Jahren. Da hat es genau dieselben Debatten gegeben wie heute und genau dieselben Rufe, es geht alles so gut, tut nichts schlechtmachen. Und was hat man dann festgestellt? „Mit der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und der damit zusammenhängenden Verknappung öffentlicher Mittel und so weiter zeigt sich, daß die regionalen Disparitäten nicht nur nicht abgebaut werden konnten, sondern in manchen Regionen sich sogar noch gesteigert haben.“ Was heißt das, Herr Kollege Ing. Stoisser? Das heißt, daß wir schon einmal eine Hochkonjunkturphase

gehabt haben so wie jetzt. Und daß ihr alle, die ihr Verantwortung getragen habt, es damals verabsäumt habt, die Chancen zu nützen, um diese Regionen wieder in die Höhe zu bringen. Im Gegenteil, es ist schlechter geworden. (Abg. Purr: „Das ist eine Zumutung. Du hättest das vor 15 Jahren sagen müssen!“) Lieber Kollege Purr! Ich bin dankbar für all die Hinweise, die begonnen haben anno Schnee, in denen ihr uns heute erzählt habt, daß ihr von Anfang an – (Abg. Purr: „Da hast du dich verschänzt im Magistrat, als dort aufgebaut worden ist!“) Setz dich nieder! Ich bin dankbar dafür, daß ihr uns aufgezeigt habt, daß von allem Anfang an hier die Verantwortung zum Teil auch mit der SPÖ – selbstverständlich – getragen habt und daß genau in dieser Phase – (Abg. Dr. Hirschmann: „Wenn jemand wie Sie eine Partei in den Konkurs zieht, soll er nicht Belehrungen erteilen!“) Herr Kollege Hirschmann, der siebziger Jahre – (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist eine Frechheit sondergleichen!“) Lieber Kollege Hirschmann, wir werden uns über dieses Thema noch ausreichend unterhalten, verehrter Herr Kollege! Hochverehrter Herr Kollege! (Abg. Dr. Hirschmann: „Einer, der eine Partei so niedergemacht hat wie Sie!“) Okay, wir werden uns über dieses Thema noch ausreichend – ich befürchte, auch öffentlich – unterhalten müssen, wenn Sie so wollen. Jedenfalls in den siebziger Jahren hat es einmal schon so eine Chance gegeben wie heute. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist absurdes Theater!“) Im Gegenteil! In den siebziger Jahren haben Sie das auch lächerlich gefunden bei genau derselben Situation, alles lächerlich, alles positiv, immer diese Schwarzmalereien. Und wissen Sie, was geschehen ist? Nichts ist geschehen. Die Chancen, das Grenzland nachzuziehen in der Steiermark, haben Sie nicht genutzt. Mit Ihrer Bundesregierung, mit Ihren Ministern, mit Ihrer Landesverantwortung haben Sie nicht die Chance genutzt, das Grenzland nachzuziehen, im Gegenteil, in manchen Bereichen ist es schlimmer geworden. Ich sage Ihnen, weil der Kollege Dr. Rupp völlig zu Recht daran erinnert hat, welchen Eid der Kollege Cortolezis heute abgelegt hat, nämlich an sich für das Land zu arbeiten. Jeder ist ein Schuft gegenüber dem Land, wenn er in dieser Phase, wo er diese Fehler von seiner Zeit gesehen hat, nicht warnend den Finger hebt und darauf hinweist und sagt, in dieser neuerlichen Phase der Hochkonjunktur haben wir diese Chance wieder zu nützen, nach vorne zu schauen und endlich den Fehler der siebziger Jahre nicht wieder zu begehen, nicht wieder zuzudecken und nicht wieder zu jubeln.

Meine verehrten Damen und Herren, ich habe gehört, daß Sie den Beschlußantrag, den wir in diesem Zusammenhang eingebracht haben – der übrigens das Vorausschauendste ist, das jemals in diesem Haus diskutiert worden ist. (Abg. Dr. Hirschmann: „Die Geisterstunde hat noch nicht angefangen. Das ist zum Lachen!“) Nein, Herr Kollege, Sie haben ihn nicht gelesen. Das verstehe ich natürlich schon.

Ich verstehe nämlich eines nicht: Herr Kollege Dr. Hirschmann, Sie pflegen immer zu sagen, daß die deutsche Sprache so unpräzise ist. Vielleicht haben wir uns wirklich unpräzise ausgedrückt. Was sagen wir denn in diesem Antrag auf Grund dieser Studie? (Abg. Dr. Hirschmann: „Ich konnte nichts entdecken!“) Daß die neue Chance dieses Nachziehens an sich ist, wenn

wir die Wirtschaftsförderungsstrategien wirklich regionalisieren – hinausgehen. Ich weiß schon, der Fehler daran ist, daß dann keiner mehr dastehen kann und sagen kann, „unser lieber Herr Landeshauptmann hat alles gemacht“ und „unsere liebe Frau Landesrat hat alles gemacht“, weil dann die Entscheidungen draußen in den Regionen fallen. Gut, mag sein. Ich habe aber nur nicht verstanden, warum gerade Sie als der oberste und lautstärkste Vertreter des Föderalismus sich jetzt plötzlich aufregen, wenn der Föderalismus einen Schritt weiter geht, nämlich der Föderalismus des Landes Steiermark in die Regionen hinunter. Ich befürchte schon manchmal, daß Föderalismus für Sie ist, wenn Josef Krainer befiehlt, was geschieht (Abg. Schützenhöfer: „Daß du das sagst, wo man sich in der Freiheitlichen Partei nicht einmal einen Brief zu schreiben getraut ohne Haider!“), und damit ist der Föderalismus beendet. Nein, wir gehen einen Schritt weiter. Wir gehen hinaus in die Regionen, wir übertragen den Regionen die Verantwortung für die Wirtschaftsförderungsentwicklung. Wir verlangen natürlich, was in manchen Bereichen, etwa im Zentrum von Graz, zum Teil schon geschieht, und zwar eine Verstärkung der Innovation, eine Verstärkung des Technologiebereiches.

Warum Sie da nicht mitgehen und das einzige, was Sie dagegen bringen, ein Beschlußantrag ist, worin Sie begrüßen, daß auch die Landesregierung ihre eigene Studie in Auftrag gegeben hat. Das hat ja der Kollege Ing. Stoisser so sehr entlarvend gesagt: Er glaubt eigentlich nur den Studien, die er so interpretieren kann, daß er nicht lügt. Manche gehen noch weiter und sagen, sie glauben nur den Studien, die sie selber in Auftrag gegeben haben, damit das herauskommt, was sie möchten. Aber was immer herauskommen mag, so viel anders wird es ja nicht sein als das. Daß das ihre einzige Chance ist, daß sie einmal ihre Studie gemacht haben und dann wieder irgendwo etwas diskutieren, anstatt daß wir jetzt wirklich drangehen, das ist mir offengestanden zu wenig. Und ich muß sagen, genau auf Grund dieser Vorgangsweise und genau auf Grund dieses Beschlußantrages, den Sie jetzt vorgelegt haben – der wirklich das Dünnsste vom Dünnen ist, was in diesem Haus an Wirtschaftspolitik, auch von Ihnen, jemals diskutiert worden ist –, bin ich froh, daß wir dieses Thema aktualisiert haben. (Beifall bei der FPÖ. – 19.08 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pörtl.

Abg. Pörtl (19.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nachdem einer der größten Oberlehrer und Wirtschaftsexperten, der in Wahrheit die Hochkonjunktur in der eigenen Partei auch verpaßt hat, jetzt gesprochen hat, vor allem, wenn man aus den Zeitungen hört, welche Rückstände und Probleme vorhanden sind, dann muß ich schon ganz kühl feststellen: Wenn das so einfach wäre, daß wir da ganz locker eine Debatte abführen, eine Resolution machen, einen Beschluß fassen und die ganzen Regionen leben pulsierend voll ohne irgendwelche Probleme, es hängt nur am demokratischen Willen der Mitglieder des Steiermärkischen Landtages. Reine, graue Theorie! Liebe Freunde, ich

komme aus einer solchen Region (Beifall bei der ÖVP.), aus dem Hartberger Land, das nach deiner Statistik sozusagen auch einer der letzten Waggone ist. (Abg. Trampusch: „Du wärst der erste Bauernkammerpräsident, der sagt, den Bauern geht es gut!“) Tu nur Zeit lassen.

Ich kenne mich bei dem Geschäft schon aus und brauche keine Belehrungen. Ich stelle nur ganz konkret fest: Wenn man regionalwirtschaftliche Belebung und Entwicklung machen will, dann muß man genau das Verkehrte machen, was heute das ganze Theater ist. Ich sag 's euch, da sind unsere Kollegen aller Parteien und aller Sozialpartner und Interessenvertretungen in den Regionen viel gescheiter, als da verkündet wird. Da wissen wir ganz genau, wie es geht. (Abg. Kohlhammer: „Du brauchst zuerst Probleme, bevor du Chancen entwickelst!“) Lieber Freund, meinen Slogan bringe ich wieder an: Aus Problemen Chancen entwickeln! Das ist ja das, weil heute neue Veranstaltungen mit positivem Denken laufen. Liebe Freunde, positives Handeln hat es auch in der Vergangenheit gegeben, und da lasse ich mich überhaupt nicht irritieren. Ich kenne das alles. Ich stelle nur fest, daß ihr eine große Freude habt, wenn irgendwo etwas Negatives ist. (Abg. Vollmann: „Da bist du im Irrtum!“) Das ist ein Faktum. Das könnt ihr nicht verdecken. Ich stelle nur fest und sage es ganz konkret mit Beispielen: Da wird also davon gesprochen, daß wir der letzte Waggon sind, daß wir die „Altenregion“ sind, und der Bezirk Hartberg ist der jüngste Bezirk von ganz Österreich. Ja, das ist statistisch auch die Wahrheit, liebe Freunde! Und wir kämpfen mit allen Mitteln, daß wir die Pendler zurückerobern beziehungsweise, daß es nicht mehr werden. Wie schwierig das ist! Es kann dir sogar passieren, daß du einen Lastwagen voll Tausender abladen kannst; wenn du keinen Unternehmer hast, kein Wirtschaftsklima hast, findet nichts statt. Die „kuffeln“ dort an dem Platz, und pulsierende Wirtschaft ist nicht vorhanden. So einfach ist ja der ganze Vorgang nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine wesentliche Aufgabe und Funktion hat in den Grenzregionen und im oststeirischen Flach- und Hügelland, und vor allem eine elementare Aufgabe die Land- und Forstwirtschaft. Vor allem – und dort sind wir jetzt – die naturgegebenen Voraussetzungen und Fakten im Grenzland. Die durchschnittliche Betriebsgröße 4,6 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche – ja, da kann ich allerhand Konzepte hinlegen, da muß ich beinhardt systematisch Programme entwickeln, dynamisch weiterarbeiten. Ich möchte jetzt nicht zu lang werden: Aber gäbe es ein südsteirisches Weinland, wenn wir nicht dynamisch mit unseren Bauern, mit der Kammer, mit dem Handel gemeinsam das „gepuscht“ hätten? Und alle sagen jetzt: Die steirische Weinkultur ist die Nummer eins (Beifall bei der ÖVP.) Der enge Kontakt mit der Bevölkerung, das oststeirische Flach- und Hügelland, Spezialitäten – frisch, saftig, steirisch –, Obstentwicklung. 70 Prozent der österreichischen Äpfel werden im oststeirischen Flach- und Hügelland gezeugt, gebaut, produziert – wie man es haben will, liebe Freunde. (Abg. Trampusch: „Das mit dem Zeugen mußt du genauer erklären!“) Das kann ich schon erzählen. Wir haben sogar die Baumschulen

in diesen Regionen, die damit automatisch Arbeitsplätze anbieten.

Meine Damen und Herren, nächster Bereich: Ich will da nicht zu lange werden (Abg. Vollmann: „Das, was du uns hier erzählst, haben wir in der Verstaatlichten hinter uns!“), ich muß das nur ganz konkret sagen, weil manche so tun, als hätten wir geschlafen, liebe Freunde. Im Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung haben wir einen Strukturwandel vollzogen, da können sich manche eine Scheibe herunterschneiden, und der wird weitergehen. Das wird schmerzlich sein, meine lieben Freunde, und wir wissen ganz genau, daß opponieren und regieren gang und gäbe ist. Da gibt es eine flotte Regierungsvereinbarung, wo direkt und indirekt drinnensteht, daß die Molkereistrukturenreform ein Faktum ist. Der Milchwirtschaftsfonds ist eine Einrichtung der Sozialpartnerschaft, und nachher schreibt die „Sozialistische Bauernzeitung“ hinein: „Kein Standort darf gefährdet werden!“ und, und, und, aber. In Wahrheit ist der andere Weg vernünftig, gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern und den Regionalverantwortlichen einen Weg für eine neue Verarbeitungsdynamik in diesen Regionen zu finden, wo vor allem auch der Rohstoff vorhanden ist und wo der Markt – (Abg. Trampusch: „Du hast gesagt, wir sollen nicht alles zur Kenntnis nehmen, was in Wien ausgeschnapst wird!“) Ja, mein lieber Freund, da bist du noch daheim gewesen als Bürgermeister und hast nicht gewußt, was deine Kollegen da gesagt haben. Auf dem Gebiet wissen wir alles relativ genau. (Abg. Schrittwieser: „Wir sind die einzigen, die die Molkereiarbeiter unterstützen!“) Tu dich da nicht aufregen!

Liebe Freunde, wir haben mit diesem Beispiel als selbständige Problemlöser unseren Beitrag geleistet, aber vor allem massiv im Rahmen der Initiativen, der Weiterbildungsmöglichkeiten, im schulischen Bereich, in der Förderung auch die Hilfe des Landes voll in Anspruch genommen, und die weitere Entwicklung läuft also, was die Alternativen betrifft, sehr gut.

Neue Entwicklungen, natürlich mit öffentlichen Förderungen. Und in Wahrheit auch eine neue Partnerschaft, und selbstverständlich ist auch für die Landwirtschaft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ganz entscheidend, weil 60, 70, bis zu 80 Prozent unserer Bauern in jenen Regionen ein außerlandwirtschaftliches Einkommen brauchen. Daher haben wir größtes Interesse, nicht Rohstofflieferanten zu sein. Ganz klar, die einfachen Dinge, wie es die Handelskammer, wie es die Betriebe draußen machen, mit den Blochen und die Schnittware wegführen, sondern die Möbel mit einem Beispiel gesagt. Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und feststellen, daß diese Diskussion im Grunde zwei Dinge an den Tag gebracht hat: die neue Linie des Oppositionsgeistes in der Landstube, wo man gerne mitmischt und dann auf allen Ebenen mitmischt. Ich bin ja gespannt; ob sie alle taugen in allen Gremien? (Abg. Trampusch: „Du hast gerade von Alternativen geredet!“) Ich habe ja nichts dagegen, das Problem ist eher bei euch. Für uns ist das nicht das Problem.

Verehrte Damen und Herren! Die zweite Geschichte ist vor allem auch die Möglichkeit darzulegen, was alles an positiven Dingen passiert ist, und auch an die Öffentlichkeit zu transportieren, was an neuen Impulsen bereits in dieser Zeit der Hochkonjunktur in Vor-

bereitung ist. Ich persönlich bin überzeugt, daß das tatsächlich stimmt, was der Kollege Rainer an diesem Pult heute gesagt hat. Wir müssen offen und flexibel bleiben. Wir sind sehr kritisch und vorsichtig in Richtung EG, was die Landwirtschaft betrifft, weil wir die Strukturen auf der einen Seite haben, die naturgegeben sind, und die beinharte Konkurrenz vom EG-Bereich her. Da haben wir uns auch gesagt, wenn die existentiellen Fragen nicht gelöst sind, werden wir uns wehren, aber wir müssen uns darauf vorbereiten. (Abg. Günther Ofner: „Das wird bestimmt. Da dürft ihr euch nicht wehren!“) Liebe Freunde, das ist vielleicht bei eurer Firma so üblich, aber bei unserer Firma gibt es schon noch eine Demokratie! Die zweite Entwicklung, liebe Freunde, die Entwicklung in Osteuropa, wie es der Kollege Rainer gesagt hat, nach der Fernsehwerbung Augen auf! Das ist eine Chance und nicht nur sozusagen ein Risiko und ein Problem. Diese Chance müssen wir nützen. Die geht tief hinein bis in die sprachliche Entwicklung. Da sind wir auf dem Gebiet ja kilometerweit vielfach entfernt. Ich glaube vor allem, daß es uns gelingen muß, daß eine Grenze auch eine Chance ist und nicht nur die alten Regionen die Armenregionen werden. Das ist nach meiner Auffassung die Motivation, mit allen Möglichkeiten in der jetzigen Zeit – 1989 –, was sich da abgespielt hat in den letzten Monaten, diese Dinge neu zu strukturieren, neu zu sehen und mit Mut und Zuversicht die Dinge anzugehen, nicht laufend in der Magengrube herumzurühren und zu sagen, um Gottes willen, wie wird es gehen! Ich habe es selbst erlebt auf meinem Betrieb, 4,8 Hektar landwirtschaftlicher Betrieb, Vollerwerb. Ich habe gesagt, ich werde überleben durch Zupacken, durch Spezialisieren – flexibel, beweglich sein. Ich will nicht angeben. Nur, wenn ich gesagt hätte, es ist aus, es ist zu spät, ich habe keine Chance, nichts wäre es mehr mit dem Pörtl Erich seinem Betrieb. Ich glaube, daß im Privaten, im Wirtschaftlichen und im Land diese Naturgesetze unumstößlich sind. (Beifall bei der ÖVP. – 19.19 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Harmtodt.

Abg. Harmtodt (19.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Mein Kollege Freitag aus Feldbach hat heute schon von unserem Bezirk gesprochen und hat das wie alle, die diesen Antrag eingebracht haben, als sehr negativ bewertet. Ich persönlich möchte das heute sehr positiv darstellen. Wir haben eine sehr gute Bilanz. Ich kann das deshalb sagen, weil ich hier meine Hände angelegt habe. Möchte auch nicht angeben, unterstützt von Land, Bund und von meinem Kollegen Neuhold, haben wir in unserer Grenzlandregion sehr, sehr viel Positives erreicht. Wir sind auf Grund der Grenzlage nicht auf Rosen gebettet: Ich gebe ohneweiters zu, daß es Schwierigkeiten gibt. Aber ich möchte sagen, daß wir nicht am Hungertuch nagen. Wir sind auch, wie Mag. Rader und seine Genossen gesagt haben, kein Altenhaus und auch kein Altenhaus, sondern wir haben hier wirklich große Fortschritte erzielt. Diese Aussagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, helfen uns auch nichts, sondern im Gegenteil, diese Aussagen können uns nur schaden. Richtig ist aber, daß wir eine

sehr niedrige Steuerkraftkopfquote haben in unserer Region. Es gibt einige Gemeinden, die österreichweit an letzter Stelle sind, aber wir haben zum Beispiel die Bezirkshauptstadt, sie liegt an erster Stelle von allen Städten in Steiermark, und das ist klarerweise ein Ausgleich, weil alle Gemeinden davon profitieren. Wir haben in unserem Bezirk in vielen kleinen Gemeinden nur eine kleine Landwirtschaft und oft keine gewerblichen Betriebe. Wir haben Gemeinden, wo es überhaupt keinen einzigen Betrieb gibt. Das ist auch der Grund der niedrigen Steuerkraftquote. Durch die Strukturveränderung in der Landwirtschaft sind viele Arbeitsplätze verlorengegangen. Wir haben aber nicht geschlafen, sondern wir haben allein in meiner Ära in unserer Stadt 1500 Arbeitsplätze angesiedelt. Im ganzen Bezirk sind es 2000 Arbeitsplätze, die wir zusätzlich geschaffen haben, und, wie mein Kollege Purr schon gesagt hat, wir haben allein in der Stadt Feldbach über 60 Betriebe angesiedelt, zum Großteil Klein- und Mittelbetriebe, aber auch größere Betriebe. Mütter sind zu mir gekommen: 100 junge Mädchen im Alter von 17 Jahren sollten auf Grund einer Aussage des Arbeitsmarktes nach Bregenz gehen. Die Mütter waren mit dieser Verschickung nicht einverstanden, 17 Jahre – haben sie gemeint –, ein sehr dummes Alter für meine unerfahrene Tochter, da ist eine Gefahr gegeben, da müssen wir etwas tun. Und wir haben auch etwas getan. Wir haben diese Firma Wolford, zu der sie hingehen sollten, in Felbach angesiedelt. Und wir feiern am 2. Dezember in Felbach ihren zehnjährigen Bestand, und 150 junge Mädchen sind dort angestellt worden. Es ist ein sehr guter Betrieb. Da gab es viele solche Betriebe, aber auf Grund des Zeitmangels will ich das heute gar nicht aufzeigen. Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, in unserem Bezirk auch die Infrastruktur wesentlich verändert. Allein in meiner Zeit als Bürgermeister der Stadt Felbach haben wir (Abg. Freitag: „Du redest immer nur von Felbach!“) um 3000 Millionen Schilling (3 Milliarden) Bauten getätigt, das ist klarerweise eine Ausstrahlung für den gesamten Bezirk, weil die Gemeinden draußen keine Betriebe haben können, und die Leute sind froh, wenn sie in Felbach in ihrer Nähe einen Arbeitsplatz bekommen haben. Auch das hat sich sehr gut ausgewirkt. Eines möchte ich noch sagen: Wir sind wirklich kein Altenhaus. Wir haben im Bezirk Felbach zwei Landesberufsschulen angesiedelt, und aus ganz Steiermark sind die jungen Menschen bei uns. In den letzten Jahren konnten wir im Bezirk Felbach über 2000 Wohnungen errichten. Und nur dadurch war es möglich, daß unsere Jugend zu Hause bleiben konnte. Wir haben Gott sei Dank keine Abwanderung. Sie nehmen wohl in Kauf, daß sie ihre Arbeitsstätte ein bißchen weiter weg haben, aber sie freuen sich sehr, daß sie zu Hause wohnen können.

Unsere gute Wohnbauförderung hat dazu beigetragen und es möglich gemacht, daß diese jungen Menschen mit wenig Geld sich eine Eigentumswohnung schaffen konnten. Gleichzeitig ist unsere Wohnbauförderung aber auch eine Wirtschaftsförderung, die hier wirklich das Beste getan hat.

Ich möchte daher heute allen Dank sagen: unserem geschätzten Landeshauptmann, unserer Frau Landesrat Klasnic, ich möchte aber alle Regierungsmitglieder, auch die von der SPÖ, involvieren. Auch sie haben hier

fruchtbringend ihre Hände angelegt. Ich möchte Dank und Anerkennung aussprechen und hoffe, daß dieser Förderungsbrunnen nicht versiegt. Danke fürs Zuhören. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.26 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Fuchs, den ich auch herzlich dazu beglückwünschen möchte, daß er nach einer schweren Operation wieder gesund hergestellt in unserer Mitte weilt. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Fuchs (19.26 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Beschämend, wenn ich jetzt die Wortmeldung vom Kollegen Mag. Rader vernommen habe, der sagt, daß im Grenzland nichts geschehen ist, auch in den siebziger Jahren nicht. Ich bin ein geborener Obersteirer, habe das Glück meiner Generation gehabt, Maschinenschlosser zu lernen und die Bulme zu besuchen. Ich mußte aber unterbrechen, weil ich 1942 einrücken mußte. Ich bin 1945 im Oktober nach Hause gekommen – ich weiß das Geburtsdatum meines Kollegen nicht – und habe die Gelegenheit gehabt, in die Südsteiermark, sechs Kilometer von der jugoslawischen Grenze, in einen landwirtschaftlichen Betrieb einzuheiraten. Als ich 1945 hinuntergekommen bin, war fast keine Bevölkerung da – vertrieben, ausgebombt, ausgeplündert. Es war notwendig, den Wiederaufbau zu organisieren. Und wenn solche Leute gewesen wären, die so Angst eingejagt hätten, wie man jetzt sagt, hier im Grenzland geschieht nichts, so wäre das Grenzland leer, würde überhaupt nicht mehr bevölkert sein. Wir haben alle angegriffen und haben versucht, den Wiederaufbau zu machen.

Schon 1958, als von Ökonomierat Josef Krainer, dem damaligen Landeshauptmann – dem Vater unseres jetzigen Landeshauptmannes –, gemerkt wurde, daß wir im Grenzland mit dem Binnenland nicht mitkommen, wurde die Grenzlandförderung mit 7,5 Millionen Schilling und der Bitte an den Bund, die 7,5 Millionen Schilling auf 15 Millionen Schilling aufzustocken, begonnen, dann auf 30 Millionen und heute auf 60 Millionen Schilling dank unseres jetzigen Landeshauptmannes.

Ich möchte eines sagen: Speziell unser Bezirk ist doch der südöstlichste Bezirk, und wir sind halt noch ein Agrarbezirk mit 3874 landwirtschaftlichen Betrieben – schon gesagt, wie im Grenzland mit 4,6 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Wir haben 682 gewerbliche Betriebe. Die Betriebsgröße bei den gewerblichen Betrieben nach Arbeitsplatz: vom Einmannbetrieb bis 174 Arbeitskräfte. Das heißt, wir haben nie ein größeres Gewerbe gehabt, haben es jetzt nicht und werden es nie bekommen. So wurden vom Landeshauptmann und von der Landesregierung schon damals Ende der siebziger Jahre vor allem die Landwirtschaft und die Gewerbebetriebe durch die Grenzlandförderung gefördert. Unser größter Arbeitgeber ist das Land Steiermark.

Zur dringlichen Anfrage in bezug auf unser „Altenheim“ Grenzland möchte ich aus der Sicht des Bezirkes Radkersburg noch folgendes sagen: 1960 haben wir uns schon landwirtschaftlich-betrieblich zusammengeschlossen und den Saatbauverein gegründet. Mit Hilfe des Landes, der Landeskammer und der Bezirks-

kammer sind heute noch 156 Betriebe, die davon leben, Vollerwerbsbetriebe. Es war dort eine Investition von 60 Millionen Schilling notwendig, wo hier AIK-Kredite, Zinsenzuschuß und Landesförderung mit dabei waren. 1972 haben sich Bauern, weil es lauter kleine Betriebe waren, zu Gemeinschaftsringen in der Veredelung, am Schweine-, Rinder- und Geflügelsektor zusammengeschlossen. Und man hat hier heute noch den Erfolg, außer den letzten zwei Jahren, vor allem in der Schweineproduktion, wo ein kleiner Überhang war und exportiert werden mußte.

Ich möchte hier ganz besonders Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller danken und vor allem unserem Landeshauptmann, der das wahrgenommen hat und die gemeinsam in der Landesregierung beschlossen haben, hier Gelder bereitzustellen, um den Export zu fördern. Es ist heute wieder möglich, daß hier auch diese Veredelungswirtschaft funktioniert.

Wir haben 1978 versucht, mit den Kleinbauern und den Mittelbetrieben den Kürbisanbau zu fördern. Waren es damals 400 Hektar im Land Steiermark nur für den Selbstverbrauch, so sind es heute mehr als 7000 Hektar, und es ist in der ganzen Grenzregion hier eine Belegung von 1400 Betrieben erfolgt, die jetzt die Möglichkeit haben, auch als Nebenerwerbsbetrieb, aber zum Teil – die etwas größere Betriebe haben – als Vollerwerbsbetrieb zu arbeiten.

Mit dem Weinbauplan eins, zwei und drei entstanden in der ganzen Grenzregion durch die Landesförderung hervorragende Buschenschenken – die Gastronomie. Ich glaube, das waren Landesförderungen, wo dem Weinbau geholfen wurde. Wir haben in letzter Zeit den Feldgemüsebau mit Tomatentunneln für den Kleinbetrieb versucht. Er ist noch ausweitbar. Ich glaube, daß wir auch eine Chance in der EG haben, weil wir hervorragende Qualitäten produzieren, fleißige Menschen hier am Werk sind und immer mit von der Landesregierung gefördert werden.

Rapsmethylester: Am Freitag wird Landesrat Dipl.-Ing. Schaller bei uns sein, und es wird die Möglichkeit bestehen, durch Rapsanbau Rapsöl zu Treibstoff für Traktoren zu verarbeiten. War es doch nach dem Krieg auch so, daß ein Drittel der Aufbaulflächen in der Landwirtschaft für Zug benötigt wurde, für Pferd und für das Gespann, so soll jetzt ein Drittel abgebaut werden und versucht werden, selbst Treibstoff zu produzieren und dabei auch mit dem Ölkuchen, dem Rapskuchen, Eiweißfutter herzustellen.

Es war schon 1969, daß der damalige Unterrichtsminister Piffil-Percevic versucht hat und gesagt hat: „In jeden Bezirk eine höhere Schule“, und so haben auch wir hier ein Gymnasium bekommen.

War es in den siebziger Jahren, daß wir die Lehrer aus den größeren Städten oder von Graz in unserem Bezirk ansiedeln mußten, so ist es jetzt in den achtziger Jahren möglich, einheimische Lehrerinnen und Lehrer zu haben. Ich glaube, das ist ein großer Vorteil auch für unsere Region, junge Arbeitskräfte zu haben und auch zu behalten.

Auch die Gewerbebetriebe möchte ich anführen, vor allem Automechaniker, gut ausgelastete Tischlereibetriebe, die sich echt bemühen, zum Teil auch durch Förderung des Landes, aber vor allem Selbstinitiativen ergreifen und gut arbeiten.

Und so war es Anfang der achtziger Jahre, daß das Land Steiermark besonders versucht hat, unsere Region, unseren Bezirk zu fördern, Projekte zu entwickeln: den Industriepark in Mureck, den Handwerkerhof in Bad Radkersburg und vor allem den Kauf der landwirtschaftlichen Schule beziehungsweise des Schlosses Halbenrain, eine landwirtschaftliche Mädchenschule.

Weiters das Gewerbe-BORG, schon erwähnt vom Kollegen Dr. Rupp, aber ich möchte dazusagen, daß 1990 die ersten Maturanten mit Beruf herauskommen und wir der Meinung sind, daß hier Betriebe angesiedelt werden, weil wir selbst die qualifizierten Arbeiter dazu haben, die wir jetzt nicht hätten, wenn wir so einen Betrieb haben würden, was wir schon wahrgenommen haben, daß man aus anderen Bezirken oder aus der Stadt solche Arbeitskräfte suchen muß. Ein Dank vor allem, voriges Jahr durch die Erweiterung der Therme mit 51 Prozent ein Beschluß der Landesregierung und ein Beschluß des ganzen Landtages, daß hier das Land den Thermenusbau mit 51 Prozent übernommen hat. 9,5 Prozent Zuwachs haben wir im Fremdenverkehr. Ich glaube, gerade hier haben wir die Chance, mit der Therme, mit unserem Mineralwasser, wo wir vier Quellen haben, und vor allem mit unserer guten und gesunden Luft und mit dem gesunden Wald. Nur ein Problem, ich möchte auch dazu sagen, was heute mit dem Mistkübel angedeutet wurde, ist in Halbenrain. Wer hat uns da am meisten geholfen? Wir stehen noch dazu, daß wir hier eine Hilfe erwarten können, das ist das Müllwirtschaftsgesetz, das sind vor allem die Müllwirtschaft, die Müllverbände und Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, der hier alles darangesetzt hat, um hier Gesetze und Verordnungen zu schaffen, um eine Verminderung des Einzugsgebietes dort zu bekommen. Ich möchte sagen, das ist unser größtes Problem. Es wird am Sonntag Landeshauptmann Dr. Krainer in Klöch den Spatenstich für einen Tunnel durchführen, die Umfahrung von Klöch. Wir haben ein Basaltwerk, wo 110 junge Männer beschäftigt sind, das wir erhalten wollen. Aber durch den jungen Markt Klöch fahren die ganzen Lastwagen durch, und hier ist eine Lärmbelästigung, und wir werden alles versuchen, daß wir hier als Fremdenverkehrsort die Umfahrung haben. Ich möchte eines sagen, krankjammern hat noch nie geholfen. Stehen wir gemeinsam zusammen, vor allem den jungen Menschen zu helfen, ihnen einen Arbeitsplatz zu sichern. Die jungen Menschen werden uns dankbar sein.

Abschließend möchte ich eines sagen. Es war vor einiger Zeit, als Ministerpräsident Albrecht von Niedersachsen mit unserem Landtagspräsidenten Franz Wegart, ein Kind der engeren Heimat von uns, im Grenzland war, hier einen Tag lang eine Besichtigung durchgeführt hat und über Nacht geblieben ist. Am nächsten Tag, als Landtagspräsident Wegart ihn am Flughafen Thalerhof verabschiedet hatte, sagte er wörtlich: „Herr Landtagspräsident, ihre Grenze lebt, meine Grenze ist tot.“ Und daß unsere Grenze weiterlebt, um das möchte ich Sie alle bitten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf nun einen Beschlußantrag unserer Fraktion, der Abgeordneten Dr. Leopold Dorfer, Ing. Hans Stois-

ser, Reinhold Purr, Erich Pörtl, Dr. Benno Rupp und Hermann Schützenhöfer verlesen. Der Steiermärkische Landtag nimmt zur Kenntnis, daß die Steiermärkische Landesregierung im Dezember 1988 über Antrag von Frau Landesrat Waltraud Klasnic die Erstellung einer Studie mit dem Arbeitstitel „Steirische Grenzlandentwicklung, Entwicklungskonzept“ in Auftrag gegeben hat. Dieser Beschluß der Landesregierung erfolgte einstimmig. Ziel dieser Studie ist es, eine gesamteinheitliche Sicht der Probleme des Grenzlandes, ausgehend von der Wirtschaftsstruktur, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, Fremdenverkehr, zu erfassen und aus dieser Analyse heraus Vorschläge für eine neue Bewertung der Grenzlandpolitik zu erarbeiten. Dabei wird besonderer Wert auf konkrete Maßnahmen gelegt. Frau Landesrat Waltraud Klasnic wird gebeten, den von ihr angesprochenen, zur Zeit schon vorliegenden internen Zwischenbericht den Klubs, den Landtagsparteien und den Sozialpartnern zur Verfügung zu stellen und die befaßten Institutionen und Organisationen um Vorschläge und Anregungen zu bitten, die in der weiteren Bearbeitung mit diskutiert werden sollen. Der aus dieser Arbeit hervorgehende Bericht „Steirische Grenzlandentwicklung, Entwicklungskonzept“ soll sodann dem Steiermärkischen Landtag zur Diskussion und Beratung vorgelegt werden.

Die Steiermärkische Landesregierung wird des weiteren gebeten, bei der Bundesregierung nochmals das vorrangige Interesse des Landes Steiermark festzuhalten, daß eine durchgehende Eisenbahnverbindung von Kärnten durch die Koralpe über den Raum südlich von Graz, weiter in Richtung Burgenland, Niederösterreich und Wien mit Anschlußmöglichkeiten in den ungarischen Raum geführt wird. Wobei diese Maßnahmen vom Steiermärkischen Landtag als wesentliche Infrastrukturmaßnahme für eine gute Weiterentwicklung insbesondere des steirischen Grenzlandes angesehen werden. Bei der Trassenführung wäre insbesondere auch auf den Zusammenschluß der Verkehrsträger Luft – Thalerhof und Straße – Pyhrnautobahn zu achten, insbesondere auch auf die Einbindung eines Containerterminals im Großraum Graz.

Auf Grund der besonderen Bedeutung des Bildungs- und Ausbildungsbereiches für die Wirtschaft und insbesondere für das Grenzland wird die Steiermärkische Landesregierung nochmals gebeten, bei Frau Bundesminister Dr. Hawlicek vorstellig zu werden, um endlich die Genehmigung eines offiziellen Schulversuches für das Gewerbe-BORG Bad Radkersburg zu erreichen. Die Errichtung von Industrie- und Gewerbeparks, von Technologieparks und der weitere Ausbau der Thermenlinie stellen einen wesentlichen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt für das steirische Grenzland dar. Dasselbe gilt für die Verbesserung von Einrichtungen zum Zwecke des Technologie- und Innovationstransfers. Bei Betriebsansiedlungen und -erweiterungen muß auch darauf Bedacht genommen werden, daß dabei ein zusätzliches Anbot von Frauenarbeitsplätzen entsteht.

Herr Landtagspräsident, darf ich dir das übergeben? (19.42 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (19.43 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Einige Stunden Debatte aus verschiedener Sicht, aber im großen ein Thema, Land an der Grenze, würde der Literat sagen. Richtig stellen möchte ich, weil es einige Male falsch angeklungen ist, es ging um die Frage Altenheim Steiermark. Ich war sehr froh, daß nur ganz wenige Redner zurückgekommen sind auf die Aussage eines nicht gut gesinnten Journalisten, die im Vorjahr einmal getroffen wurde. Ich habe das Gefühl, von dieser Aussage haben wir uns alle gemeinsam distanziert.

Zur Kollegin Gundi Kammlander hätte ich einiges zu sagen, aber die zwei Verantwortlichen der Gruppe sind schon längere Zeit nicht hier, trotzdem: Sie hat die Verbindung Wirtschaft und Landwirtschaft angesprochen, aber vor allem auch den Bereich der Umwelt. Ich darf Ihnen versichern, und Sie hören es jetzt auch immer wieder, daß wir gerade als Volkspartei vom ökosozialen Weg reden. Was heißt ökosozial? Ökosozial heißt Wirtschaften, und zwar so, daß man auch morgen noch in lebenswerter Umwelt leben kann. Das ist unser Ziel, das ist unsere Aufgabe, und da können wir miteinander arbeiten, so möchte ich auch die Wortmeldung des Kollegen Dr. Rupp verstanden haben, der dieses Thema auch angesprochen hat.

Herr Kollege Weilharter, Sie haben gemeint, von Fremdenverkehrskonzepten ist bis heute nichts bekannt. Es stimmt nicht, das Konzept „Erholung, Freizeit, Fremdenverkehr“ ist im Raumordnungsbeirat zur Beschlußfassung und wird in Kürze diesem Haus zugeleitet werden. Die Situation des steirischen Tourismus im allgemeinen ist eine großartige. Sie ist eine erfreuliche, aber ich sage bewußt, ich bin nicht so vermessen zu sagen, weil die Referentin so gut ist, sondern weil es in diesem Land unendlich viele Menschen gibt, die in diesem Bereich viel arbeiten, viel leisten, Gastfreundschaft bieten und unser Land sehr beliebt machen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Der Herr Kollege Trampusch hat über die Pendler gesprochen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß es der Landeshauptmann der Steiermark gewesen ist, der dafür gesorgt hat, daß eine Pendlerbeihilfe bei uns eingeführt wird (Abg. Trampusch: „Nachdem er ihn jahrelang bedrängt hat!“), obwohl es eine Aufgabe des Bundes ist – bewußt eine Aufgabe im Verantwortungsbereich des Bundes! Das muß man dazusagen, und ich bin mit dem Kollegen Präsident Ing. Stoiser einer Meinung, daß wir alle miteinander darüber nachdenken sollen, welche Wegstrecke ist jemandem zumutbar. Wir werden nicht in jedem Ort und in jeder Gemeinde den Arbeitsplatz finden. Es werden Wegstrecken zumutbar sein, und ich glaube, darüber sollte man reden. Und wenn Sie über den Platz in Leibnitz gemeint haben, ich habe mich über die fröhlichen Menschen mokierte – im Gegenteil, ich habe mich darüber gefreut, aber das Thema hat geheißen: „Altenhaus“. Gewonnen hat eine Jugendgruppe. Dort waren Tausende junge Menschen. Ich habe nicht das Gefühl gehabt, in einem „Altenhaus“, auch nicht in einem künftigen, zu sein. Weil dort hat man gespürt, es gibt Kinder und junge Leute, auch Nachwuchs, und das ist das Thema. Das „Altenhaus“ steht bitte im Antrag – in der dringlichen Anfrage, im Beschluß (Abg. Trampusch: „Von uns hat niemand das Wort ‚Altenhaus‘ in

den Mund genommen!“) –, und darum distanzieren ich mich davon.

Ich bin aber mit Ihnen einer Meinung, daß es unsere große gemeinsame Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß die Kinder und die jungen Menschen in dieser Region die notwendige Ausbildung bekommen und daß sie auch die Chance haben, einen Arbeitsplatz nach Möglichkeit in der Nähe ihres Wohnortes zu haben.

Und lassen Sie mich ein Wort über Arbeitslosenstatistik sagen: Sie selbst können Statistiken genauso gut lesen wie ich. Sie wissen, daß man darüber reden kann, aber auch nachdenken soll. Wie schauen denn die Statistiken in der Zusammensetzung wirklich aus? Ein großer Prozentsatz sind Menschen ein bis zwei Jahre vor ihrer Pensionierung. Sie scheinen aber in der Arbeitslosenstatistik auf. Es sind ungelernte Arbeitskräfte – dem müssen wir abhelfen. Es sind manchmal nicht mobile Menschen, und es sind vor allem auch – und weil von einem Kollegen die Monatsarbeitslosigkeit angesprochen wurde – gerade im Tourismusbereich viele, die während der Nichtsaison in ihren Bezirk zurückkehren und sich dort als arbeitslos melden. Wir kennen alle Vor- und Nachteile dieser Form von Arbeitslosigkeit. Wir wissen, daß es Saisonarbeitslosigkeit gibt, aber wir sollen – (Abg. Vollmann: „Schmarotzer!“) Das haben Sie gesagt, das werden Sie von mir nie hören, daß ich jemanden, der Arbeit sucht, als Schmarotzer bezeichne. (Abg. Dr. Maitz: „Eine üble Entgleisung!“) Aber eines darf ich Ihnen sagen: Ich sage dazu, es gibt in diesem Land, Herr Kollege Vollmann, eine sehr große Gruppe von Menschen, leider eine zu große, die sagt: „Momentan verdiene ich beim Stempeln mehr, als wenn ich arbeiten gehe; momentan will ich nicht den Arbeitsplatz annehmen.“ Und dann gibt es eine andere Menschengruppe – und die wird es immer geben –, das sind Arbeitsunwillige. Derer müssen wir uns annehmen, aber wir müssen damit leben. Und denken Sie an das, was Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba fordert, nämlich daß er darüber redet, wie man den Mindestlohn gestalten soll, aber mit Arbeit, dann wäre das ein Programm für die Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin mit vielen Rednern einer Meinung, die sagen, Bildung, Ausbildung, Beratung, Infrastruktur, Verkehrsverbesserung, das sind unsere Ziele. Aber eigentlich muß ich dem Herrn Abgeordneten Freitag – wohl, er ist da (Abg. Freitag: „Ich bin da!“) – schon einiges sagen, weil Sie heute so über den Bezirk Feldbach gesprochen haben und ich in der letzten Zeit – oder wir alle – einiges erlebt haben. Es zeigt nicht von Wirtschaftsfreundlichkeit gegenüber einem Unternehmer, wenn Gemeindefunktionäre ein Unternehmen anzeigen, das dann vor Gericht muß, und wenn man dann immer wieder hört: „In diesem Land kann man nicht investieren und nicht bauen, da gibt es keine Wirtschaftsfreundlichkeit.“ Das schadet nicht nur der Stadt Feldbach, sondern dem gesamten Bezirk. Das möchte ich einmal hier feststellen. (Abg. Freitag: „Was wollen Sie damit sagen, Frau Landesrat?“) Sie kennen die Geschichte vom Herrn Schmid und der Firma Schmid, der wirklich aus eigenen Mitteln die Dinge in Ordnung gebracht und nicht erwartet hat, daß ihn dann eigene Leute beziehungsweise Leute in der eigenen Gemeinde vor das Gericht bringen. Das macht mutlos, da will man dann nicht mehr investieren. Das

muß man auch verstehen. (Abg. Freitag: „Diese Leute haben doch auch nur gehandelt, weil sie von den Leuten gebeten wurden!“) Herr Kollege Freitag, ich habe dazu aber dann noch etwas zu sagen. Sie haben von der Elektrifizierung gesprochen. Ich weiß, es ist ein gemeinsamer Antrag des Kollegen Neuhold und von Ihnen, wo wir gemeint haben, daß wir mit den 28 Bürgermeistern, die sich für diese Ostbahnstrecke und deren Elektrifizierung einsetzen, ein bißchen weiterkommen. Ich zitiere Generaldirektor Übleis von der Vorwoche wörtlich – er sagt: „1,3 Milliarden Schilling werden nicht möglich sein. Was wir aber machen möchten, wäre eine Sicherung der Kreuzungen.“ Es gibt 94 Kreuzungen, davon sind 57 ungesichert. Ich habe dort das Gefühl gehabt – und die anwesenden Bürgermeister auch –, es gibt schon ein Konzept für diese Kreuzungssicherungen. Ich habe am nächsten Tag um dieses Konzept ersucht. Es wurde mir mitgeteilt, es wird eines angefertigt. Ich bin froh, wenn das passiert. Ich wollte Ihnen damit nur sagen, daß es nicht so einfach ist.

Und dann muß ich noch etwas sagen, weil es Generaldirektor Übleis gesagt hat. Er hat es wörtlich gesagt, und ich gebe damit auch dem Kollegen Kohlhammer eine Antwort, und er ist zitabel, weil ungefähr 50 Leute dabei waren: „Es hat in Österreich goldene Bahnunterführungen gegeben, und die Steiermark wurde im Bahnbereich aufs gröblichste vernachlässigt.“ Aussage des Generaldirektors der Bundesbahn. Da müssen wir zusammenhelfen, da müssen wir etwas tun! Und noch etwas zum Fleischereibetrieb in Sankt Stefan im Rosental, weil Sie davon gesprochen haben. Lieber Herr Kollege Freitag, dieses Stück kommt in den Landtag, und es wird eigentlich für Sie selbst eine große Entscheidung sein, ob Sie in diesem Fall den Antrag, den ich als Wirtschaftsreferent diesem Haus vorlegen werde, auch unterstützen. Ich ersuche Sie schon heute darum, weil es um Sankt Stefan im Rosental geht, um Arbeitsplätze und um die Region. Es ist eine Nagelprobe. (Abg. Freitag: „Ich habe im Gemeinderat von Sankt Stefan im Rosental bereits dafür gestimmt!“) Ich bitte Sie, dann im Landtag das auch zu tun. Bisher habe ich die Mehrheit in diesem Zusammenhang nicht finden können. (Abg. Freitag: „Ich habe das nicht negativ gemeint, als ich davon sprach, wie schwierig die Verhandlungen waren!“) Herr Kollege Freitag, ich finde, Sie sind überhaupt ein positiver Mensch. Ich ersuche Sie nur, der Vorlage im Landtag bei der nächsten Gelegenheit auch zuzustimmen. Das würde uns allen miteinander helfen.

Beim Kollegen Purr hat man gespürt, wie man seinen Bezirk darstellen kann. Ich möchte seine Ausführungen unterstreichen und habe dem Ganzen eigentlich nichts hinzuzufügen.

Ich bin sehr froh, daß der Herr Kollege, Abgeordneter Kollmann, das Wifo-Konjunkturgespräch angesprochen hat. Und weil der Herr Generaldirektor Doppelhofer im Haus ist: Es hat uns unendlich viel geholfen, daß von anderer Seite öffentlich kundgetan wurde, daß in der Steiermark nicht geschlafen, sondern gearbeitet wurde und daß wir diese Anerkennung von außen bekommen haben und daß Dr. Krainer dort wörtlich gesagt hat: „Die Talsohle ist für die Steiermark überschritten, und auch in den nächsten Jahren ist Positives zu erwarten.“ (Abg. Mag. Rader: „Es ist

dazuzusagen, daß die Politiker nichts dafürkönnen!“) Ich habe Ihnen immer schon gesagt, daß ich 's nie auf meine Fahnen heften werde. Das unterscheidet mich von Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil der Herr Abgeordnete Rainer den Herrn Dipl.-Ing. Krobath angesprochen hat, möchte ich auch darauf eine Antwort geben – ich habe versprochen, keine schuldig zu bleiben –: Ich bin mit dem Herrn Dipl.-Ing. Krobath übereingekommen, daß er zur Zeit und vor allem in den nächsten Monaten sich ganz besonders um den Industriepark Sankt Peter-Freienstein und um die Region Eisenerz im konkreten kümmern wird, weil – und da sage ich hier nichts Neues; wir lesen die Zeitungen, und wir können uns die Zukunft vorstellen – es unter Umständen gerade in dieser Region zu ärgeren Problemen in der nächsten Zeit kommen könnte. Ich möchte nicht schwarzmalen, wir sollen uns nur vorbereiten.

Und noch etwas, Herr Kollege Rainer: Wenn Sie von der Einkommenslaterne reden, dann hätte ich mich halt sehr gefreut, wenn Sie auch diesen Artikel gelesen hätten, wo die Steiermark nicht die Laterne trägt, sondern wo sie sogar das Bundesland Wien überholt hat, nämlich im Technologiebereich. Das sollten wir sagen, weil das ist die Zukunft!

Sie haben über die Fachkräfte und über die Arbeitskräfte gesprochen. Ich muß es hier leider sagen, weil es wirklich ist, und ich könnte es mit Namen belegen: Gestern war ein Bauunternehmer, auch aus dem Grenzland, bei mir und sagt: „Ich hätte mehr Aufträge übernehmen können, aber mir haben 30 Fachkräfte das ganze Jahr über gefehlt.“ Ähnliches höre ich in der Holzbranche, und ein anderer Unternehmer aus Fehring, der ungefähr 300 Mitarbeiter hat, sagt mir: „Ich habe das Gefühl, die Kapazität ist ausgeschöpft.“ Es ist nicht so einfach, aber man muß auch eines ehrlich dazusagen: Die Menschen sind mit höheren Löhnen in andere Bundesländer, in andere Regionen gelockt worden, und wir müssen jetzt versuchen, einen Standard zu schaffen, daß sie auch gerne wieder nach Hause zurückkehren. Das ist unsere Aufgabe, und das ist lebendige Arbeit fürs Grenzland. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie haben mich gefragt, ob es Konzepte gibt, die sich besonders auch im Rahmen der EG auswirken würden. Grenzregion: Für mich ist gerade diese Region unseres Heimatlandes eine Tür zum Osten. Ich glaube, daß wir besonders auch in der Steiermark, es ist auch angelungen, mehr sein wollen als reine Zulieferer, daß wir nicht nur Lieferanten für große Betriebe sein wollen, sondern daß wir große Betriebe bei uns hier im Land haben wollen, aber auch die kleinen und mittleren nicht vergessen. Es muß überlegt werden, wie die Zusammenarbeit im Rahmen der EG in Zukunft sein wird. Ein praktisches Beispiel: In dieser Stunde fängt hier gegenüber im Grazer Congress, von Herrn Landeshauptmann eingeladen, eine Orientierung an, wo Klaus Emmerich direkt aus Brüssel hier ist und auch wieder über die Auswirkungen EG – Österreich und im konkreten, Bundesland Steiermark, reden wird. Ich bin mit vielen Rednern einer Meinung, die sagen, daß wir in wirtschaftlich besseren Zeiten – und wir haben diese – eine Strukturverbesserung durchführen sollen. Es gibt offene Mängel, das hat niemand in diesem Haus bestritten. Ich glaube, wenn wir der Meinung

wären, daß alles in Ordnung ist und daß es keine Aufgabe gäbe, dann wären auch wir nicht das, was wir sind; wir würden nicht gebraucht werden, wir wären eher überflüssig. Wir wissen, daß wir erkennen müssen, daß manche Entwicklungsfragen zu beschleunigen sind, und wir werden die Zeit nutzen, die offenen Anliegen auszusprechen. Der Schwerpunkt wird vor allem die Mobilität der Arbeitskräfte und die Internationalisierung sein – denken wir allein an die Bildungsdebatte „Mehr Sprachen, bessere Ausbildung, nicht nur für die Unternehmer, natürlich auch ganz besonders für die Arbeitnehmer“. Ich bin auch mit dem Kollegen Kohlhammer einer Meinung, wenn er sagt, wir sollten von selber agieren und nicht nur reagieren. Ist nicht unsere Aufgabe. Aber ich glaube, und das sage ich hier, nachdem ich jetzt doch ein gutes Jahr in der Regierung bin und genau lese, was beschlossen wird. Ein Abgeordneter aus dem Bezirk Deutschlandsberg darf sich in diesem Land nicht beklagen, daß er von seiten der Landesregierung nicht gut behandelt wird. Ich sage das sehr bewußt, weil ich lese, welche Beschlüsse wir fassen. (Abg. Kohlhammer: „Das hat mit der Zusammenarbeit in einem Verkehrsbeirat nichts zu tun!“) Nein, ich rede jetzt nicht vom Verkehr, sondern ich rede grundsätzlich, wie Sie den Bezirk dargestellt haben. Da bemüht sich die Landesregierung im gesamten sehr, und Sie sind eigentlich einer, der in einer bevorzugten Region dieses Landes lebt. (Abg. Kohlhammer: „Die Leistungen habe ich ausdrücklich anerkannt!“) Ich möchte das hier nur aussprechen, habe aber gleichzeitig eine Bitte, ich sehe den Kollegen Dr. Klauser momentan nicht, aber weil wir heute vom Grenzland gesprochen haben, weil das Thema „Thermen“ angesprochen wurde, wir haben einige Probleme in der Therme Radkersburg. Es wird jetzt unsere gesamte politische Verantwortung, aber vor allem auch finanzielle Entscheidungen brauchen. Da können wir wieder beweisen, daß wir für diese Region etwas übrig haben und daß wir Verantwortung übernehmen. Es ist über Landesausstellungen und deren wertvollen Inhalt oder auch nicht von Herrn Kollegen Rainer gesprochen worden. Es hat Rupp beantwortet. Die wirtschaftlichen Impulse sind enorm. Ich komme ganz kurz noch zum Kollegen Mag. Rader, weil er eigentlich das gesagt hat, wo ich glaube, daß wir uns finden könnten. Herr Kollege, für mich ist Wirtschaft Einkommen, Arbeit und Sicherung der sozialen Grundlage. Und alles, was Sie an polemischen Bemerkungen gehabt haben, das haben die Kollegen beantwortet. Ich möchte es eigentlich für meinen Bereich zurückweisen, weil ich glaube, daß wir ansonsten oft recht gut miteinander reden können, und habe es auch nicht so aufgefaßt, daß Sie einzig und allein die eine Richtung gesehen haben.

Der Herr Abgeordnete Pörtl kommt aus der Pendlerregion unseres Landes, und ich möchte manchen Bezirken der Steiermark – ich sage das wirklich wertfrei – wünschen, daß sie einen solchen Entwicklungsförderungsverband haben wie die Hartberger. Ich habe das im eigenen Kreis schon gesagt, und ich sage es über die Parteigrenzen hinweg. Es ist vorbildlich, wie dort gearbeitet wird, und es ist auch vorbildlich, was dort erreicht wird.

Der Willi Fuchs hat von Beginn an eigentlich immer wieder gemerkt, daß ich mich als Referent für Wirt-

schaft und Tourismus um den Bezirk Radkersburg bemühe. Ich habe den Radkersburgern im Vorjahr etwas versprochen, Kollege Dipl.-Ing. Schaller war dabei und viele Bürgermeister, daß wir uns sehr, sehr bemühen werden und alles daransetzen, daß der Bezirk Radkersburg als Schlußlicht Österreichs, ich sage bewußt „Österreichs“, wegkommt. Wenn ich sage, er kommt von der Steiermark weg, muß ein anderer Bezirk hin, ich wünsche mir, daß er als Schlußlicht Österreichs wegkommt.

Es sind auch die Arbeitsgenehmigungen für Ausländer angesprochen worden. Ich darf Ihnen sagen, es ist ein großes Problem, es sind viele Verantwortliche aus der Fremdenverkehrswirtschaft an uns herangetreten, mit dem Arbeitsamt weiter Verhandlungen zu führen, daß sie die Möglichkeit haben, Mitarbeiter oder eventuell auch im Austausch zu bekommen: So kann es eigentlich nicht weitergehen.

Und weil es heute früh angeklungen ist, möchte ich es nur richtigstellen, da es mir als Referent nicht angenehm ist, wenn man das Gefühl hat, die Abteilung, für die ich Verantwortung trage, hat sozusagen keine Ordnung. Mir hat der Herr Hofrat Dr. Feil zur Sache Blumau – gestatten Sie mir, daß ich das hineinziehe, weil es auch ins Grenzland gehört – mitgeteilt und auch bewiesen, daß der Antrag an die Wirtschaftsförderungsabteilung am 14. November 1988 gekommen ist, und am 19. Dezember wurden vom Landeshauptmann bereits die 3 Millionen für die Aufbohrung bewilligt. Das heißt, es stimmt nicht, daß dieser Antrag dort herumgekugelt ist.

Zum Abschluß darf ich Ihnen noch etwas Positives sagen: Morgen finden im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz ein Empfang und eine Vorstellung des Bundeslandes Steiermark von unserer Seite statt. Es werden zirka 200 hauptverantwortliche Unternehmer und Manager, international und national, dort anwesend sein. Es ist von Bundesrat Liechtenstein organisiert, gestaltet von Freunden der Steiermark in Wien. Das kann man nicht oft genug sagen. Wir haben viele Freunde in Wien, und ich möchte mich an dieser Stelle für diese und bei diesen auch bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Und weil es auch im Beschlußantrag so steht und Sie diesen Zwischenbericht in Kürze erhalten werden, darf ich Ihnen nur einige Sätze aus diesem Zwischenbericht zitieren, vom Studienverfasser Prof. Mittag, der schreibt: „Es ist nicht eine Grenzlandentwicklungsstudie, sondern es versteht sich vielmehr als Orientierungs- und Handlungsinstrument für das, was bereits begonnen hat. Besinnen wir uns auf das Neue, das Starke, die Zukunft, die Herausforderung, das Ziel, die Grenzsteiermark, das heißt Ost-, Süd- und Weststeiermark, das vitale Land.“ Tun wir alles dazu, daß dieses Land auch wirklich vital sein kann und reden wir darüber. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.02 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Es liegen mir zwei Beschlußanträge vor. Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen,

wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen. Ich lasse in folgender Reihenfolge abstimmen:

Erstens: Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Ludwig Rader, Franz Trampusch, Engelbert Weilharter, Walter Kohlhammer, Alexander Freitag, Siegfried Herrmann, Karl Rainer, Peter Gottlieb, Erna Minder, Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber und Gundi Kammlander.

Der zweite Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Dorfer, Ing. Stoisser, Purr, Pörtl, Dr. Rupp und Schützenhöfer.

Ich lasse nun über den ersten Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader, Trampusch, Weilharter, Kohlhammer, Freitag, Herrmann, Rainer, Gottlieb, Minder, Dr. Korber und Kammlander abstimmen. Wenn Sie diesem Beschlußantrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist die Minderheit.

Ich komme nun zum Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Dorfer, Ing. Stoisser, Purr, Pörtl, Dr. Rupp und Schützenhöfer. Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung kann auf Vorschlag des Präsidenten der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschließen, daß ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wird. Über einen derartigen Antrag entscheidet das Hohe Haus ohne Wechselrede. Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien schlage ich vor, die Tagesordnungspunkte 20 und 21 von der heutigen Sitzung abzusetzen.

Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, ersuche ich Sie, dies mit einem Handzeichen zu bekunden.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen. Gleichzeitig ersuche ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien die Mitglieder des Ausschusses für Umweltschutz in den Rittersaal, um die Wahl des Obmannes vorzunehmen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 20.05 Uhr.)